



5. Februar 1918

MAX COHEN - RUSSLAND UND DIE DEUTSCHE ZUKUNFT

IN den Verhandlungen des Hauptausschusses des deutschen Reichstags sind letzthin besonders die Dinge ausführlich erörtert worden, die unser Verhältnis zu Rußland betreffen. Leider nicht so, daß man davon irgendwie befriedigt sein könnte. Schien es auch, als wenn eine wachsende Zahl von Abgeordneten sich über die Fehlerquellen der bisherigen deutschen Politik nicht mehr im klaren befindet: eine Entschlossenheit zur Umkehr war nirgends vorhanden. Nur diese kann aber einzig und allein hier helfen; das Suchen nach allen möglichen Auswegen, kleine Verbesserungen der gegenwärtigen Methode können die Krisis unserer auswärtigen Politik nur hinausziehen, nicht aber zu einer Lösung führen.

Zwei Redner des Ausschusses, die Abgeordneten Stresemann und Graf Westarp, sind zwar von der Notwendigkeit einer Sicherung Deutschlands gegen eine Weltherrschaft der beiden angelsächsischen Imperien durchdrungen, aber sie schrecken davor zurück aus dieser durchaus richtigen Auffassung auch die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn der Abgeordnete Stresemann zum Beispiel meinte, die in den Sozialistischen Monatsheften verfochtene Überzeugung von der Notwendigkeit das festländische Europa zusammenzuführen und, als Vorbedingung dessen, ein Freundschaftsverhältnis zu Rußland anzustreben, wäre deshalb heute verfehlt, weil das Rußland der Vorkriegszeit gar nicht mehr bestände, so ist schwer einzusehen, weshalb nur das alte Rußland zu solcher Politik geeignet gewesen sein soll. Eher trifft das Umgekehrte zu. Das zarische Rußland, das durchgreifender sozialer Reformen unfähig war, hätte nur schwer zu einer Intensivierung seiner Wirtschaft kommen können. Die extensive Wirtschaft erzeugt aber immer wieder den Drang nach territorialer Ausbreitung, und diesen Drang hätte eine geschickte englische Politik vielleicht auch in Zukunft nochmals nach dem Westen ableiten können, wie sie dies ja zwischen 1907 und 1914 bewirkte. Ganz anders liegen die Dinge in dem werdenden neuen Rußland. Dieses Rußland, von dem man mit großer Sicherheit annehmen kann, daß es ein Bundesstaat kulturell autonomer Nationen werden wird, wird in erster Linie soziale Riesenaufgaben zu erfüllen haben, deren Folge eine Entfaltung der ungeheuren Produktivkräfte der russischen Völker sein

wird. Diese werden die ökonomische Erschließung des europäischen Rußlands, dann Sibiriens und Russisch Zentralasiens in Angriff nehmen: alles das bietet ganz andere Aufgaben als eine Expansion nach dem Westen, wo für Rußland wirtschaftlich ohnehin nichts zu holen ist (sie lag ja auch 1914 gar nicht im russischen, wohl aber im englischen Interesse). Soll das neue Rußland aber seine großen ökonomischen und sozialen Aufgaben durchführen können und damit als aggressiver Faktor in der auswärtigen Politik endgültig ausscheiden, so ist die unbedingte Voraussetzung allerdings, daß sein Reichsgebiet unversehrt bleibt, und daß es namentlich nicht von der Ostsee abgetrennt wird, deren Küste für ein wirtschaftlich aufstrebendes Rußland natürlich noch von ganz anderer Bedeutung sein wird als für das alte Zarenreich, das von den vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht den rechten Gebrauch zu machen wußte. Es wäre also eine arge Verkennung der Wirklichkeit, wollte man mit dem Grafen Westarp wirklich annehmen, daß das neue Rußland eine so gründliche Beschneidung seines europäischen Territoriums, wie sie mit der Loslösung seiner Randgebiete beabsichtigt wird, jemals verschmerzen würde. Dieses wirtschaftliche Moment ist aber entscheidend. Und daher fiel es gar nicht so sehr ins Gewicht, wenn wirklich, wie viele Leute bei uns annehmen, in Rußland das einheitliche Nationalgefühl fehlte (das zum Beispiel Frankreich den Verlust Elsaß-Lothringens so überaus schwer verwindbar macht) und den Großrussen das Schicksal ihrer Randvölker im Grunde ziemlich gleichgültig wäre. In der Deutschen Tageszeitung vom 27. Januar 1917 wurde darauf hingewiesen, daß Rußland sogar die vielen Feindseligkeiten vergessen hätte, die ihm von England Jahrzehnt um Jahrzehnt zugefügt worden wären. Das ist aber, trotz dem vor diesem Krieg geschlossenen Bündnis, nur halb richtig. Denn der russisch-englische Gegensatz ist keineswegs geschwunden, er ist heute fast noch klarer erkennbar als jemals zuvor, und er wird sicher ausge tragen werden, da auch er eine ökonomische Begründung hat. Wenn man sich aber auf das Gebiet der bloßen Gefühle begibt, so darf man nicht vergessen, daß England, wie es auch in der Vergangenheit gegen Rußland vorging, doch nie seinen europäischen Besitzstand angetastet hat. Das ist das Ausschlaggebende der gegenwärtigen Situation. Eine gewaltsame Abtrennung russischer Gebiete in Europa, und nun gar der für Rußlands Wirtschaft unentbehrlichen baltischen Provinzen, würde die an sich künstliche, nur von England bis zur Kriegsstärke angefachte Gegnerschaft gegen Deutschland in eine wirkliche Todfeindschaft verwandeln. Selbst wenn man der bolschewistischen Regierung diese Gebiete abringen könnte, das spätere Rußland könnte bei dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft sich mit diesem Verlust nicht abfinden. Julius Rodenberg berichtet in seinen Tagebüchern von einem Gespräch, das er am 8. Februar 1880, also vor 37 Jahren, mit Iwan Turgenjew hatte. Turgenjew sah düster in die Zukunft und rechnete auch mit einem Krieg mit Deutschland. Und von diesem Krieg sagte er: Nehme er einen Verlauf mit Rücksicht auf die Ostseeprovinzen, so sei gar nicht abzusehen, wie er enden werde. Dieser Dichter glaubte zwar, Rußland könne Polen verschmerzen; aber er war Politiker genug, um zu erkennen, daß es in den Verlust des Baltikums sich nie finden könne.

Der Abgeordnete Erzberger hat in den Ausschüßberatungen mit Recht auf eine Äußerung Bismarcks hingewiesen, die da besagte, daß eine Erweiterung

der deutschen Grenzen über Memel hinaus in jedem Fall zum Unglück für Deutschland werden müsse; diese Gebiete dürfe Deutschland nicht einmal geschenkt nehmen. Es scheint mir, daß diese Bismarcksche Meinung auch heute noch zu Recht besteht. Und es ist sehr bedauerlich, daß der Abgeordnete Erzberger, der ihr zustimmte, nicht auch die Folgerungen zog und sich gegen jede Loslösung dieser Teile Rußlands aussprach. Allerdings schreckt den Abgeordneten Erzberger die lange deutsch-russische Grenze, der russische Keil im Osten Deutschlands. Aber wäre denn der polnische Keil, der nach den Wünschen der Russophoben an dessen Stelle treten soll, für uns günstiger? Rußland kann unser Freund werden, Polen nie. Ein polnischer Staat wird immer nach den polnischen Landesteilen Preußens und darüber hinaus nach der Weichsel, nach Danzig streben. Es gehört schon die ganze westlerische Verblendung, die namentlich in der deutschen Linken herrscht, dazu, um eine Harmonie mit Polen zu entdecken und zu glauben, daß Polen um der Freundschaft mit Deutschland willen auf das Großpolen der Zukunft verzichten wird. Wenn es also Erzberger mit seiner Berufung auf Bismarck wirklich ernst ist, so sollten er und seine Gesinnungsgenossen vor allem jeden Losreißungsgedanken aufgeben. Und sie sollten sich auch nicht durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der sogenannten Fremdvölker Rußlands beschwichtigen. Man möge einmal dieses Selbstbestimmungsrecht wirklich frei in die Erscheinung treten lassen. Da würden die Naumann, David, Rohrbach und Genossen bald sehen, wie sehr sie mit ihrer Theorie von dem Streben der Randvölker nach dem Westen auf dem Holzweg sind. Die Anhänger dieser Auffassung sehen nur die alleinigmachende Westkultur und können sich gar nicht denken, daß andere Völker über deren Segnungen ganz anders denken, und daß sie jedenfalls Völkern mit anderer Mentalität nicht der Inbegriff des Erstrebenswerten ist. Mag Rußland im Augenblick aus sozialen Gründen in noch so viel Teile zu zerfallen scheinen: es besteht eine starke innere Einheit, die letzten Endes für den Zusammenhalt aller dieser Völker mit Rußland doch entscheidend sein wird. Die namentlich von Liberalen vertretene Auffassung, als ob jene Völker ja notwendigerweise von dem russischen Chaos zur deutschen Ordnung streben müßten, zeigt, wie oberflächlich doch das große geschichtliche Werden erfaßt wird. In der Tat ist nichts trügerischer als die Spekulation auf den endgültigen Zerfall Rußlands. Rußland mag sich augenblicklich in noch so geschwächtem Zustand befinden, die gewaltigen inneren Volkskräfte sichern ihm eine große staatliche Zukunft. Sonderbar, wie geringes Zutrauen gerade diejenigen, die beständig das Wort Demokratie im Munde führen, zu der aufbauenden Kraft eines wahren demokratischen Volkes haben. Die Lage Frankreichs um 1793 schien weit mehr verzweifelt als die des jetzigen Rußlands. Und doch hat Frankreich ganz Europa die Stirn geboten und aus tiefster Schwäche sich zu solcher Kraft aufgerichtet, daß England, um seine verlorene Suprematie neu aufzurichten, Koalition um Koalition schmieden mußte, bis es endlich der aufgebotenen ungeheuren Übermacht gelang Frankreich zu besiegen. Der eigentliche Besiegte war allerdings das kontinentale Europa selbst, das nunmehr der englischen Herrschaft anheimfiel. England geht darauf aus dem kontinentalen Europa auch jetzt wieder dieses Schicksal zu bereiten. Und wir sollen diese englische Absicht verwirklichen, indem wir zwischen uns und Rußland dauernde Feindschaft setzen? Damit wir bei der Austragung des englisch-russischen Gegen-

satzes später noch einmal gegen Rußland kämpfen können, dann aber als Degen Englands? Es kann nicht genug darauf aufmerksam gemacht werden, daß England sowohl wie Amerika in ziemlich unverhüllter Weise uns zu verstehen gegeben haben, daß sie gegen östliche Eroberungen Deutschlands nichts einzuwenden haben. Und wir schicken uns an durch die Errichtung von Pufferstaaten im Osten den englisch-amerikanischen Weisungen zu folgen!

Schon in der Vergangenheit war die Schaffung von Pufferstaaten niemals ein besonders glücklicher Gedanke, und die Pufferstaaten haben auch früher mit sehr geringem Nutzen viele Schwierigkeiten gebracht. Das belgische Beispiel sollte in diesem Krieg einem jeden den Zusammenbruch der Pufferstaatentheorie gezeigt haben. Um so verwunderlicher ist es, daß, wie der Staatssekretär des Auswärtigen mitteilte, drei deutsche Reichskanzler mit dem Mittel der Pufferstaatsgründung deutsche Politik zu treiben vermeinten. Allerdings, der werdende Pufferstaat Polen hat schon manche ernüchert, die anfangs von ihm begeistert waren. Man erkennt mehr und mehr, was man sich damit auf den Hals geladen hat. Aber anstatt nun die Absurdität der ganzen Idee zu erkennen, sucht man nach neuen Puffern, die nun auch gegen Polen dienen sollen. Da denkt man an Litauen, da denkt man gar an die Ukraine. Bei jeder künstlichen Schaffung neuer Staatengebilde schafft man aber nur neue Aspirationen, deren man später nicht Herr werden kann. Bei Polen hat sich das schon in diesem Krieg gezeigt. Auch bei Litauen beginnt sich das bereits zu zeigen. Und vielleicht wird man noch das Unmögliche möglich machen: eine litauische Irredenta auf deutschem Boden entstehen zu lassen, eine Bewegung, die, an sich wirtschaftlich widernatürlich, doch schließlich durch die Züchtung des separatistischen Gedankens hervorgerufen werden kann. Es zeugt von großer politischer Naivetät, wenn Genosse David in der letzten Sitzung des Hauptausschusses meinte, die selbständigen Zwischenstaaten an der Ostgrenze würden als Brücken zwischen Deutschland und Rußland wirken. Große Lasten wird man diesen Brücken jedenfalls nicht anvertrauen dürfen. In Wahrheit werden diese Pufferstaaten Konspirationsherde schlimmster Sorte sein, nie aufgehörende Veranlassung zu Reibereien zwischen Deutschland und Rußland.



ABER das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Müssen wir es nicht respektieren? Freilich, das sollen wir, und dieses große und hohe Prinzip ist gerade in den Sozialistischen Monatsheften stets und ernst vertreten worden. Aber man muß das im richtigen Sinn tun, man darf aus dem nationalen Selbstbestimmungsrecht kein übles Schlagwort machen. Man darf ihm keine Deutung geben, die dahin führt, daß man aus einem vorhandenen großen Reichsverband nach Belieben einzelne Teile herauschneidet. Was Graf Czernin mit Recht für Österreich vertrat, muß auch für Rußland gelten. Das Prinzip der Selbstbestimmung ist äußerst fruchtbar. Es gibt dem sein Geschick selbst bestimmenden Volk stärkste Kraft, verstärkte Möglichkeit zur freien Entfaltung aller in ihm liegenden Produktivkräfte. Die Intensivierung der Produktion, ihre Entwicklung zur Qualitätsleistung kann ein freies Volk in ganz anderer Weise fördern als ein unterdrücktes. Deshalb unterstützt der Sozialismus überall das Streben nach nationalkultureller Autonomie. Aber wir müssen uns dessen bewußt bleiben, daß, die so entfesselten

Produktivkräfte sich nur in einem größern Wirtschaftsgebiet auswirken können. Deshalb muß der Prozeß nationaler Differenzierung von einem gleichlaufenden Prozeß wirtschaftlicher Integrierung begleitet sein. Vom wirtschaftlichen und darum auch vom nationalen Standpunkt aus ist aber nichts widersinniger als die Wiedererweckung der Kleinstaaterei. Wir müssen im Gegenteil kleine Staaten zu großen Wirtschaftskomplexen zusammenschließen und die bereits bestehenden großen Komplexe erhalten und sichern. Wir wollen daher das kontinentaleuropäische Wirtschaftsimperium nicht abbauen. Aus vorhandenen großen Staatenverbänden kleine Völker oder Volksteile absplittern und zu sogenannten selbständigen Staaten machen, das wäre eine Tat wirtschaftlicher Reaktion. Von einer wahren Selbständigkeit könnte bei solchen Staaten ja ohnehin nicht die Rede sein, sie müßten sich stets an größere Staaten anlehnen, die sie dann zu ihren eigenen Zwecken als Degen gegen Dritte mißbrauchen würden. Damit würde die angeblich selbständige Nation aber gerade ihre Selbstbestimmung verlieren, während diese innerhalb der größern Gemeinschaft in der einzig fruchtbar Weise zur Geltung kommen würde: in der Entwicklung der eigenen nationalen Kultur. Vereinigen sich die einander ergänzenden Nationen zu wirtschaftlicher und politischer Gemeinschaft, so ist die Möglichkeit einer Selbstbestimmung und wahren Gleichberechtigung gegeben, da die Entwicklung jeder Einzelnation allen anderen Nationen, die im Gesamtverband vereinigt sind, gleichermaßen zugute kommt. Innerhalb einer solchen Gemeinschaft ist die Aufwärtsentwicklung des eigenen Volkes unbegrenzt möglich, ohne daß sie doch auf Kosten (oder gar mit Vernichtung) anderer Völker erstrebt zu werden braucht. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das jeder jetzt im Munde führt, und an das doch niemand um seiner selbst willen denkt, wird nicht durch die Begünstigung des nationalen Separatismus gewährleistet sondern durch die Förderung der nationalen Autonomie im Rahmen politischer Föderation und wirtschaftlicher Zusammenfassung.

Die hier in kurzen Strichen gezeichnete Entwicklungstendenz, die auf immer breiterer Grundlage zur Zusammenfassung Kontinentaleuropas führen müßte, wird indessen durch eine Politik, die eine dauernde Versöhnung Deutschlands mit Rußland unmöglich macht, aufs schwerste gehemmt, ja wahrscheinlich überhaupt vereitelt. Denn ohne ein freundschaftliches Rußland an der Seite ist eine Einigung Kontinentaleuropas nicht durchführbar, es werden vielmehr die europäischen Festlandsstaaten zu immer erneuten Kriegen mit einander getrieben werden. Ohne Rußland bleibt Frankreich unser Feind. Mit Rußland aber würde es sich allmählich daran gewöhnen mit Deutschland zu einem vernünftigen Ausgleich zu gelangen, der an sich zu erreichen und das Segensreichste für die europäische Zukunft überhaupt wäre. Auch die belgische Frage, deren Ernst in der gegenwärtigen Situation nicht verkannt werden darf, würde bei solcher Entwicklung ihre Bedeutung für uns verlieren; denn ohne die französische Zustimmung könnte England Belgien nicht als Brückenkopf gegen Deutschland benutzen. Der kontinentaleuropäische Zusammenschluß ist auch der einzige Weg mit England zu einem Modus vivendi zu gelangen. Wir haben wirklich kein Interesse daran dem deutsch-englischen Gegensatz zu verewigen. Wir wollen ihn aber auch nicht in der Weise beseitigen, daß wir einen englischen Frieden machen, das

heißt, daß Deutschland in die Abhängigkeit Englands gerät und nun darauf wartet von England, wie manche Seele träumt, als Juniorpartner aufgenommen zu werden. Wir wollen vielmehr unsere wirtschaftliche Zukunft mit solchen Sicherungen umgeben, daß England zugleich mit der Aussicht uns niederzuringen auch das Interesse verliert weitere kriegerische Auseinandersetzungen mit uns zu wagen. Die Sicherungen bestehen einzig und allein in dem kontinentalen Zusammenschluß. Ohne diesen wird Großbritannien, gestützt und gestärkt durch die hinter ihm stehenden Vereinigten Staaten, immer wieder dahin neigen sich in die innereuropäischen Angelegenheiten zu mengen. Nur ein vereintes Kontinentaleuropa kann selbständige Weltpolitik ohne (und nötigenfalls auch gegen) England treiben. Unsere Kolonialpolitik werden wir dann aus eigener Kraft fortführen können, wir werden in unseren Kolonien nicht (wie sonst allerdings mit Recht befürchtet werden müßte) bei England zur Miete wohnen, wir werden vielmehr unseren kolonisatorischen Pflichten in vollstem Maß nachkommen können und damit die unentbehrliche Vorbedingung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit, die Rohstoffversorgung, zu einem sehr erheblichen Teil sicherstellen.

Von den großen, bereits vorhandenen oder sich bildenden Wirtschaftsimperien sind zwei, nämlich England und Amerika, bereits eine engere Gemeinschaft eingegangen. Mögen immerhin zwischen ihnen auch mancherlei Gegensätze bestehen, in ihrer Weltpolitik wird das Gemeinsame stets überwiegen. Und dies namentlich gegen den europäischen Kontinent und gegen den europäischen Osten. Eben aus diesem Grund haben ja die angelsächsischen Reiche in eine Schwächung Rußlands eingewilligt. Eben aus diesem Grund brauchen wir wiederum ein starkes Rußland an der Seite. Und unser Ziel muß sein, daß das sich bildende Kontinentaleuropa der Zukunft sich mit dem russischen und mit dem ostasiatischen Imperium näher verbündet. Durch eine antirussische Politik zwingen wir Japan den, ihm an sich durchaus unerwünschten Anschluß an das Angelsachsenthum zu vollziehen. Nach seinen wahren Interessen würde aber Japan den Anschluß an Rußland und an Deutschland bei weitem vorziehen. Und es ist gar nicht zu verkennen, daß die japanischen Äußerungen gegen Rußland, die jetzt mehr und mehr bekannt werden, auch Warnungen an unsere Adresse sind eine Politik zu verfolgen, die einen Keil zwischen Deutschland und Rußland treibt und damit Japan der notwendigen Rückendeckung beraubt, die ihm ein starkes Rußland zu bieten vermöchte.

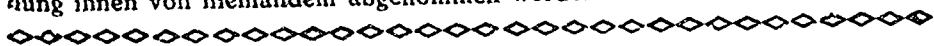
LEIDER scheint es nicht, als ob die deutsche Politik die Zusammenhänge erkennt oder gewillt ist ihnen Rechnung zu tragen. Es scheint immer noch, daß man auf einen angelsächsischen Frieden rechnet, und daher begeht man in der Ostpolitik Fehler auf Fehler. Der erste und größte dieser Fehler war die Polenproklamation. Sie war der Anfang jener Politik, deren Folgen uns nunmehr um den Frieden im Osten und um die zukünftige Freundschaft mit Rußland zu bringen drohen. Die Mehrheit des deutschen Reichstags, und gerade auch die Sozialdemokraten, haben die Gefahren nicht erkannt, die diese Polenpolitik mit sich bringen mußte. Sie waren der Meinung, daß die Vorwegnahme des polnischen Teils aus der Gesamtheit der Kriegsziele ohne Konsequenzen möglich sei, und daß Polen uns bei der Liquidation des Krieges zur Seite stehen würde. Heute ist der Irrtum dieser Auffassung offen-

bar, und er ist, soweit es sich um die Konsequenzen dieser Politik handelt, auch von dem Staatssekretär des Auswärtigen in einer Weise bestätigt worden, die zugleich die Folgerichtigkeit der in den Sozialistischen Monatsheften vertretenen Politik jedem Urteilsfähigen darlegt. Denn im Hauptausschuß hat der Staatssekretär von Kühlmann jetzt denen, die mit seiner Ostpolitik unzufrieden waren, das folgende geantwortet:

»Der Ursprung der von uns vertretenen Politik liegt weit zurück; er hängt organisch zusammen mit der Schaffung eines selbständigen Polens. Ich kann nicht mit voller Sicherheit dokumentarisch sagen, zu welcher Zeit die Politik, die für uns ein Spezialinteresse an den westlichen Randstaaten des ehemaligen russischen Kaiserreichs, Kurland, Litauen und Polen, festsetzte, bei uns endgültig niedergelegt worden ist. Es haben mir jedenfalls Akte aus dem Frühjahr 1917 vorgelegen, wo doch unter der Kanzlerschaft des Herrn von Bethmann Hollweg die Politik in dem Umfange, wie sie jetzt vertreten worden ist, maßgebend niedergelegt worden ist. Auch der notwendige innere Zusammenhang zwischen unserer Politik in Kurland und Litauen und der polnischen Politik, welche ein Faktum darstellt, an dem man nicht mehr vorübergehen kann, ist gestern schon erschöpfend dargelegt worden. Als ich im Juli dieses Jahres das Amt übernahm, das ich jetzt zu bekleiden die Ehre habe, war bei den einleitenden Beratungen unter der Kanzlerschaft Michaelis gleichfalls die Politik nach Osten (die Politik, welche die 3 mehrfach genannten Randstaaten betraf) als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon feststehend angenommen worden.«

Wenn freilich der Staatssekretär im Zusammenhang mit diesen Darlegungen meint, die von ihm bei der Übernahme seines Amtes vorgefundenen Tatsachen hätten ihn gezwungen die damals bereits eingeleiteten Pläne weiter zu verfolgen, so daß eine Entscheidungsfreiheit nicht mehr vorhanden war, so ist das durchaus nicht anzuerkennen. Eine neue Politik einzuschlagen ist ja gerade die Aufgabe neuer Staatsmänner. Die vollständige Änderung des jetzigen Ostkurses war jederzeit möglich. Sie ist es auch noch heute und würde weniger Scherben hinterlassen als ihre weitere Verfolgung. Aber kann man denn der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie an ihrem Kurs festhält? Dieser Kurs ist ja der der Reichstagsmehrheit, und die Regierung, ob sie nun offiziell parlamentarisiert ist oder nicht, kann keine andere Politik treiben als diejenige, die von der Mehrheit gewünscht und gedeckt wird. Die deutsche Linke möchte allerdings bei einem Mißerfolg am liebsten jede Verantwortung von sich abweisen. Um so mehr muß betont werden, daß sie sie in der Tat trägt. Es geht nicht an eine Politik gutzuheißen, moralisch zu stützen, ja womöglich selber einzuleiten, und nachher anderen die Verantwortung für die eigene Kurzsichtigkeit aufzubürden.

Die deutsche Reichstagsmehrheit muß sich endlich darüber klar werden, daß es jetzt in Brest-Litowsk um die Zukunft des deutschen Volkes überhaupt geht. Nicht darum handelt es sich, was eventuell der bolschewistischen Regierung bei den Friedensverhandlungen abgenötigt wird. Sondern darum, daß ein wahrer Frieden mit dem russischen Volk zustande kommt. Die Mehrheit des deutschen Reichstags scheint geneigt für das Linsengericht kleiner, vorübergehender Vorteile, für trügerisches Prestige und bloßen Schein, die Sicherheit der deutschen Entwicklung in Frage zu stellen. Noch ist nichts Endgültiges verloren. Aber die Parteien müssen einsehen, daß sie jetzt vor der Entscheidung stehen, und daß die Verantwortung für diese Entscheidung ihnen von niemandem abgenommen werden kann.



JULIUS KALISKI · DER NOTWENDIGE UMBAU UNSERER LEBENSMITTELVERSÖRGUNG



NACH 3½ Kriegsjahren steht die parteipolitische Behandlung von Lebensmittelfragen wieder auf der Höhe der Friedenszeit: Die agitatorischen Instinkte überwuchern in einem großen Teil der Presse alle sachlichen Erwägungen, wobei der objektive Beobachter feststellen kann, daß die lautesten Ankläger sich mit den heftigsten Vorwürfen gegen Wirkungen der Kriegswirtschaft wenden, die als die Ergebnisse ihrer eigenen Politik angesprochen werden müssen.

Ein typisches Beispiel für diese Zusammenhänge bietet die Behandlung der Denkschrift des Neuköllner Magistrats. Die Selbstbeichtigung des Magistrats erfolgreich an dem Schleichhandel teilgenommen zu haben ist als eine verdienstvolle Tat gerühmt worden. Aber seine Vorschläge zu einer Reform der Lebensmittelversorgung (die in ihrer jetzigen Form frei und kurzerhand als das *System Waldow* bezeichnet wurde) sind in den breiten und aufgeregten Diskussionen zu kurz gekommen. Die von ihm geforderten Maßnahmen seien deshalb der Vergessenheit entrissen. Sie lauten:

a) Die Produktionsstellen, Lieferungsverbände, Erzeugerstätten, Verteilungsstellen usw. werden unter Beaufsichtigung einer Überwachungskommission, bestehend aus 6 Mitgliedern, gestellt, von denen mindestens 4 den Verbraucherkreisen angehören müssen. Handelt es sich um Lieferung von Bodenerzeugnissen, so müssen die 4 Verbrauchermittglieder der Bezirke der Bedarfsverbände entnommen werden. Handelt es sich um Industrieerzeugnisse, so müssen sich die Verbrauchermittglieder aus den Gewerkschaften des betreffenden Industriezweigs zusammensetzen. Die Überwachungskommission wird in den ländlichen Lieferungskreisen dem Landrat, in den Industrieerzeugergebieten dem Leiter der zuständigen Verteilungsstelle, eventuell der Kriegsgesellschaft als beratendes und kontrollierendes Organ beigegeben. Die Beschlüsse der Überwachungskommission müssen von dem Leiter der Lieferungs-, Erzeuger- oder Verteilungsstelle vorbehaltlich des ihm zustehenden Beanstandungsrechts ausgeführt werden. Die Beanstandung unterliegt der endgültigen Entscheidung des Kriegsernährungsamts.

b) Sämtliche Lebensmittel sind zu beschlagnahmen und den Bedarfsstellen zur Bewirtschaftung zu überlassen; Saatgut wird von der Überwachungskommission unter Verwahrung genommen und nach dem Bedarf des Anbaus verteilt.

c) In größeren Wohn- und Industriegebieten muß die Lebensmittelverteilung nach einheitlichen Mengen und mittels eines einheitlichen Verteilungssystems durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sind für diese Gebiete, und zwar über das zusammenhängende Wohn- und Industriegebiet einheitliche Lebensmittelverteilungsstellen einzurichten.

Die Unfruchtbarkeit des Programms ist aus der bloßen Wiedergabe der Forderungen ersichtlich. Dennoch fand es Bewunderer. Ein großes liberales Blatt sah darin die Bestätigung seines eigenen Standpunkts. Es muß besser erfaßt und verteilt werden: In diesen Worten erschöpfte sich das *grundstürzende* Reformverlangen dieses, in seinen eigenen Augen so radikalen Konsumentenliberalismus. Nachdem man eben erst eingestanden hatte, daß die schon unübersehbaren Verordnungen zu einem erheblichen Teil ihren Zweck verfehlten, weil sie von *den anderen* nicht restlos beachtet würden, forderte man schließlich — neue Verfügungen und Kontrollbestimmungen. Leider hat die Öffentlichkeit von dem Wesen der empfohlenen Überwachungskommissionen nichts Genaueres erfahren; es wäre immerhin wissenswert gewesen, wie sich der Magistrat zu Neukölln die Kontrolle von etwa 6 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe durch mitgliederreiche Kommis-

sionen vorstellt. Doch die Methode des Neuköllner Magistrats ist nur zu allgemein: Die Kritik geht an den Ursachen von Mißständen vorbei und klammert sich an Erscheinungen, die unvermeidliche Folgen begangener Irrtümer sind, an denen man aber mit ungeteilter Energie nach wie vor festhalten will.

Mit dem System der Rationierung und der Höchstpreise für Lebensmittel ist, wie die Menschheit einmal beschaffen ist, der Schleichhandel untrennbar verbunden. Daraus ergibt sich keineswegs die Folgerung, daß ein unbeschränkter Verkehr mit Lebensmitteln zur Abstellung aller Sorgen und Nöte wieder in Geltung treten müsse. Der Verzicht auf die Reglementierung in jeder Gestalt könnte als Heilmittel nur in Frage kommen, wenn die heimische Landwirtschaft imstande wäre aus der gesteigerten Nachfrage die Kraft zu einem entsprechend gesteigerten Angebot, also zu einer ungeheuren Vermehrung der Produktion, zu finden. Das war und ist unter den herrschenden Verhältnissen aber unmöglich. Nun hat die deutsche Landwirtschaft im Krieg Großes geleistet und eben durch diese Leistung die Richtigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik bekräftigt. Das Unmögliche aber: unter den im Krieg herrschenden Produktionsverhältnissen einem Konsum in beliebiger Höhe zu genügen, kann man natürlich von ihr nicht verlangen. Der Verbrauch muß also den verfügbaren Mengen angepaßt werden. Es ist bewundernswert genug, wie groß der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion in den Kriegsjahren war. Den 5 bis 6 Millionen Menschen, die das Heer der Landwirtschaft entzogen hat, stehen nur etwa 500- bis 750 000 Kriegsgefangene an Arbeitskräften als Ersatz gegenüber, dazu ein ausgesogener Boden sowie Mangel an künstlichen Düngemitteln und anderm Material, ganz abgesehen von den für die Ernte ungünstigen Witterungsverhältnissen, die während der Kriegsjahre herrschten. Vor allem aber scheint man immer noch zu übersehen, daß wir je länger je mehr von ausländischen Zufuhren an Nahrungsmitteln völlig abgeschnitten wurden. Vor dem Krieg hatte unsere Einfuhr an Nahrungsmitteln der wichtigsten Art etwa 1½ Milliarden Mark betragen, an Futtermitteln bezogen wir aus dem Ausland für etwa 1 Milliarde, der Einfuhrüberschuß an Düngemitteln betrug im Jahr etwa 80 Millionen Mark. Hinzu kam ein Überschuß der Einfuhr an Rindvieh von nicht weniger als 259 340 Stück, an Pferden von 141 075 Stück. Das alles fiel nun fort. Dennoch vermögen wir im 4. Kriegsjahr unsere Ernährung aufrechtzuerhalten. Gewiß, sie ist schmal. Aber sie darf nicht nur nach den amtlich zugestandenen Rationen bemessen werden. Man muß bei der Berechnung der Produktion doch selbstverständlich auch die vom Schleichhandel bewegten Mengen als Teil der Produktion gelten lassen.

Ist die Beteiligung am Schleichhandel, gleichviel ob als Verkäufer oder als Käufer, ein Laster, so haben wir es jedenfalls seit langem mit einem Massenlaster zu tun, dem mit Strafen und selbst hohen Strafen nicht beizukommen ist. Die Probe auf das Exempel ist bereits gemacht; es bedarf nicht erst der Versuche mit Strafverschärfungen. In seltsamer ethischer Verirrung ist die Forderung erhoben worden als Schleichhändler nur den Verkäufer zu bestrafen, den Käufer aber straffrei zu lassen; selbst sozialdemokratische Blätter gehören in peinlicher Verkennung der Sachlage zu ihren Verfechtern. Sonst war man sich darüber klar, daß bei der Bestechung von

kleinen Beamten und Angestellten derjenige, der zur Erzielung von Vorteilen die Verführung betrieb, schlimmer handelte und bestraft werden müßte als der Verführte. Im Schleichhandel liegen die Dinge zum mindesten nicht umgekehrt.

Gibt es zweckmäßige Mittel zum Abbau und zur Unterbindung des Schleichhandels? Diese Frage muß bejaht werden.

Die bisherige Verfolgung des Schleichhandels hat nur das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks erfüllt. Es hat sich in der Praxis ergeben, daß schärfere Strafbestimmungen mit einer Steigerung der Preise im Schleichhandel Hand in Hand gehen. Die höheren Schleichhandelspreise waren keineswegs etwa immer durch eine Abnahme der verfügbaren Lieferungsreserven bedingt; vielmehr stieg mit der Höhe der zu erwartenden Strafen die Risikoprämie. So wird es auch bleiben, wenn man sich nicht zu einem gründlichen Umbau unserer Lebensmittelorganisation entschließt. Ein Vorteil des Schleichhandelssystems kann gegenüber den schlimmen fressenden Schäden, die es im Gefolge hat, nicht ganz unerwähnt bleiben: der Vorteil nämlich, den die Lockung der ungeheuer hohen Preise für gewisse Gebiete der Produktion ausübt. Sicherlich sind nicht nur mancherlei Lebensmittel an den Markt gekommen, die sonst im eigenen Haushalt des Produzenten verbraucht worden wären; es sind auch mehr Lebensmittel erzeugt worden. Aber auch diese Konstatierung soll nicht dahin gedeutet werden, daß unbeschränkte Preisentwicklung oder gar der Schleichhandel nun als Quelle der Produktionsanregung zu empfehlen ist. Wir wollen den Schleichhandel vielmehr unterbinden. Das ist aber nur möglich, wenn wir ihn überflüssig machen. Jede wirtschaftliche Einrichtung hat so lange unzerstörbare Daseinskraft, als sie eine an sich notwendige Funktion erfüllt. Wir müssen also das, was der Schleichhandel auf verbotenen Wegen vollbringt, auf anderen, legalen Wegen zu erreichen suchen. Es gibt Methoden, die das erzielen könnten; das Kriegswucheramt ist freilich nicht in ihrem Besitz.

Von landwirtschaftlichen Körperschaften ist dem Kriegsernährungsamt ein Programm für die Neugestaltung unserer Lebensmittelorganisation unterbreitet worden, das mit dem System bricht unsere Volkswirtschaft als einen Mechanismus anzusehen und dafür den Erfassungsapparat organisch aufbauen will. Nach den Mitteilungen, die bisher vorliegen, soll in jeder Gemeinde eine nach genossenschaftlichen Grundsätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet werden, an die sämtliche Gemeindeinsassen ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist, abzuliefern haben. Wo in einer Gemeinde eine Genossenschaft besteht, ist sie als Geschäftsstelle anzusehen. In jedem Kreis (Bezirk) soll sodann in Anlehnung an den Kommunalverband eine Kreisstelle errichtet werden. Daran schließen sich weiter die Provinzstellen in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an denen sich diejenigen landwirtschaftlichen Körperschaften beteiligen sollen, die sich in dem Gebiet bisher geschäftlich betätigt haben, also in erster Linie die in dem Bezirk ansässigen Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. Die so gebildeten Provinz- und Landesstellen werden die verantwortlichen Träger der Erfassungsorganisation; sie übertragen ihre geschäftliche Tätigkeit

den in der Provinz oder dem Landesteil vorhandenen Zentralgenossenschaften oder entsprechenden Geschäftsstellen. Schließlich wird nach dem Entwurf aus den schon genannten landwirtschaftlichen Organisationen und den Verbänden der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Ausschuß gebildet, der als Reichsstelle fungieren soll.

Zunächst handelt es sich hier um Vorschläge, die den eigentlichen Plan nur in Umrisen erkennen lassen. Aber das Grundprinzip dieses Plans tritt klar genug hervor, um gewürdigt werden zu können. Es handelt sich um die Absicht unsere künstlich aufgetürmte Lebensmittelorganisation unserer Volkswirtschaft organisch einzugliedern: also um ein Bestreben, das in den Sozialistischen Monatsheften stets vertreten und in seinen Hauptbedingungen in allen Stadien unserer Kriegswirtschaft gefordert worden ist.

Schon vor Monaten hat der Freie Ausschuß der Genossenschaften, zu dem sich landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumvereine seit einer Reihe von Jahren zusammenfanden, Richtlinien für die Stellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumvereine aufgestellt, in denen für die restlose Erfassung der vorhandenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Errichtung von Zwangsverbänden der Produzenten gefordert wurde. Den Zwangsverbänden wird die Aufgabe zugewiesen die Ablieferung der ländlichen Erzeugnisse sicherzustellen; sie sollen jedoch die geschäftliche Erledigung dieser Aufgaben selbst nicht übernehmen sondern lediglich die Ausübung des Zwangs zur Ablieferung bewirken. Zur Erledigung des geschäftlichen Teils dieser Aufgaben sollen die Genossenschaftsverbände und die Verbände des eingeführten Handels zugezogen werden. Die Kosten der Gesamtorganisation sollen auf dem Weg des Umlageverfahrens erhoben werden. Die nämlichen Absichten verfolgt die Zentralstelle für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege für Elsaß-Lothringen. Im 4. Heft der von ihr herausgegebenen Schriften ist unter Hinweis auf die Arbeit der fast in allen Teilen Elsaß-Lothringens gebildeten Wirtschaftsausschüsse zur Herbeiführung einer gerechten Lebensmittelverteilung durch Organisierung der Produktion die Errichtung landwirtschaftlicher Ortsvereine auf Grund des § 15 der Bundesratsverordnung vom 4. November 1915 eingehend begründet worden. Diese obligatorischen Ortsvereine sind hier wie in den vorher erwähnten Plänen als fester Unterbau der Gesamtorganisation gedacht, über deren Oberbau wohl verschiedene Wünsche und Meinungen bestehen werden, dessen Umwandlung aus den jetzt arbeitenden Gebilden aber sich ohne Umwälzungen bewerkstelligen läßt.

Für die Erfassung der Produktion ist die landwirtschaftliche Gemeinde die natürliche Körperschaft. Sie wird mit dem Verlangen nach Aufbringung der größtmöglichen Menge die neue Aufgabe verbinden müssen: die Förderung der Produktion. Damit wird die beste Sicherung des Konsumentenschutzes betrieben. Zur Erreichung dieses Ziels wird es sich empfehlen nach sorgfältiger Schätzung jeder einzelnen Wirtschaft ein bestimmtes Maß von Produktion zu vorgesehenen Preisen zur Zwangsablieferung aufzuerlegen. Nach Ablieferung dieses Zwangskontingents unter solidarischer Haftung der Gemeinde muß jedoch jedem Produzenten das Recht zugestanden werden für seine Überschussmengen wesentlich höhere Preise zu beziehen. Es können dabei gleichfalls Preisvereinbarungen zwischen den Ablieferungs- und Verteilungsverbänden getroffen werden, so daß wilder Handel zum Zweck der

Preistreiberei ausgeschlossen bleibt. Bei einer derartigen Praxis wird die Zwangsablieferung zu einem Mittel geordneter Lebensmittelverteilung, ohne daß damit für den einzelnen Produzenten der Anreiz zur Entfaltung aller Produktionsmöglichkeiten ausgeschaltet wird. Durch Einräumung höherer Preise für die Erzeugung der nicht für die Zwangslieferung beanspruchten Mengen werden die dem Schleichhandel heute zur Verfügung stehenden Kanäle versiegen, weil sie dann auch technisch wirksamer verstopft werden können. Zentralämter wie die Reichsgetreidestelle würden bei der Neugestaltung wohl einen bessern Unterbau bekommen, brauchten aber durchaus nicht zu verschwinden; sie würden vielmehr, gestützt auf das Netz der zusammengefaßten Ortsvereine, ihre Funktionen ohne die jetzt so ungemain zahlreichen Hemmnisse erfüllen können. Daß manche andere kriegswirtschaftliche Organisation sich erübrigen könnte, wäre sachlich kein Schaden sondern ein Vorzug, für den nicht nur die Vereinfachung des Geschäftsgangs spricht.

Jedes Zögern bei der Durchführung der Neuordnung wird die Schwierigkeiten vermehren, mit denen wir jetzt zu rechnen haben, und die uns später noch schmerzhafter zum Bewußtsein kommen müssen, wenn wir uns nicht bald zu den notwendigen Reformen entschließen. Alle Aufgaben der Lebensmittelversorgung der Kriegszeit werden auch in der Zeit nach dem Krieg zu lösen sein, nur unter Verhältnissen und Bedingungen, die noch viel schwieriger sein werden als es gegenwärtig der Fall ist. Deshalb darf jetzt wenigstens nicht mit dem für Krieg und Frieden notwendigen Umbau unserer Lebensmittelversorgung gezögert werden. Die Träger der Produktion müssen auch die Träger der Erfassung der Produktion werden. Ihre enge Verbindung mit den Genossenschaften, Handelsorganisationen und Verbraucherverbänden wird die Zusammenarbeit von Stadt und Land für die Zukunft fügen und befestigen.

PAUL MÜLLER · DER WIEDERAUFBAU DER DEUTSCHEN HANDELSFLOTTE



M 11. Oktober 1917 hat der Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte in 3. Beratung angenommen. Daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch dieses, in erster Linie volkswirtschaftlichen (und nicht zuletzt auch Arbeiterinteressen) dienende Gesetz grundsätzlich bekämpfen würde, war vorauszusehen und erklärt sich daraus, daß ihr Radikalismus den Gegenwartsstaat überhaupt negiert. Wenn sich aber auch die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch eine (kaum nennenswerte) Zufallsmehrheit dazu entschloß aus mehr formalen Gründen nicht offiziell und geschlossen im Plenum für das Gesetz zu summen, so muß ich rundweg erklären, daß diese Haltung der Fraktionsmehrheit nicht nur zu bedauern sondern auch vom Arbeiterstandpunkt aus auf das allerentschiedenste zu verurteilen ist. Ich weiß mich mit dieser Feststellung vollkommen eins mit Tausenden und Abertausenden deutscher Seeleute, Werft- und Hafenarbeiter.

Richtig ist, daß die sozialdemokratische Fraktion das Wiederaufbaugesetz für die deutsche Handelsflotte weder grundsätzlich bekämpft noch abge-

lehnt hat. Richtig ist auch, daß ihre Vertreter in der Kommission, bis auf 2 Mitglieder der *erweiterten Minderheit*, das Gesetz nicht nur nach besten Kräften gefördert sondern ihm auch zugestimmt haben. Richtig ist ferner, daß der einzige sozialdemokratische Redner im Plenum des Reichstags in der 2. Lesung in vorzüglicher Rede die Notwendigkeit des Gesetzes dargetan und dessen grundsätzliche Ablehnung zur platten Unmöglichkeit gemacht hat. Und richtig ist endlich, daß keinerlei prinzipielle Erwägungen und Einwände die endgültige Haltung einer äußerst knappen und rein zufälligen Mehrheit der Fraktion bestimmt haben. Die Fraktion in ihrer Gesamtheit hat, trotz allem, ihre großen Verdienste um das Zustandekommen des Wiederaufbaugesetzes. Sie hat im Hauptausschuß wie auch im Plenum des Reichstags die Vorlage eines solchen Gesetzes von der Regierung verlangt, sie hat durch ihre Vertreter in der Kommission für Handel und Gewerbe die beschleunigte Einbringung und Erledigung des Gesetzes mitgefordert, und schließlich hat sie nichts unternommen, was einer schnellen und glatten Erledigung des Gesetzes nach der einen oder andern Richtung hin hätte hinderlich oder gar gefährlich werden können. Das alles muß und wird die interessierte Arbeiterschaft zu würdigen wissen, nimmt mir aber nicht das Recht das Verhalten der Fraktionsmehrheit in der 3. Lesung schon allein deshalb zu bedauern, weil es nach ihrem bisherigen Verhalten dem Gesetz gegenüber unlogisch und inkonsequent war. Solche parlamentarischen Schachzüge mögen dem frühern Bedürfnis nach parteipolitischem Agitationsstoff entsprochen haben, der heutigen Würde der Partei und der Fraktion entsprechen diese Palliativmittelchen nach meiner und vieler Genossen Auffassung nicht mehr. Ich kann mich von dem Gefühl nicht freimachen, daß bei diesen und ähnlichen Anlässen Zufallsmehrheiten in der Fraktion sich zu abhängig von der *erweiterten Minderheit* fühlen, wie ich überhaupt die Überzeugung habe, daß die Politik der Mehrheitsfraktion des öftern nicht durch sachliche Erwägungen sondern durch den Blick auf die Unabhängige Sozialdemokratie bestimmt wird. Kommt noch hinzu, daß das stark oppositionelle und zeitweise obstruktionelle Verhalten der Fortschrittler dem Wiederaufbaugesetz gegenüber die Zufallsmehrheit der sozialdemokratischen Fraktion anscheinend stark beeinflusste. Der selben Fortschrittler, die von der Fanfare am Anfang schließlich zur Schamade umkippten und damit die Unabhängigen in der Fraktion arg enttäuschten.

Doch das Wiederaufbaugesetz vom 11. Oktober ist nunmehr in aller Form beschlossen, und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache darüber erfreut zu sein.

Seltsamerweise findet dieses eminent wichtige Gesetz in der deutschen Öffentlichkeit, im Gegensatz zur englischen und amerikanischen, eine nur recht bescheidene Beachtung. In erster Linie dürfte das auf die absolute Inanspruchnahme unseres öffentlichen Lebens durch die alles erschütternden Kriegereignisse zurückzuführen sein; aber ich bin mir auch darüber klar, daß es der großen Mehrheit unseres Volkes an dem hinreichenden Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Vorteile der deutschen Seegeltung in der Weltwirtschaft überhaupt fehlt. Einem Volk, dessen Außenhandel vor dem Krieg den Gesamtwert von 19 bis 20 Milliarden Mark erreichte, einem Volk, dessen Handelsflotte 1914 einen Raum von 5½ Millionen Bruttoregistertonnen aufwies, dessen am Schiffbau und an der See-

schiffahrt interessierte Arbeiterschaft 200- bis 300 000 Mann zählt, kann und darf aber seine Seeschiffahrt, also seine ganze maritime Zukunft, nicht gleichgültig sein.

Die deutsche Handelsflotte hat von ihrem Friedensbestand während des Krieges $2\frac{1}{2}$ bis $2\frac{3}{4}$ Millionen Bruttoregistertonnen Raumgehalt, die sich auf 700 bis 800 deutsche Schiffe verteilen, durch Maßnahmen der Kriegsgegner eingebüßt. Einen Verlust von 50 bis 60 % der deutschen Handelstonnage kann die deutsche Volkswirtschaft nicht ertragen, wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und die deutschen Arbeiter als Produzenten und Konsumenten dadurch nicht die schwersten Nachteile erleiden sollen. Eine so erhebliche Schwächung der deutschen Handelsflotte muß das deutsche Wirtschaftsleben auf Gedeih und Verderb dem Ausland ausliefern, zumal die Handelsflotten namentlich der neutralen maritimen Nachbarstaaten Deutschlands während des Krieges einen unvergleichlichen Aufschwung genommen haben. Das Ausland würde aber nach dem Krieg bei der heutigen, hinter den bescheidensten Leistungsansprüchen zurückbleibenden deutschen Handelsflotte, dem deutschen Volk für seine zu importierenden Rohstoffe, Halbfabrikate, Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel, desgleichen für seine zu exportierenden Produkte aller Art einfach Phantasiefrachten diktieren und es damit aufs schwerste belasten. Also schon aus diesen allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus wird die schnellste Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, die erneute Befestigung der deutschen Seegeltung zur zwingenden Notwendigkeit. Aber auch aus sozialen Erwägungen im Interesse der deutschen Arbeiterschaft müssen schnellstens Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Handelsflotte möglichst bald auf ihre frühere Stärke und Leistungsfähigkeit zurückzubringen. Ganz abgesehen von den 200- bis 300 000 deutschen Seeleuten, Hafen- und Werftarbeitern sind weitere Hunderttausende deutscher Arbeiter im Binnenland an dem raschen Wiederaufbau der Handelsflotte industriell interessiert. Denn dieser schafft Arbeit, Lohn und Brot; und das wird allen Arbeiterkategorien nach dem Krieg sehr zugute kommen.

Niemals dürfte also das deutsche Volk zulassen, daß seine Nationalwirtschaft infolge des Mangels an einer eigenen leistungsfähigen Handelsflotte der Willkür der ausländischen maritimen Konkurrenz ausgeliefert, daß Hunderttausende deutscher Arbeiter durch eine um 50 bis 60 % geschwächte deutsche Handelsflotte den schwersten sozialen Schäden und Gefahren ausgesetzt werden. Aus diesen zwingenden Erwägungen heraus sah man auch allgemein die Notwendigkeit des schnellsten Wiederaufbaus der deutschen Handelsflotte ein. Nur war man in weniger unterrichteten Kreisen der Meinung, die deutschen Reeder hätten aus privatkapitalistischem Interesse heraus allein die Pflicht diese Flotte neu aufzubauen. Dazu waren und sind aber die deutschen Reeder tatsächlich gar nicht in der Lage. Dazu sind sie meiner Auffassung nach unter den gegebenen Umständen auch nicht verpflichtet. Die starke Verminderung der deutschen Handelsschiffstonnage ist eine Kriegsfolge, ist auf kriegerische Maßnahmen der verschiedensten Art zurückzuführen. Aus diesem Grund ist das Reich den Reedern gegenüber entschädigungspflichtig. Durch die enorme Einbuße an Schiffen und Tonnage und die übrigen Kriegsverluste sind die größten deutschen Reedereien finanziell so geschwächt, ja erschöpft, daß sie ganz außerstande sind aus eigenen Kräften

wieder eine Handelsflotte zu schaffen. Das können sie auch deshalb nicht, weil die Folgen des Krieges eine Steigerung der Schiffbaupreise um 250 bis 300 % herbeigeführt haben. Ein Schiffneubau, der mit Ausrüstung vor dem Krieg 1 Million Mark erforderte, ist heute und wird nach dem Krieg unter 2½ bis 3 Millionen Mark nicht auszuführen sein. Für die Reeder ist bei solchen Baupreisen jede Rentabilität vollkommen ausgeschlossen, sollen sie nicht später zu enormen Frachtpreisen greifen, die unsere ganze Volkswirtschaft schädigen. Deshalb muß das Reich helfend eintreten. Es muß einem national und volkswirtschaftlich so wichtigen Unternehmen wie der deutschen Handelsflotte Reichsmittel zur Verfügung stellen.

Das könnte auf dreierlei Art geschehen. Einmal durch allgemeine Entschädigung an die deutsche Reederei für die erlittenen Kriegsverluste, dann durch Darlehen für Schiffbauzwecke und endlich durch direkte Beihilfe an die Reeder, um diesen den beschleunigten Wiederaufbau der Handelsflotte als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit nicht nur zu ermöglichen sondern zur zwingenden Pflicht zu machen. Das erste schien der Zeit nach verfrüht und begegnete technischen und finanziellen Schwierigkeiten. Das zweite war unpraktisch, materiell unbegründet und hätte sicher nicht zum angestrebten Ziel geführt sondern mit einem Fiasko geendet. Aus diesen Gründen habe ich auch den sozialdemokratischen Darlehnsantrag zur 3. Lesung bekämpft, weil er im Fall seiner Annahme den Zweck des Gesetzes vollkommen illusorisch gemacht hätte. Es blieb de facto nur der dritte Weg als gangbar übrig: der der direkten Reichsbeihilfe an die wirklich am Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte beteiligten Reedereien. Diesen Weg beschreitet das Gesetz unter Bedingungen, die für die Reeder hart sein mögen, die nichtsdestoweniger gerechtfertigt sind.

Das Gesetz kommt aber nicht nur den den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte vollziehenden deutschen Reedereien zu Hilfe sondern auch den deutschen Seeleuten, die durch die gleichen Kriegsmaßnahmen ihre Habe, also ihre Ausrüstung verloren haben. Genau so wenig wie die Reeder ohne Schiffe ist ein Seemann ohne Ausrüstung möglich. Wird das Gesetz für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte die Aufwendung von 1 bis 1½ Milliarden Mark aus Reichsmitteln erfordern, so werden die deutschen Seeleute (zirka 20- bis 25 000), soweit sie mit ihrer Habe in Verlust geraten sind, an dieser Aufwendung mit ungefähr 8 bis 10 Millionen Mark partizipieren. Die vage Behauptung, die seitens der Unabhängigen aufgestellt und dann schließlich auch von der *erweiterten Minderheit* in der Mehrheitsfraktion und -presse als *durchschlagendes Argument* begierig aufgegriffen worden ist, daß nämlich dieses Gesetz ausschließlich den *millionenschweren* Großreedern wie Hapag und Lloyd eine *Milliardenliebesgabe* in den Schoß werfe, beruht also auf freier Erfindung und schlägt den Tatsachen ins Gesicht.

Schauen wir uns einmal das Gesetz in seinen Hauptteilen vorurteilslos an. Nach § 1 wird der Reichskanzler ermächtigt zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte den Eigentümern deutscher Kauffahrteischiffe auf Antrag Beihilfen zu gewähren 1. für die Ersatzbeschaffung von Schiff und Inventar, wenn das Schiff nach dem 31. Juli 1914 durch Maßnahmen ausländischer Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse verloren gegangen oder erheblich beschädigt ist; 2. zur Deckung der Aufwendungen für Instandhaltung des Schiffes, für Hafengelder sowie für Heuer und Unterhalt der Schiffsbesatzung, die dadurch notwendig geworden sind, daß das Schiff infolge des Krieges in deutschen Schutzgebieten oder in außer-

deutschen Ländern festgehalten oder an der Fortsetzung seiner Reise gehindert worden ist.

Nach § 2 ist der Reichskanzler gleichermaßen ermächtigt deutschen Schiffsbesitzungen Beihilfen zur Wiederbeschaffung ihrer im Verlust geratenen Habe zu gewähren. Die Gewährung dieser Beihilfen erfolgt nach einem festen Tarif mit Mindesthöhen, die die seemännischen Organisationen selbst im Vorschlag brachten.

Die Beihilfen an die Schiffseigentümer sollen zur Beschaffung von Frachtschiffen gewährt werden; von Passagierschiffen nur dann, wenn diese zugleich in erheblichem Maße für die Güterbeförderung bestimmt sind. Die wegen erheblicher Beschädigung eines Schiffes gewährten Beihilfen sind zur Wiederherstellung des beschädigten Schiffes zu verwenden, es sei denn, daß das Schiff infolge der Beschädigungen reparaturunwürdig geworden ist. Dem Schiffseigentümer soll die Verteilung des gesamten Schiffsraums, der ihm verloren ging, auf einzelne Ersatzschiffe tunlichst freigestellt werden. Sind vor Verlust des zu ersetzenden Schiffes, aber nach dem 31. Juli 1914 Neubauten in Auftrag gegeben oder Schiffe fremder Flagge angekauft worden, so können sie als Ersatzschiffe anerkannt werden.

Der Bemessung der Beihilfe ist der Wert zugrunde zu legen, den das zu ersetzende Schiff nebst Inventar am 25. Juli 1914 hatte (Friedenswert). Übersteigen die Kosten für die Beschaffung des zu ersetzenden Schiffsraums den Baupreis, der am 25. Juli 1914 dafür zu zahlen gewesen wäre (Friedensbaupreis), so können Zuschläge gewährt werden. Die Gewährung der Zuschläge ist davon abhängig, daß die Ausführbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Ersatzbeschaffung, insbesondere die Vergütung der Bauarbeiten oder der Erwerb des Schiffes zu angemessenen Preisen nachgewiesen sind. Eine Gewährung ist ausgeschlossen in solchen Fällen, in denen der Ersatzpreis behufs Erzielung eines hohen Zuschlags oder aus anderen unlauteren Beweggründen zu hoch bemessen worden ist. Die Zuschläge sind verschieden zu bemessen, je nachdem die Ablieferung des Neubaus oder die Infahrtsetzung des Schiffes unter deutscher Flagge für die Zeit a) innerhalb des 1. bis 4. Jahres, b) innerhalb des 5. bis 9. Jahres nach Friedensschluß sichergestellt ist. Die Zuschläge können in den Fällen zu a) auf 50 bis 70 %, zu b) auf 20 bis 55 % der den Friedensbaupreis übersteigenden Aufwendungen bemessen werden. Bei der Bemessung der Zuschläge innerhalb der bezeichneten Grenzen sollen auch die wirtschaftliche Lage des Reeders, die Größe des Ersatzbaues und die Mehraufwendung für eine beschleunigte Ersatzbeschaffung berücksichtigt werden. Für den Bau von besonders gearteten Schiffen kann der Reichskanzler in einzelnen Fällen die Zeitgrenzen abweichend festsetzen. Hat der Eigentümer für den Schaden schon Ersatz erhalten, so ist dieser Ersatz bei der Bemessung der Beihilfe in Anrechnung zu bringen. Wird die Ablieferung oder Infahrtsetzung des Schiffes verzögert, so sind die Zuschläge nach dem Zeitpunkt der tatsächlichen Ablieferung oder Infahrtsetzung neu zu bemessen. Übersteigen die auf Grund der frühern Festsetzung gezahlten Beträge die dem Reeder nach der neuen Bemessung zustehenden Beihilfen, so ist der zu viel bezahlte Betrag nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers zurückzuzahlen.

Es sei noch einmal betont, daß es sich hier tatsächlich um kein Entschädigungsgesetz für Reeder und Mannschaften handelt sondern nur um ein Beihilfengesetz. Höchstens könnte man nach Art und Umfang, wie die Mannschaftsbeihilfen geregelt worden sind, von einer direkten Entschädigung sprechen. Ein Reedereientschädigungsgesetz ist erst für die Zeit nach dem Krieg in Aussicht genommen. Auch an diesem Gesetz werden dann die deutschen Seeleute aller Grade stark interessiert sein. Das Gesetz selbst schließt jede Doppelbeihilfe an Reeder und Seeleute während des Krieges und nach diesem aus. Also eine Bereicherung an von den Feinden zu zahlenden Entschädigungen für genommene oder vernichtete deutsche Schiffe, auch später zurückgegebene Schiffe usw. kann nicht erfolgen. Dieser Grundsatz findet selbstverständlich auch auf die Mannschaften sachgemäße Anwendung.

Auch noch eine weitere Sicherung bietet das Gesetz:

»Die Veräußerung eines Schiffes, zu dessen Beschaffung eine Beihilfe nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 gewährt worden ist, darf an ausländische Personen oder Gesell-

schaften oder an Deutsche, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben, vor Ablauf von 10 Jahren nach der Infahrtsetzung nur mit Genehmigung des Reichskanzlers erfolgen. Das gleiche gilt für Miet- und Frachtverträge zur Beförderung von Gütern, die über solche Schiffe im ganzen oder einen verhältnismäßigen Teil oder einen bestimmt bezeichneten Raum des Schiffes abgeschlossen werden, insoweit sie Fahrten zwischen ausländischen Häfen betreffen. Der Reichskanzler kann die Genehmigung insbesondere davon abhängig machen, daß die für das Schiff zur Verfügung gestellten Reichsmittel zurückerstattet werden.«

In gewissen sehr engen Grenzen sieht das Gesetz auch Beihilfen an den Reeder vor für Aufwendungen, die er für die Mannschaft zu machen gezwungen war:

»Die in § 1 Absatz 1 Nummer 2 vorgesehenen Beihilfen zu den Aufwendungen des Schiffseigentümers für Heuer und Unterhaltskosten können nur hinsichtlich derjenigen Schiffsbesatzungen gewährt werden, die in einem deutschen Schutzgebiet oder im Ausland entweder an Bord ihrer Schiffe verblieben oder nach Auflösung des Heuervertrags durch den Krieg an der Heimreise behindert worden und unterstützungsbedürftig geworden sind. Die Heuer wird bis zu dem Tage vergütet, an dem die Wiederaufnahme der Schifffahrt nach der allgemeinen Lage möglich war. Bei Berechnung der Heuer sind auch die Nebenvergütungen in Anrechnung zu bringen.«

Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfen an den Reeder und die Seeleute ist neben dem Antrag auch die genaue Festsetzung der gemachten oder zu machenden Aufwendungen. Gleichwohl ermöglicht das Gesetz die schnellste Hilfe, die hier als die größte und wirksamste angesehen werden muß:

»Die Hälfte des Friedenswerts von Schiff und Inventar (§ 1 Absatz 1 Nummer 1), der Betrag der notwendigen Aufwendungen (§ 1 Absatz 1 Nummer 2) und die Vergütung für verlorene Habe der Schiffsbesatzungen (§ 2) sollen alsbald nach Festsetzung gezahlt werden. Wird nicht innerhalb von 3 Jahren nach Zahlung der ersten Hälfte des Friedenswerts ein zur Festsetzung der Zuschläge führender Vertrag über die Beschaffung des zu ersetzenden Schiffsraums vorgelegt, so ist der gewährte Betrag zurückzuzahlen. Für die Erfüllung dieser Verpflichtung ist Sicherheit zu leisten. Der Reichskanzler kann auf Antrag die Frist verlängern. Die andere Hälfte des Friedenswerts soll alsbald nach Festsetzung der Zuschläge gezahlt werden. Die Zuschläge sind im Falle des Ankaufs eines Ersatzschiffs fremder Flagge nach dessen Infahrtsetzung unter deutscher Flagge, im Falle des Neubaus unter Berücksichtigung des Fortschreitens des Baues in Teilbeträgen nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers zu zahlen. Auf die nach § 1 Absatz 1 Nummer 2, § 2 zu gewährenden Beihilfen können schon vor ihrer Festsetzung Vorschüsse bis zu zwei Dritteln der glaubhaft gemachten Aufwendungen oder Verluste bewilligt werden.«

Die Gewährung der Beihilfen an die Reeder und Mannschaften erfolgt formell durch den Reichskanzler, in Wirklichkeit aber durch einen Reichsausschuß, der alle Beihilfenanträge zu prüfen, zu begutachten und entsprechende Vorschläge zu machen hat. Ein Rechtsanspruch auf die Beihilfen besteht weder für die Reeder noch für die Seeleute.

»Der Reichsausschuß (§ 4) besteht aus 7 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern. Von den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern muß je eines die Befähigung zum Richteramt oder zum höhern Verwaltungsdienste besitzen. Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt der Bundesrat die Mitglieder und Stellvertreter und bestimmt den Vorsitzenden und dessen Vertreter. Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens 5 Mitgliedern erforderlich, unter denen sich mindestens ein Mitglied befinden muß, das die Befähigung zum Richteramt oder zum höhern Verwaltungsdienste besitzt. Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder stimmen nach ihrer freien Überzeugung. Der Ausschuß kann die Augenscheineinnahme beschließen, Zeugen und Sachverständige auch eidlich vernehmen, eidesstattliche Versicherungen abnehmen, schriftliche Gutachten erfordern,

Ausschlußfristen für die Anmeldung und die Begründung der Anträge auf Beihilfe bestimmen. Der Ausschuß kann mit den Erhebungen ein Mitglied des Ausschusses beauftragen. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Ersuchen des Ausschusses oder seines Vorsitzenden um Rechtshilfe zu entsprechen, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Zur Unterstützung des Ausschusses kann der Reichskanzler örtliche Vorprüfungsstellen einrichten, denen die [für den Reichsausschuß] vorgesehenen Befugnisse gleichfalls zustehen.«

»Das Verfahren vor dem Reichsausschuß ist kosten- und gebührenfrei. Die in dem Verfahren entstandenen baren Auslagen können dem Antragsteller ganz oder teilweise zur Last gelegt werden, soweit sie durch einen von ihm gestellten unbegründeten Antrag verursacht worden sind. Das gleiche gilt für das Verfahren vor den örtlichen Vorprüfungsstellen.«

»Die bei dem Verfahren beteiligten Personen sind zur Geheimhaltung der Verhandlungen und der dabei zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse der Antragsteller verpflichtet. Wer dieser Vorschrift unbefugt zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.«

Ein Haupterfordernis für die ersprießliche Tätigkeit dieses Ausschusses ist die Berufung von Mitgliedern, die ebenso sachkundig wie unparteiisch sind. Ich weiß, wie schwer es besonders in diesem Fall halten wird die erste Bedingung zur allgemeinen Zufriedenheit zu erfüllen. Aber sie muß und wird erfüllt werden. Man sollte aber bei der Berufung von Ausschußmitgliedern aus den direkten Interessentenkreisen nicht gar zu penibel sein; denn letzten Endes muß sich doch der gesamte Ausschuß auf die Angaben und Feststellungen dieser Kreise stützen können.

Ungelöst ist im Rahmen dieses Gesetzes die Frage der reichsgesetzlichen Monopolisierung der deutschen Seeschifffahrt respektive die Frage der Gewinnbeteiligung des Reiches an der Seeschifffahrt geblieben, obwohl von unabhängiger sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite, ernsthafte Schritte nach dieser Richtung unternommen worden sind.

»Einem spätern Reichsgesetz ist vorzubehalten, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind.«

Diese äußerst problematische Verschönerungsbestimmung im Wiederaufbaugesetz will mir vollkommen belanglos erscheinen. Irgendeinen Nachteil für die deutsche Reederei kann sie jedenfalls nicht haben, denn sie ist völlig unverbindlich. Im übrigen ist nicht anzunehmen, daß die Gesetzgebung im Deutschen Reich so bald an eine Monopolisierung der deutschen Seeschifffahrt oder an eine ernsthafte Gewinnbeteiligung des Reichs herangehen wird. Ich habe früher einmal eine Anregung dazu gegeben und weiß, welche kühle Aufnahme sie auf allen Seiten gefunden hat. In den Rahmen dieses Gesetzes paßt die Lösung dieses Problems nach meiner Auffassung auch auf keinen Fall hinein.

Richtig ist es, daß die Aufwendungen, die das Reich für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte auf Grund dieses Gesetzes zu machen haben wird, ganz enorm sein werden. (Wenn ich 20 Mark auf den Kopf der deutschen Bevölkerung veranschlage, dürfte das nicht zu hoch gegriffen sein.) Richtig ist aber auch, daß eine neuerstarkte deutsche Handelsflotte ein außerordentlich wertvolles und unentbehrliches Instrument für die zukünftige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft darstellen wird. Und fest steht ferner, daß trotz den zu gewährenden Aufbaubehilfen das deutsche Reedereikapital den Löwenanteil an den Summen zu tragen haben wird, die

der Wiederaufbau der Flotte erfordert. Das sage ich auf Grund meiner Kenntnis der Dinge allen denen, die sich heute immer noch Kopfzerbrechen über die *millionenschweren* Reeder und die ihnen in den Schoß zu werfende *Milliardenliebesgabe* machen. Man denke doch an die Riesenopfer, die die deutschen Schifffahrtsinteressenten aller Art in diesem Krieg haben bringen müssen. Aus diesem Grund erscheint mir eine recht liberale Handhabung und Anwendung dieses Wiederaufbaugesetzes gegenüber den Reedern und Seeleuten dringend erwünscht und zweifellos im Interesse einer baldigen Er-starkung unserer Handelsflotte und Seegeltung gelegen. Nicht nur um der deutschen Reeder und Seeleute willen sondern aus zwingender volkswirt-schaftlicher Notwendigkeit heraus.

Durch das Gesetz wird nebenbei der Reichstag eine erwünschte Gelegenheit haben die Lage unserer Handelsschifffahrt alljährlich nachzuprüfen. Eine solche Nachprüfung ist im Gesetz selbst vorgesehen. Denn der Schlußpara-graph lautet:

»Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel sind jährlich durch den Reichshaushaltsetat anzufordern. Im Rechnungsjahr 1917 können bis zu 300 Mil-lionen Mark aus dem Fonds des außerordentlichen Etats Aus Anlaß des Krieges verwendet werden.«

Alljährlich können wir also im Reichstag eine Debatte über den Wiederauf-bau der deutschen Handelsflotte haben. Alljährlich hat mithin die sozial-demokratische Reichstagsfraktion die Möglichkeit nachzuweisen, daß sie den schleunigen Wiederaufbau unseres deutschen Wirtschaftslebens nicht nur formell fordert sondern auch durch die Tat zu fördern entschlossen ist. Hier bietet sich Gelegenheit zu realpolitischem Vorgehen, die es zu nutzen gilt. Hieran können sich auch sozialpolitische Erörterungen über soziale und rechtliche Forderungen der deutschen Seeleute anschließen, die im Rahmen dieses Gesetzes zu erfüllen sachlich und zeitlich unmöglich war. Voraus-setzung für eine Besserung der sozialen und rechtlichen Lage der deutschen Seeleute ist aber eine starke und leistungsfähige deutsche Seeschifffahrt. Das hier besprochene Gesetz soll sie uns ermöglichen. Darin liegt seine große soziale und rechtliche Bedeutung für die deutschen Seeleute wie für das ganze deutsche Volk.

MAX SCHIPPEL · DAS ERWACHEN VON ZOLL-FRAGEN UNTER ARBEITERN

WENN für Sozialdemokraten und Arbeiterpolitiker irgendein Zoll für immer begraben schien, so war es der Pflasterstein-zoll. Er war 1901-1902 überhaupt nur gegen den ausgespro-chenen Wunsch der Regierung in den deutschen Zolltarif hin-eingeraten. Neben und hinter der Regierung hatten zahlreiche Kommunalverwaltungen gestanden; und wer unsere großstädtische Presse kennt, weiß, wie laut in ihr jedesmal die Stimme dieser Verbrauchsinter-essenten widertönt und wie gern sie bei solchen Gelegenheiten jede Regung des Widerspruchsgeistes mit dem Makel des *Produzenteninteresses* für be-haftet und damit für genügend abgetan erklärt: alles, was *sein Herz links schlagen* fühlt, verzichtet alsdann auf jeden Widerstand.

Dann kam der Vertrag mit Belgien und führte zur Herabsetzung des Zolls

(0,40 Mark pro Doppelzentner) auf 0,20 Mark, weiter der Vertrag mit Österreich-Ungarn, der wirkliche Zollfreiheit zugestand, wenn auch nur für ein Kontingent von 350 000 Doppelzentner und für Steine aus hellem grauen Granit. Die volle Entscheidung brachte das erste, mehr vorläufige Abkommen mit Schweden vom 8. Mai 1906; ohne die Rückkehr zur Zollfreiheit, die bis zum Bülow-Posadowsky-Tarif bestanden hatte, wäre der Vertragsabschluß hoffnungslos gewesen:

»Zu welchem Ergebnis man auch bei Würdigung der für eine Zollbelegung des Pflasterungsmaterials sprechenden wirtschaftlichen Gründe kommen mochte, so mußte doch trotz den entgegenstehenden Bedenken im Interesse des Zustandekommens des Vertrages die Entscheidung im Sinne des Verzichts auf den Zoll für Pflastersteine getroffen werden.«¹⁾

Der zweite, an sich noch heute geltende deutsch-schwedische Vertrag vom 2. Mai 1911 bestätigte nur diese Abmachung: »nach den wiederholten und nicht anzuzweifelnden Erklärungen der schwedischen Vertreter würde ohne die Erfüllung dieser Forderung der Vertrag nicht zum Abschluß zu bringen gewesen sein«, heißt es in der Denkschrift zu diesem Vertrag.

Die Führung des Freihandels auf diesem Gebiet hatten, wie gesagt, einige namhafte norddeutsche Städte übernommen. Rückt doch der größte Teil der deutschen Küste und ihres Hinterlands bei billiger See- und Flußfracht den schwedischen Bruchstätten wirtschaftlich näher als den hervorragendsten binnenländischen, meist sogar tief nach dem Innern zurückliegenden, auf teuren Landtransport angewiesenen deutschen Steinbruchgebieten. Königsberg rechnete 1911 aus dem Zoll eine jährliche Mehrbelastung von 80 000 Mark heraus, Elbing 18 000, Kolberg 13 000, Stralsund 40 000 Mark. Das Steinsetzergewerbe, auch in seiner, seit jeher gut und umsichtig geleiteten Arbeiterorganisation, blieb bei dieser Abwehr gleichfalls nicht im Hintertreffen. So entfaltete sich eine viel breitere und auffälligere Agitation als sonst bei ähnlichem Zollstreit, und je mehr sie sich an die Wählermassen wandte, desto grobschlächtiger wurde natürlich ihre Sprechweise. Die Angehörigen des Steinsetzergewerbes, lesen wir beispielsweise am 23. Mai 1911 im Vorwärts, hätten »keine Lust sich auf dem Altar der nationalen Arbeit schlachten zu lassen zugunsten eines Schutzzolles, der vielleicht vorübergehend ein paar hundert Unternehmern die Taschen füllt«, und nach dem selben Blatt (vom 1. Juni 1911) trat im Reichstag unser sozialdemokratischer Wortführer »in einer humorvollen Rede den unsinnigen Behauptungen entgegen, als ob die deutschen Steinarbeiter irgendein Interesse daran hätten, daß ein Pflastersteinzoll eingeführt [?] würde«. Für immer gerichtet!

Oder doch nicht? In einer der letzten Nummern des gewerkschaftlichen Steinsetzerfachblatts stoßen wir nämlich mit einemmal, anknüpfend an eine Beiratssitzung des Steinarbeiterverbandes, auf Betrachtungen²⁾, die zum mindesten auf ein merkbare Wiedererwachen der ganzen internationalen Wettbewerbsfrage und sogar auf eine sich regende zollfreundlichere Unterströmung unter den freigewerkschaftlich organisierten Steinarbeitern schließen lassen; der christliche Steinarbeiterverband unterstützt seit langem verschiedene Zollwünsche,

¹⁾ Siehe die Drucksachen des Reichstags, 1905-1906, Nummer 449: die Regierungdenkschrift zur Vorlage des deutsch-schwedischen Handelsvertrags.

²⁾ Siehe Steinarbeiterverband und Pflastersteinzoll, in der Allgemeinen Steinsetzerzeitung vom 20. Januar 1918,

Die uns zunächst interessierende Stelle der Beiratsentschließung lautet allerdings noch zurückhaltend:

»Soweit . . . die Pflastersteinindustrie in Frage kommt, konnte die skandinavische Steinindustrie bisher ihre Produkte zollfrei nach Deutschland einführen. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat seit jeher einen zollgegnerischen Standpunkt eingenommen und hat besonders im Interesse der Steinarbeiter darauf hinzuwirken versucht, daß die Stadtverwaltungen Norddeutschlands die einheimische Steinindustrie mit berücksichtigen möchten. Trotz unserer vielen Petitionen haben Stadtverwaltungen wie Bremen, Hamburg, Lübeck, Rostock, Schwerin, Stettin, Danzig, Berlin, Spandau usw. deutsches Material nur selten bestellt. Das Vorgehen vieler Städte Norddeutschlands hat unter den deutschen Steinarbeitern große Beunruhigung hervorgerufen, es ist auch völlig unverständlich, warum die Aufträge zum überwiegenden Teile nach Skandinavien gingen. Soweit die zollfreie Einfuhr der Pflastersteine in Frage kommt, hat der Verbandsvorstand diese Frage erneut mit den Kollegen der Hartsteinindustrie zu prüfen und darüber später Bericht zu erstatten.«

Vorläufig verlangt daraufhin der Verband weiter nichts, als daß seine Vertreter, wenn die Steinindustrie in Frage kommt, bei zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen als Sachverständige gehört werden. Die Steinarbeiterschaft sei schwer geschädigt worden, weil man sie »seinerzeit bei dem Abschluß der Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und Frankreich [?]« nicht zugezogen habe. Die Steinsetzerzeitung hält jedoch diese kühl vorsichtige Stellungnahme für mehr ausweichend und vorläufig als eindeutig und endgültig:

»Zu den Beratungen war auch unser Verbandsvorsitzender geladen. Dieser vertrat unsern bisherigen Standpunkt, der allenthalben bekannt sein dürfte und kurz besagt, daß für die Steinsetzer die zollfreie Einfuhr von Pflastersteinen aus Schweden eine Lebensfrage in des Wortes umfassendster Bedeutung ist. Das Resultat der Verhandlungen stellt die nachstehende Entschließung dar. Eine bestimmte Stellungnahme ist darin nicht ausgesprochen. . . Wie schon gesagt: Eine bestimmte Stellungnahme zur Frage der zollfreien Einfuhr schwedischer Pflastersteine ist darin nicht zum Ausdruck gebracht. Es kann auch zugegeben werden, daß für die Steinarbeiter, insbesondere für die Organisation derselben, die Frage so einfach nicht liegt wie für unsere Berufsangehörigen. Der einfache Steinarbeiter, dem von seinem Arbeitgeber wie auch von anderer Seite aus agitatorischen Gründen gesagt wird: wenn die Einfuhr ausländischer Pflastersteine erschwert beziehungsweise mit einem Zoll belegt würde, dann könntest du für deine Arbeit einen höhern Lohn erhalten, wird geneigt sein zu glauben, daß die Frage auf so einfache Weise gelöst werden kann. . . Unserer Auffassung nach gelten all die Gründe, die früher gegen den Pflastersteinzoll angeführt wurden, auch jetzt noch für die Steinarbeiter. Der christliche Steinarbeiterverband glaubt allerdings aus der vorstehenden Entschließung herauslesen zu sollen, daß sich der freie Steinarbeiterverband in der Frage des Pflastersteinzolles seiner, des christlichen Steinarbeiterverbandes, Auffassung zu nähern im Begriffe sei. Ob diese Ansicht zutreffend ist, entzieht sich unserer Kenntnis — hoffen möchten wir es nicht!«

So viel über den mehr äußerlichen Verlauf der jüngsten handelspolitischen Erwägungen und Zollauseinandersetzungen, soweit sie sich ausschließlich innerhalb der nächstbeteiligten Arbeiter vollzogen.

HIER den überaus verwickelten sachlichen Einzelheiten der wiederauflebenden Streitfrage näher nachzugehen kann nicht unsere Absicht und Aufgabe sein. Schon deshalb nicht, weil die Zölle der Steinindustrie und vollends der Pflastersteinzoll nur ein immerhin schmales Seitengebiet der heimischen (nationalen) Gesamtproduktion betreffen und auch sonst nicht gerade geeignet sind zur Erläuterung der durchschnittlichen internationalen Konkurrenzverhältnisse zu dienen, aus denen Zölle und sonstige protektionistische

Staatseingriffe zugunsten des heimischen (nationalen) Erzeugnisses hervorzuwachsen pflegen. Dagegen bieten die jüngsten gewerkschaftlichen Vorgänge einen willkommenen Anlaß einige Grundzüge des notwendigen Verhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Handelspolitik an der Hand des vorliegenden Einzelfalls anschaulicher darzulegen und so die beiden vorigen handelspolitischen Artikel, über Konsumentenstandpunkt, Produktionspolitik und Arbeiterschaft³⁾, in vielleicht nicht unnützlicher Weise zu ergänzen.

Ganz richtig und ganz unvermeidlich gehen die erwähnten neuen handelspolitischen Anregungen von einer *Produzentenschicht*, von dem nächstbeteiligten Beruf aus. Ein Produktionszweig empfindet durch seine Angehörigen, Unternehmer oder Arbeiter, naturgemäß in erster Linie etwaige Nachteile, die ihm durch seine jüngere, noch unreifere Entwicklung oder durch gewisse erschwerende und unzureichende Verkehrsgestaltungen, mitunter auch (siehe vor allem die Vereinigten Staaten, Australien und ähnliche koloniale und halbkoloniale Erdstriche) durch höhere Lebenshaltungsansprüche oder Lebenshaltungsgeldkosten der Arbeiter aufgezwungen sind: gegenüber der internationalen Warenkonkurrenz im allgemeinen oder gegenüber bestimmten konkurrierenden Ländern und Gebieten, und zwar auf noch längere oder auf kürzere Zeit wenig abänderlich. Nach diesen wirtschaftlichen Abständen sucht der betreffende Produktionszweig seine Ausgleichsfordernungen an die handelspolitische Gesetzgebung (Zolltarif) und Verwaltung (Vertragsverhandlungen) zu formulieren. Wie sollten andere Kreise dazu besser oder überhaupt befähigt sein, da von Produktionszweig zu Produktionszweig und für den gleichen Produktionszweig von Periode zu Periode alle in Betracht zu ziehenden Voraussetzungen unaufhörlich sich scheiden und umwandeln und internationale Produktionsüberlegenheit hier und internationale Produktionsgefährdung dort sich in der heimischen (nationalen) Gesamtwirtschaft im buntesten Wechsel neben einander reihen und in einander mischen? Oder sollen wir, wenn wir auf handelspolitischem Gebiet eine sachverständigere, eindrucksvollere Mitwirkung erstreben, wieder wie ehemals von einem nebelhaften summarischen Urteil über *Deutschlands Industrie* und Deutschlands internationalen Wirtschaftsrank ausgehen und danach jede konkrete Entscheidung, die von Fall zu Fall, von Produktion zu Produktion fortschreiten muß, in eine für alle Fälle schablonenhaft gleichartige, rein theoretische Salbaderei über Freihandel und Schutzzoll auflösen? Vor den letzten großen Zolltarifkämpfen war es allerdings noch möglich jedes Eingehen auf bestimmte und in Wahrheit maßgebende Produktionseinzelheiten damit abzulehnen, daß man, ausgerüstet mit der ganzen Bildung eines *geschulten Marxisten* und flüchtigen Zeitungslersers, triumphierend die Frage aufwarf: ob Deutschland auf der Pariser Weltausstellung etwa industriell und selbst agrarisch nicht hervorragend günstig abgeschnitten habe? Solange man in solchen naiv-simplistischen Vorstellungen über den heutigen unendlich vielgestaltigen und widerspruchsvollen internationalen Wettbewerb eine genügende handelspolitische Urteilsgrundlage und womöglich noch einen Beweis der geistigen Überlegenheit gegenüber der einzelberuflichen wirtschaftlichen Erfahrung sieht, mag man vielleicht parlamentarisch obstruktions- und sabotagefähig sein, politisch verhandlungs- und mitwirkungsfähig ist man sicherlich noch lange nicht.

³⁾ Siehe Schippel Konsumentenstandpunkt und Arbeiterorganisationen, Konsumentenvertretung und Wirtschaftspolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 13 ff., 73 ff.

Selbstverständlich ist aber der von einem internationalen Wettbewerb nächstbetroffene Beruf handelspolitisch keineswegs alles. Er hat sich mit den als Käufer, Weiterverarbeiter und Verbraucher auf ihn angewiesenen Interessenschichten auseinanderzusetzen. Er muß bereit sein in Verbindung mit diesen Schichten bei gleichberechtigten Interessen einen Mittelweg einzuschlagen, oder bei entgegenstehenden unbestritten überlegenen Interessen teilweise oder ganz zu verzichten. Auf jeden Fall muß er nach vielen Seiten Fühlung nehmen, seine eigene Haltung zu begründen und Andersdenkende und Andersinteressierte zu überzeugen und zu gewinnen suchen. Die in dieser zweiten Linie Nächstinteressierten sind jedoch fast immer, wie das allmähliche Werden und die jahrelange Vorgeschichte jedes höherentwickelten Zolltarifs zeigt, die produktiven Verbraucher, die Weiterverarbeiter. Das jüngste Verhalten der Steinarbeiter entspricht deshalb nur von neuem einer zwischen dem Unternehmertum schon längst eingewurzelten Übung, die Rohstoff- und Halbzeugproduzenten, Halb- und Ganzfabrikaterzeuger regelmäßig in Beziehung setzt und die in unserm Sonderfall naturgemäß zunächst auf Fühlungnahme und gemeinsame Beratung mit den Steinsetzern hinwies.

Anscheinend ist hier eine Annäherung zwischen den beiden Parteien weder in den grundlegenden Anschauungen noch vollends in den praktischen Folgerungen bisher erzielt worden. Das ist bekanntlich bei ähnlichen Konferenzen und Tagungen keine seltene Erscheinung. Es schließt noch lange kein Scheitern der ganzen Bewegung ein, so wenig wie andererseits durch Verständigungen zwischen den Nächstbeteiligten, zwischen Vor- und Nachproduzenten, zwischen Produzenten und Weiterverarbeitern die ganze Frage gewöhnlich schon in bejahendem Sinn erledigt ist. Sie rückt weiter jedesmal erst vor höhere Instanzen, die in umfassenderer Art (als Wirtschaftsausschüsse, handelspolitische Sachverständigenbeiräte, Handels- und Industrie-räte, bald von mehr dauernder Einsetzung bald von mehr zeitweiliger Heranziehung) den gesamten heimischen (nationalen) Produktionsorganismus repräsentieren. Wie alle Vertretungskörperschaften einer innerlich zerklüfteten Gesellschaft tun sie dies anfangs oft in recht einseitiger Verzerrung, mit der Zeit jedoch meist in zweckentsprechenderer Zusammensetzung und, wie wir verlangen und erwarten, in Zukunft mit immer stärkerem Einschlag von beruflichen Arbeitervertretern. Sie können und werden aber niemals jenem (in den beiden vorigen Artikeln erwähnten) Beirat von unterschiedslos gleichartigen *letzten Konsumenten* ähneln, die über die handelspolitische Behandlung und Eingliederung der Walzwerksproduktion am sachkundigsten und objektivsten befinden sollen, weil sie auch auf Eisenbahnschienen fahren und deren Preise allenfalls in den Personentarifen oder als Staatsbürger in dem Steuerbedarf spüren, oder die über die Bautischlerei und deren internationale Überlegenheit oder Bedrängnis zum Urteilsspruch am berufensten sein sollen, weil ihre Wohnung in der Tat nicht ohne Fenster und Türen ist.

Zum heimischen (nationalen) Produktionsganzen gehört aber selbstverständlich auch die Produktion für die *Ausfuhr* und die Produktion mit Hilfe der *Einfuhr*. Beide können vom zollgeschädigten *Ausland* beengt und unterbunden werden, und hieraus ergibt sich, selbst wenn für die zunächst nationalbegrenzte und zunächst national als wesentlich selbständig voraus-

gesetzte Wirtschaft alle notwendigen und wünschbaren Interessenausgleiche in praktisch hinlänglicher Weise erreicht sein sollten, nochmals eine letzte Überprüfung alles Zustandegekommenen sowie eine Reihe entsprechender Abänderungen. Diese Anpassung an das Ausland vollzieht sich entweder im voraus in Voraussicht des wahrscheinlichen gegenparteilichen Verhaltens, oder Schritt für Schritt in internationalen, mehr Zug um Zug Leistungen und Gegenleistungen bedingenden internationalen Tarifvertragsverhandlungen. Und die, an und für sich vielleicht ganz einleuchtenden und anerkennenswerten Interessen der deutschen Steingewinnung und Steinzurichtung wurden in der Tat während des letzten Vertragszeitraums (was die deutschen Steinarbeiter schmerzlich empfinden mögen, aber nicht übersehen dürfen) wesentlich mit durch derartige allgemeine Produktionsrücksichten, die in der deutschen Ausfuhr- und Einfuhrstellung wurzeln, zurückgedrängt und überstimmt: ohne die deutsche Eingangserleichterung für schwedische Pflastersteine und grobe Tischlerarbeiten (Fensterrahmen, Türen, Treppen und Treppenteile, profilierte Holzleisten) wäre vermutlich die Bindung für den Fortbestand der unbelasteten schwedischen Erzzufuhr zunutzen unserer Eisengewerbe nicht zu erlangen gewesen, und diesem zweifellos schwerindustriellen, aber ebenso zweifellos zugleich allgemeinwirtschaftlichen Interesse unterlag in erster Linie die als selbständiges Problem durchaus diskutabile Forderung der Steinindustriellen wie der Holzindustriellen.

Ob und wie alles dies in seiner stufenweisen Folge und Folgerichtigkeit anders zu lenken gewesen wäre, bleibt natürlich trotzdem eine offene Frage. Zu ihrer immer wieder sich aufdrängenden Erörterung und Lösung die unentbehrlichen, obwohl nicht endentscheidenden beruflichen Unterlagen heranzuschaffen sind auch für die Arbeiterpolitik die Vertreter der Berufsorganisation die Nächstberufenen, und insoweit ist in den gemeinsamen Beratungen der Steinarbeiter und Steinsetzer nur ein Fortschritt zu erblicken. Die berufliche Sachkenntnis muß jedoch weiter lernen sich in den größern Rahmen einer allgemeinen Produktions- und Marktkenntnis bewußt einzufügen, und auch dafür wird sich, was die Arbeiter anlangt, mit der Zeit der gewerkschaftliche Unterbau als die beste geistige und praktische Vorschule und Kräftequelle erweisen. Viel durch die alte politische Nur-Konsumenten-Agitation Versäumtes wird freilich hier noch nachzuholen sein und in der unvermeidlichen Übergangs- und Lehrzeit zu manchen Reibungen Anlaß geben.



ZUGLEICH macht das Vorgehen der Steinarbeiter auf einen andern beliebten Denkfehler unserer bisherigen handelspolitischen Agitation aufmerksam. Man glaubt trotz den erwachenden Schutzneigungen den Freihandel noch immer als ein *Prinzip*, womöglich gar als ein sozialistisches Prinzip hochhalten zu sollen, anstatt Staatsenthaltksamkeit oder Staatseingreifen zugunsten der heimischen (nationalen) Produktion einfach durch die *Zweckmäßigkeit* (für den gewerblich-beruflichen Einzelfall und für das heimische Produktionsganze) bestimmen zu lassen. Aber man findet, wie noch so mancher Spruchgläubige, alsdann nicht das geringste dabei durch eine Hintertür alle möglichen protektionistischen Maßnahmen hereinzulassen: nur in Zöllen sollen sie nicht bestehen dürfen.

Wozu diese Einengung des freien Entschlusses für die Wahl der an sich

nebensächlichen Mittel, wenn die Hauptsache, das sachliche Endziel doch das gleiche bleibt? Der Zentralverband der Steinarbeiter »hat seit jeher einen zollgegnerischen Standpunkt eingenommen«, hat aber, ebenfalls seit langem, sich bemüht die Stadtverwaltungen, die wegen ihrer Mehrbelastung die Zollgegenbewegung seinerzeit beherrschten, zur »Berücksichtigung der heimischen Steinindustrie« zu veranlassen. Ja, ist diese Bevorzugung des heimischen (nationalen) Erzeugnisses gegen das ausländische Produkt etwa noch international gleiche Konkurrenz, unterschiedslose Gleichsetzung von Ausland und Inland, ist sie Freihandel in dem einzig haltbaren Sinn?*) Belastet sie die Stadtverwaltungen an der ganzen Ostsee- und Nordseeküste und längs der Flußläufe, bis weit hinein in die westlichen und hauptstädtischen Industriereviere, und damit den Steuerzahler und letzten Konsumenten etwa weniger als ein Zoll? Würde eine solche unmittelbare Entziehung der Aufträge Schweden etwa weniger treffen als die Zufuhreinschränkung durch einen Zoll? Und nicht viel anders würde die Sache liegen, wenn man (wie dies sofort nach Annahme des deutsch-schwedischen Vertrags seitens Preußens und anderer Staaten in Angriff genommen wurde) durch weniger lohnende oder ganz unlohnende Eisenbahntarife die heimische Erzeugung künstlich näher an die Verwendungsgebiete heranbringen wollte, wie dies beispielsweise zwischen den Steinbrüchen des Westerwalds und der linken Rheinseite und den jeweils nächsten Rheinumschlagsplätzen geschah. Die Kosten trüge alsdann nur der staatliche Steuerzahler-Konsument an Stelle des kommunalen. Aber die öffentliche Gewalt, nenne sie sich Reich, Staat, Provinz, Kreis oder Gemeinde, unterstützt bei solcher Politik stets mit öffentlichen Mitteln ein heimisches (nationales) Erzeugnis gegenüber einem sonst konkurrenz- und absatzfähigeren internationalen, fremdnationalen Erzeugnis, und das ist und bleibt, gerade *prinzipiell*, das Gegenstück zum internationalen Freihandel.

Rührt sich also unter Arbeitern ein erstes Erwachen zu größerer handelspolitischer Unbefangenheit, so muß ihr mit der Zeit ein klares Durchdenken bis zur vollkommenen innern Widerspruchslosigkeit folgen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich ein paar liebgewordene Glaubenssprüchlein nicht mehr programmäßig aufsagen oder nur seltener und bedächtiger anbringen lassen.

Umgekehrt gehen die Steinarbeiter wohl gleich wieder zu weit in der Art, wie sie sich gegen die österreichische Zollgesetzgebung aussprechen. Auch wenn man die Rücksichten auf die heimische (nationale) Erzeugung mit Recht voranstellt, will die, wie dargelegt, schon aus weiterblickendem Egoismus notwendige Rücksichtnahme auf den Auslandsstandpunkt noch immer gelernt und geübt sein. In einer Eingabe an die Regierungen, vor allem an das bayrische Ministerium des Äußern, werden die österreichischen Einfuhrzölle für Steinwaren glattweg als Ursache zum »völligen Ruin der niederbayrischen Granitwerksteinindustrie« bezeichnet:

»Die Herren Steinindustriellen erkannten anscheinend erst zu spät, welche nachteiligen Folgen die hohen Zollsätze mit sich bringen würden. Die Steinarbeiter, damals in volkswirtschaftlicher Hinsicht noch nicht so aufgeklärt, kamen erst noch später darauf, in welcher Weise der österreich-ungarische Handelsvertrag den Interessen der bayrischen Steinarbeiter schädlich war. Wir sagen ohne Einschränkung: Wenn im zukünftigen Handelsvertrag die Steinzölle gegenüber unseren Verbündeten

*) Über den Freihandel im engeren und weiteren Sinn siehe jetzt Schippel Die Praxis der Handelspolitik (Berlin 1917), besonders das 2. Kapitel: Freihandel (Nationalbehandlung) und Meistbegünstigung.

nicht bedeutend herabgesetzt werden können, dann ist die niederbayrische Werksteinindustrie vollends ruiniert.«⁵⁾

Sollten die Dinge hüben und drüben ganz so einfach zusammenhängen? Bedenken gegen die Einzelangaben der Petition und die Schadensberechnungen stoßen schon durch die Wahrnehmung auf, daß die deutschen Zölle auf Steinwaren und Steinprodukte den österreichischen gar nicht so sehr nachstehen und sie hier und da sogar übertreffen. Gerade die Pflastersteineinfuhr war in Österreich-Ungarn von vornherein zollfrei, während sie bei uns mit 0,40 Mark pro Doppelzentner durch den Generaltarif getroffen werden sollte und erst durch den Gegendruck des Auslands mit 0,20 Mark und schließlich (ab 24. Juni 1906 durch Inkrafttreten des schwedischen Vertrags) mit voller Zollfreiheit davonkam. Doch solche rein tatsächliche Detailuntersuchungen würden einen kaum lohnenden Aufwand von Zeit und Mühe voraussetzen; auf sie kann es hier auch nicht ankommen.



AGEGEN sei angesichts der letzten Zuspitzung der Steinarbeitereingabe: des Drängens auf vertragsmäßige Zollherabsetzungen seitens Österreich-Ungarns, schließlich noch eines mehr allgemeinen Einwands gegen den prinzipiellen, unter allen Umständen festzuhaltenden Freihandelsstandpunkt gedacht.

Wie will man denn im Ernst und unter wirkungsvollem Nachdruck mit dem Ausland über Zollherabsetzungen verhandeln ohne eigene Zölle, deren Herabsetzung man als Gegenleistung anbietet und gewährt oder deren Einführung man ohne hinreichendes Entgegenkommen des Auslandsstaats zum mindesten androhen kann? Der prinzipielle Freihändler darf keine Zölle haben, darf auch keine in Aussicht nehmen. Er versetzt sich dann lediglich in die Lage Englands, das während des letzten Menschenalters alle sich steigernden Generaltarife Deutschlands, Rußlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Italiens, der Schweiz ruhig als unabänderlich hinnehmen mußte und das nur in den Mitgenuß solcher niedrigerer Vertragstarife trat, wie sie jene Schutzzollstaaten unter sich eingehandelt und vereinbart hatten: auf Grund ihrer Zolltarife und ausschließlich gemäß ihren Interessen, also ohne jede besondere Rücksichtnahme auf England und seine eigenartigen selbständigen Ausfuhrinteressen.

Über diese unlösbaren handelspolitischen Zusammenhänge, über diesen inneren Widerspruch zwischen starrem, schablonenhaftem Freihandelsprinzip und moderner Handelsvertragspolitik (Tarifvertragspolitik) werden wir uns mit der Zeit gleichfalls zu größerer Folgerichtigkeit, in handelspolitischem Denken und Handeln, durchringen müssen.

Doch die Hauptsache ist, daß der Bann der bürgerlich-manchesterlichen Vorurteile auch hier erstmals in Arbeiterkreisen durchbrochen und gelockert wird, und dazu sind wir, wie so manche jüngste Erfahrung lehrt, auf dem besten Weg. Nach dem ersten und schwersten Schritt wird der Fortgang der realpolitischen Auffassung und Denkweise auch in der Handelspolitik um so leichter sein.

⁵⁾ Siehe Bayerische Granitindustrie und der Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn, im Steinarbeiter vom 19. Januar 1918,

ENGELBERT PERNERSTORFER · VON DER LIEBE ZUM BUCH



ENN ich von Büchern rede, so rede ich vom Leben. Denn jedes Buch ist nur dann etwas wert, wenn es aus dem Leben kommt und ins Leben geht. Leben natürlich im weitesten Sinn. Der Unterschied, den man oft zwischen Menschen des Lebens und Menschen der Bücher macht, ist falsch. Heute gibt es kein Leben ohne Bücher mehr, und wer ein solches lebt, ist ohne Zusammenhang mit der Welt. In den Büchern ist so viel, was wir zum Leben brauchen, eingefangen, daß sie uns eine Notwendigkeit geworden sind. Lebensbetätigung ohne ihre Mithilfe gibt es nicht. Sie vermitteln uns unentbehrliche Kenntnisse der Technik, der Wissenschaft und geben uns, soweit sie Erzeugnisse der Kunst sind, etwas, was durch nichts anderes ersetzt werden kann. »Wer der Dichtkunst Stimme nicht vernimmt, ist ein Barbar, er sei auch, wer er sei.« Ohne Buch keine Kultur, ja keine Kulturmöglichkeit. Es ist denkbar, daß ein Land der vielen Arten von Schulen entbehrt. Es wird sich diese durch die Bücher erobern, ja ersetzen. Carlyle hat gesagt: »Die Universität unserer Zeit ist die Bibliothek.«

Über all das braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Nur dort wird man sich gegen das Buch wehren, wo man alte Abhängigkeitsverhältnisse aufrechterhalten will. Und selbst dort lenkt man schon ein, erkennt die Unerläßlichkeit des Buches und sucht nur gewisse Bücher auszuschließen. Freilich, wer einmal liest, läßt sich selten mehr vorschreiben, was er lesen solle. Jedermann also braucht die Bücher. Jedermann benutzt sie. Aber nicht jedermann hat eine besondere Liebe zu ihnen. Es gibt viele, denen sie eine unumgängliche Notwendigkeit sind, nicht mehr. Und unter diesen gibt es nicht wenige, die voll des Spottes sind über die *Büchernarren*, wie sie sagen, über diejenigen, die eine tiefe, ja leidenschaftliche Liebe zu Büchern haben. Auf diese münzen sie die Worte Goethes:

»Das Pergament, ist das der heil'ge Bronnen,
Woraus ein Trunk den Durst auf ewig stillt?
Erquickung hast du nicht gewonnen,
Wenn sie dir nicht aus eigener Seele quillt.«

Aber diese Worte sagt Faust zu dem Pedanten Wagner, der selbst kein frisches Leben hat, der es also auch nicht aus dem Buch herausliest, zu Wagner, dem Urbild des Trägers einer toten Gelehrsamkeit, der »nach Schätzen gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet«. Und diesem Pedanten sind alle jene Bücherliebhaber verwandt, denen das Buch nichts ist als der Gegenstand einer zweck- und ziellosen Leserei, in deren Gehirn und in deren Leben das Buch nie wirksam wird. Sie gleichen einer Warenniederlage, deren Inhalt ewig an der selben Stelle liegen bleibt, so daß es ist, als ob sie gar nicht vorhanden wäre. Zu diesem Pedanten gehören auch jene Bücherliebhaber und Sammler, die um des Besitzes willen Bücher erwerben. Die zum Beispiel stolz darauf sind alle Ausgaben eines berühmten Buches zu haben, ohne es selbst je gelesen zu haben. Ja, sie stehen noch tiefer als der gelehrte Pedant, der doch glaubt der Wissenschaft zu dienen. Wenngleich ihre Sammelwut einen schönen Gegenstand betrifft, so ist sie doch jeder beliebigen andern Sammelwut gleichzusetzen. Wie es ja Leute gibt, die Knöpfe sammeln. Nicht in die Reihe wirklicher Buchliebhaber ge-

hören die Sammler der Bücher wegen ihrer Einbände. Obwohl diese Sammlertätigkeit einen guten Sinn hat. Sie geht nicht auf das Buch, das heißt seinen Inhalt, sondern auf sein Kleid, kann aber sowohl künstlerische wie technisch-industrielle Zwecke haben, die sehr achtungswert sind.

Setzen wir also fest: Die Liebe zum Buch geht auf den Inhalt des Buches. Das ist so sehr die Hauptsache, daß dagegen alles andere in den Hintergrund tritt. Das ist für mich das Kennzeichen eines wahren Bücherfreunds: Das Buch mit einem großen, bedeutenden Inhalt wird er, wenn er es aus irgendwelchen Gründen nicht anders haben kann, auch dann in seiner Bibliothek an einen Ehrenplatz stellen, wenn es auf schlechtem Papier, mit schlechten Buchstaben gedruckt und geschmacklos gebunden ist. Ein Buch mit schalem Inhalt, aber in prächtigster Ausstattung wird er aus seiner Bibliothek hinauswerfen, es sei denn, daß es einen besondern kulturgeschichtlichen Wert habe.

Es soll bei dieser Gelegenheit mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Frage der Buchausstattung heute allzusehr sich vordrängt. Nicht das leiseste Wort soll gegen die mannigfachen Bestrebungen gesagt werden, die darauf hinauslaufen dem Buch eine gute, schöne äußere Form zu geben. Sie sind ein Zeugnis dafür, daß der künstlerische Geschmack wieder auf eine höhere Stufe gekommen ist. Was da die moderne gewerbliche Kunst neben vielen freilich auch oft grotesken Ausartungen auf dem Gebiet des Buches leistet, ist aller Anerkennung wert. Aber auch da wäre noch vieles zu tun. Wir müssen da noch mehr in die Schule der Engländer und Franzosen gehen. Man bekommt heute antiquarisch noch viele gebundene Bücher aus dem 18. Jahrhundert. Wie einfach, zierlich und künstlerisch sind diese Einbände, wie prachtvoll binden die Franzosen. Freilich auch teuer. Das Ideal des Einbands scheinen mir die Engländer zu liefern. Vor allem haben sie die glatten Ganzleinwandbände. In England selbst gelten sie gar nicht für Einbände. Aber sie sind gut und haltbar, und eine in Einband und Format gleichmäßige Reihe solcher Bände im Schrank macht einen guten Eindruck. Daneben haben sie Prachtbände. Bei uns herrscht bei den Einbänden die selbe verwirrende Mannigfaltigkeit wie bei den Formaten. Wer ein Buchliebhaber ist, wird nicht gern ein ungebundenes Buch in seine Bibliothek stellen. Daher ist die Frage des Einbands wichtig. Man sollte auf die einfachen englischen Ganzleinenbände dringen, etwa wie sie Der junge Goethe von M. Morris im Inselverlag hat (der auch wieder die früher so beliebten Pappbände vielfach verwendet).

Wer Bücher liebt, muß sich auch über die Frage des Einbands aussprechen. Aber (darauf will ich immer wieder zurückkommen) die Hauptsache ist der Inhalt. Nun wird der leidenschaftliche Bücherfreund ja so manches Buch kaufen, das er nicht sofort liest. Aber das für den Kauf Maßgebende muß sein, daß er sicher hofft die Zeit zu seiner Lektüre noch zu finden. Wobei er sich, wenn er wie ich ein alter Mann ist, ja vielleicht täuschen kann. Aber ich kann sagen: Ich habe mir nie in meinem Leben ein Buch gekauft, ohne die Absicht es zu lesen, nie ein Nachschlagewerk, ohne es zu benutzen.

Die Liebe zum Buch fordert notwendig das Streben nach dem Besitz. Dieser Besitzdrang ist weit entfernt von der Besitzgier, die ein so hervorstechendes Merkmal unserer Zeit ist. Er ist ideal. Denn das geliebte Buch wird ein Teil meines Selbst. Auch kehre ich immer wieder zu ihm zurück. Ich

muß meine Bücher um mich haben. Sie bilden meine Dienerschaft und meinen Hofstaat. Sie sind meine Freunde, mit denen ich plaudere, sie sind meine, mir so unentbehrlich notwendigen Gegner, mit denen ich streiten will, sie sind mein Harem und mein Lustgarten. Bin ich mit ihnen allein, so kann ich alle Gesellschaft entbehren: Ich bin dann in der besten, in meiner eigenen und in der der ersten Geister der Welt. Jeder Zeitabschnitt der Geschichte hat nur wenige dieser Größten hervorgebracht, und ich habe sie in der selben Stunde alle auf einem Fleck. Ich kann ihre Gutachten hören, ihre Zustimmung und ihre Einwendungen. Sie müssen mir antworten. Nehmt mir die Freiheit, sperrt mich ein: Das wird mich hart treffen. Aber laßt mir meine Bücher, und ich werde alles ertragen.

Der Leser dieser Zeilen wird vielleicht spöttisch zu mir sagen: Hör, bist du nicht auch ein Pedant? Bist du nicht, statt etwa ein Buchliebhaber, ein wahrer Bücherwurm? Ist deine Bücherliebhaberei nicht übertrieben?

Darauf sage ich: Nein. Niemand hat so das Leben geliebt wie ich. Wenn dir draußen die Sonne lacht, wenn dir draußen die Wälder rauschen, wenn dir draußen die Freude winkt, vor allem aber, wenn draußen dich das Leben gebieterisch ruft, wenn es den Kampf und die Tat gilt, dann wirf sie weg, die über alles geliebten Bücher und stürze dich ins »Rauschen der Begebenheit«. »Im Anfang war die Tat« wird immer die Losung der Menschheit bleiben.

Aber der wildeste Kampf ebbt ab, im lautesten Streit gibt es eine stille Stunde. Dann kommst du aus dem tobenden Leben in dein ruhiges Buch und sieh: es spiegelt dir das ganze Leben wider. Alles, was du erlebt hast und zu erleben dich sehnst. Dein geliebtes Buch ist nicht die Abkehr vom Leben: Es ist selbst echtestes Leben. Und du bist dir dessen bewußt, daß deine Liebe zum Buch ein Teil deines Wesens und nicht der schlechteste ist.

WALT WHITMAN · AN DICH · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



WER du auch bist: ich fürchte, du wandelst den Weg der Träume,
Ich fürchte, diese scheinbaren Wirklichkeiten zerfließen unter
deinen Füßen und Händen,

Eben jetzt entschwinden dir Antlitz, Freuden, Sprache, Haus,
Handel, Manieren, Mühen, Narrheiten, Tracht, Verbrechen,

Deine wahre Seele, dein wahrer Körper erscheinen vor mir,
Sie treten hervor aus Geschäft und Handel, Werkstatt und Werk, Arbeit,
Farmen, Kleidern, Haus, Kauf und Verkauf, Essen, Trinken, Leiden,
Sterben.

Wer du auch bist, ich lege meine Hand auf dich, daß du mein Gedicht seist,
Mit meinen Lippen flüstere ich dicht in dein Ohr:

Manch ein Weib, manch einen Mann habe ich geliebt, aber ich liebe niemand
besser als dich!

O ich bin saumselig und stumm gewesen,
Ich würde längst den Weg gradaus zu dir gegangen sein,
Und ich würde nur von dir gestammelt, würde nur dich gesungen haben.

Ich will alle verlassen und kommen und die Hymnen von dir singen.
 Keiner hat dich verstanden, aber ich verstehe dich,
 Keiner hat dir recht getan, du selbst hast dir nicht recht getan,
 Keiner, der dich nicht unvollkommen fand, ich allein finde keine Unvollkommenheit in dir,
 Keiner, der dich nicht unterordnen wollte, ich allein bin der, der niemals deine Unterordnung zulassen wird,
 Ich allein der, der keinen Meister über dich stellt, keinen Eigentümer, Bessern, Gott, außer dem, der inwendig in dir harret.

Maler haben ihre schwärmenden Gruppen gemalt und die Mittelfigur aller, vom Haupt der Mittelfigur ließen sie den Heiligenschein goldfarbigen Lichtes sich ausbreiten.
 Aber ich male Myriaden von Häuptern, doch kein Haupt ohne seinen Heiligenschein goldfarbigen Lichtes,
 Von meiner Hand, vom Gehirn jedes Mannes und jeder Frau strömt er aus in ewiger Strahlenflut.

O ich könnte solche Größen und Glorien von dir singen!
 Du hast nicht gewußt, was du bist, du hast dein ganzes Leben lang über dich geschlummert;
 Deine Augenlider sind die meiste Zeit über so gut wie geschlossen gewesen, Und was du getan hast, kehrt dir schon in Spottbildern wieder.
 <Dein Haushalten, Kenntnis, Gebete: wenn sie nicht in Spottbildern wiederkehren, was ist ihre Wiederkehr?>

Die Spottbilder sind nicht in dir,
 Unterhalb ihrer und in ihnen sehe ich dich versteckt,
 Ich verfolge dich, bis wohin dich sonst niemand verfolgte,
 Schweigen, das Betpult, der geläufige Ausdruck, die Nacht, die gewohnte Routine: wenn dich diese vor anderen oder vor dir verbergen, vor mir verbergen sie dich nicht,
 Das rasierte Gesicht, das unstäte Auge, der unreine Teint: wenn diese anderen entgehen, mir entgehen sie nicht,
 Der schmucke Anzug, die entstellte Haltung, Trunkenheit, Habgier, vorzeitiger Tod, all dies scheidet mich aus.

Keine Begabung ist in Mann oder Frau, die nicht auch in dich gelegt wurde,
 Keine Tugend, keine Schönheit in Mann oder Frau, die nicht ebensogut in dir wäre,
 Kein Mut, keine Ausdauer in anderen, die nicht ebensogut in dir wäre,
 Keine Freude harret anderer: eine gleiche Freude harret auch deiner.

Was mich betrifft, ich gebe niemandem etwas, es sei denn, daß ich dir bedachtsam das gleiche gebe.
 Ich singe niemandem die Sänge der Glorie, nicht Gott eher als ich die Sänge von deiner Glorie singe!

Wer du auch bist, behaupte das Deine auf jeden Fall!
 Diese Schauspiele von Ost und West sind zahm, verglichen mit dir.

einem Mangel an Kameradschaftlichkeit und mit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gar nichts zu tun. Denn selbst in den Organisationen, in denen man schon immer auf die Gewinnung weiblicher Mitglieder und deren Erhaltung den allergrößten Wert gelegt hat, traten sofort nach Kriegsbeginn ganz erschreckende Rückschläge ein. So hatte Ende des 2. Quartals 1914 der Zentralverband der Bäcker und Konditoren 4071 weibliche Mitglieder, am Jahresschluß aber nur noch 2673; der Verlust betrug also 1398 oder 34,3 %. Bis zum Ende des 1. Quartals 1915 stieg der Bestand zwar wieder auf 2920, dann aber fiel er bis zum Jahresschluß aufs neue, und diesmal auf 2466. Bis Ende 1916 ging er weiter auf 2178 zurück. Damit war der tiefste Stand erreicht; der Verlust bis dahin betrug 46,5 %. Dann ging es wieder langsam aufwärts. Ende 1917 waren 2457 weibliche Mitglieder vorhanden. Es soll nun nachgewiesen werden, daß diese Auf- und Abwärtsbewegung ein getreues Abbild der wirtschaftlichen Berufsverhältnisse darstellt, von einem nennenswerten Einfluß etwaiger Hemmungen durch ein Nichtverstehen zwischen Arbeiter und Arbeiterin also keine Rede sein kann.

Das Werbegebiet unter dem weiblichen Geschlecht für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren lag vor dem Krieg fast ausschließlich in der Süßwarenindustrie, also den Zuckerwaren-, Schokolade-, Keksfabriken. Erst im Lauf des Krieges zog die Frau auch in die eigentlichen Bäckereibetriebe in größerer Zahl ein. Die Löhne der Süßwarenarbeiterinnen hielten sich, verglichen mit denen in anderen Industrien, auch in den mittleren und kleinen Betrieben trotz ansehnlichen Erfolgen in Lohnkämpfen, auf recht niedriger Stufe, weil die ganz großen, schwer angreifbaren Unternehmungen, wie Stollwerck, Sarotti, Hildebrand, Hartwig & Vogel, Hauswaldt, Reichardt und andere ihr Steigen hinderten. Die Folge war: Ein sehr großer Teil der meist in ganz jugendlichem Alter eingestellten Arbeiterinnen betrachteten die Arbeit in den Süßwarenbetrieben als reine Durchgangsstation; hatten die jungen Mädchen die kleinen Annehmlichkeiten, die diese Fabriken boten, eine Zeitlang ausgekostet, so wanderten sie bei erster Gelegenheit in eine besserzahlende Industrie ab. Dieser dauernde Wechsel erschwerte nicht nur die Organisierung an sich sondern, wie leicht begreiflich, auch die Schulung und Erziehung der gewonnenen Mitglieder zu gewerkschaftlicher Treue. Erst 1891 hatte überhaupt die Organisierung dieser Arbeitergruppe begonnen, und gerade in den folgenden Jahren entwickelte sich die Süßwarenindustrie im Eiltempo zu bedeutendem Umfang. Die Fluktuation war also hier sehr groß.

Nun kam der Krieg. Mit Eintritt der Mobilmachung stellten infolge der Bahnsperren die Betriebe fast alle die Arbeit ein. Die Arbeiterinnen stoben nach allen Seiten auseinander, und von den noch nicht bezugsberechtigten jungen Mitgliedern gingen die meisten sofort verloren. Auch ein Teil der älteren verschwand, nachdem sie die Unterstützung abgehoben hatten. Das Vertrauen zu dem Fortbestand der Gewerkschaften war ja damals auch in manchen anderen Kreisen nicht übermäßig stark. Warum die Organisation diese plötzlichen großen Verluste noch nicht voll wieder ausgleichen konnte, ist ebenfalls leicht erklärlich. Da es sich um die beim Heer notwendig gebrauchten Bäcker handelte, waren ihr gleich nach Kriegsbeginn noch weit mehr Männer entzogen worden als der Mehrzahl der anderen Organisationen. Schon 1915 war zu einer bestimmten Zeit die Zahl der Eingezogenen größer

als die aller männlichen Mitglieder vor dem Krieg überhaupt. Den Bestand des Verbandes retteten also nur mehrere tausend neuaufgenommene Bäcker; diese waren durch die Heilsbotschaft des Nachtbackverbots in lebhafte Bewegung gekommen, und in ihren Reihen wurde mit Hochdruck gearbeitet. Als dann Anfang 1915 sich die Süßwarenindustrie wieder erholte und dort sogar eine kurze Hochkonjunktur einsetzte, fehlten die geschulten Werbekräfte aus den Reihen der Bäcker. Daß trotzdem alles mögliche getan wurde, ersieht man ja aus der schon hervorgehobenen Zunahme der weiblichen Mitglieder im 1. Quartal 1915. Gegen Ende 1915 gingen nun aber in den Süßwarenfabriken die Kakaovorräte fast vollständig aus, und mit Beginn 1916 wurde obendrein der Zuckerverbrauch auf die Hälfte, Mitte des Jahres gar auf den vierten Teil des Friedensverbrauchs beschränkt. Die Beschäftigungsziffer mußte also rapid sinken, und die Lage der Industrie verschlechterte sich noch immer mehr. Wenn sich 1917 die weibliche Mitgliederzahl trotzdem wieder etwas hob, so, wie gesagt, in erster Linie deshalb, weil die Arbeiterinnen auch in die Bäckerei eindrangen. Freilich verschob sich auch das Zahlenverhältnis des weiblichen Geschlechts zu dem männlichen in den Süßwarenbetrieben noch weiter zugunsten der Frauen: Vor dem Krieg stellten diese bereits rund 66 % aller Beschäftigten, gegenwärtig 75 bis 80 %.

Quarck bemängelt es hauptsächlich, daß die Forderung gleichen Lohnes für Mann und Frau bei gleicher Arbeitsleistung von den Gewerkschaften nicht energisch genug verfochten werde. Er findet darin eine der Ursachen, daß die Arbeiterin nicht dauernd an die Organisation gefesselt wird. In der Tat: Sogar unter den heutigen ganz besonders günstigen Verhältnissen wird nur in seltenen Fällen die *u n b e d i n g t e* Forderung des gleichen Lohnes für beide Geschlechter aufgestellt worden sein. Aber bei einer Kritik der bisherigen Lohnpolitik der Gewerkschaften muß man sich doch vor Augen halten, wie unglaublich niedrig noch vor 10 oder 20 Jahren die Arbeiterinnen in solchen Industrien überall dort bezahlt wurden, wo die Gewerkschaften keinen Einfluß üben konnten und wie schlecht die Entlohnung auch heute noch ist, wo keine Organisation besteht. Kann denn aber eine Gewerkschaft bei ihren Forderungen die Gesamtlage der Industrie unberücksichtigt lassen? Das geht schon deshalb nicht, weil sich das Unternehmertum stets auf den Druck durch die Konkurrenz beruft, wenn es die Löhne auch nur um einige Pfennige erhöhen soll. Jeder Gewerkschaftsangestellte weiß ein Lied davon zu singen, wie wenig sich Wollen und Können bei der Vertretung der Arbeiterinneninteressen decken, und für Vorwürfe nach dieser Richtung hat er nur ein bedauerndes Achselzucken. Die Arbeitgeber setzen gerade der grundsätzlichen Forderung gleicher Entlohnung der Geschlechter den größten Widerstand entgegen. Wenn auch durchaus noch nicht in allen, so doch in vielen Industrien und Gewerben ersetzt bei den augenblicklichen Arbeitsmethoden die Frau den Mann vollkommen, so daß dort die Unternehmer vorläufig ihre gewohnten Einwände beiseite lassen könnten. Das fällt ihnen aber nicht ein. Sie sehen im Gegenteil schon mit Sorge in die Zukunft, denn sie fürchten den jetzigen allgemeinen Lohndurchschnitt nicht so leicht wieder herunterdrücken zu können. Die Arbeiterin nun noch grundsätzlich dem Mann gleichzustellen: gegen eine solche Kriegsserrungenschaft wehren sie sich mit aller ihrer Macht. Wie sehr sie von dem schönen Endziel der

gleichen Bezahlung (denn um ein Endziel der Lohnpolitik geht es ja hier) noch entfernt sind, zeigt uns Quarck an vielen Beispielen selbst. Diese Beispiele lassen sich in jedem Beruf ins unendliche vermehren. Die harten wirtschaftlichen Tatsachen verhindern es, daß das Prinzip auch nur in den Arbeiterinstituten schon überall anerkannt wird; auch sie sind in den festgefügtten Rahmen der wirtschaftlichen Machtfaktoren eingespannt. So werden wir jenem Endziel wohl erst näher kommen, wenn die Frau auch auf anderen Gebieten sich mehr als bisher Gleichberechtigung erkämpft hat. Ob wir es in der jetzigen kapitalistischen Umwelt überhaupt auf der ganzen Linie erreichen, erscheint mir sehr fraglich. Für den Kapitalismus ist es ein zwingendes Gesetz alle Ausbeutungsmöglichkeiten bis auf den Grund auszuschöpfen, und diese sind beim weiblichen Geschlecht, alles in allem genommen, noch größer als beim männlichen. Dennoch werden die Gewerkschaften die Forderung gleichen Lohnes bei gleicher Leistung stets hochhalten; denn sie ist fraglos der beste Hebel zur Steigerung der Frauenlöhne, und es läßt sich ihrer innern Berechtigung (bei wirklich gleichwertigen Leistungen) nichts entgegensetzen.

Aus den Erfahrungen in meinem eigenen Beruf möchte ich noch einiges über die Eignung der Frau zur Arbeit in der Bäckerei und über die Stellung des Zentralverbands der Bäcker und Konditoren zu der Verwendung weiblicher Hilfskräfte bemerken. Die gewerbliche Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln steht der hauswirtschaftlichen Arbeit der Frau sehr nahe und ist aus ihr hervorgegangen; es kann ernstlich also kaum bezweifelt werden, daß die Frau fähig ist die Technik speziell der Bäckerei zu begreifen, daß sie dem Backprozeß völlig beherrschen und schließlich selbständig leiten könnte. Warum ist sie trotzdem erst jetzt in der Zeit des Männermangels in unser Gewerbe eingedrungen? Das ist jedenfalls in erster Linie auf die auch jetzt noch nicht ganz überwundene Nachtarbeit zurückzuführen. Auch sonst stellt das Bäckergerwerbe stärkere Anforderungen an die Körperkraft als viele andere Industrien. So die Bereitung des Teigs in größeren Massen ohne maschinelle Hilfe, wie sie bis in die neueste Zeit hinein notwendig war. Denn die Bäckerei war eines jener Gewerbe, in die die arbeitserleichternde Maschine zu allerletzt einzog. Ebenso sind das Beschicken der Öfen mit Brot, die ständige Hitze im Arbeitsraum und endlich die fast unbeschränkte Arbeitszeit äußerst anstrengend. Selbst die Männer erlitten durch all dies schweren Schaden an ihrer Gesundheit, wie ihr Aussehen jedem deutlich machen konnte. Mit der Einführung von Maschinen verschiedener Art in die Bäckereien entstanden dann freilich in rascher Folge Großbetriebe mit weitgehender Arbeitsteilung, doch dank den inzwischen eingeführten Arbeiternschutzgesetzen hinderte die noch immer bestehende Nachtarbeit die Einstellung von Frauen und Mädchen. Trotz dem Nachtarbeitsverbot und trotz Arbeitsteilung ist auch heute noch die Arbeit im Bäckereibetrieb äußerst anstrengend. Starke Hitze und Staub sind auch in den Großbetrieben noch immer vorhanden und schwere Muskelarbeit vielfach noch immer notwendig. Vor allem wird aber dort in kolossaler Hast gearbeitet, die enormen Gewinne der Brotfabriken ergeben sich der Hauptsache nach aus der außerordentlichen Ausbeutung der Arbeitskräfte. Für einige Verrichtungen, wie das Beschicken der Öfen, wird die Frau auf die Dauer überhaupt nur in Ausnahmefällen verwendbar sein, und eine streng innegehaltene, nicht

wechselnde Teilarbeit läßt sich nur in den allergrößten Betrieben leidlich durchführen. In den meisten Arbeitsstellen muß der Bäcker auch heute noch sämtliche Arbeitsposten ausfüllen können, wenn er auch jeweilig nur eine bestimmte Teilverrichtung ausführt.

Mit der Eignung des weiblichen Geschlechts zur Bäckerarbeit ist es also noch eine eigene Sache. Die Organisation hat jedoch noch aus anderen Gründen große Bedenken gegen eine starke und rapide Ausbreitung der Frauenarbeit. Die Vertreter der Arbeiterschaft müssen auch die Gegenwartsinteressen berücksichtigen. Und da steht die Sache so, daß gerade für die Bäckereiarbeiter nach dem Krieg die kritischste Zeit anheben wird. Das Nachtbackverbot hat dem Beruf wieder Tausende zugeführt, die ihm früher entflohen waren; nur dadurch konnte lange Zeit hindurch immer neuer Ersatz für die Eingezogenen beschafft werden. Dieser Ersatz möchte nun, da er dauernd auf Tagarbeit rechnet, auch in dem erlernten Beruf bleiben. Auch beim Übergang zur Friedenswirtschaft wird indes noch lange eine Beschränkung der Brotrationen und anderer Backwaren durchgeführt werden müssen: auf der andern Seite wird die Arbeitsgelegenheit durch die Vermehrung der Großbetriebe vermindert. Daraus ergibt sich die Stellung der Organisation zur Frauenarbeit in der Bäckerei von selbst. Solange nur noch ein männlicher gelernter Arbeiter für die Backstube aufzutreiben ist, muß er und nicht eine Hilfsarbeiterin eingestellt werden. Einer Vermehrung der Berufsarbeiterschaft muß die Organisation entgegenzuwirken suchen. Volkswirtschaftlich gesünder ist es doch wohl auch zuerst für die Beschäftigung des Mannes zu sorgen.

Besser als für den Bäckerei- ist die Frau ohne Zweifel für den Konditoreibetrieb geeignet; dort ist sie auch während des Krieges eingedrungen. Eine Zeitlang sah es so aus, als wenn sich die Frauen dort dauernd in größerer Zahl einnisten wollten; bürgerliche Frauenkreise glaubten schon hier ein besonders angenehmes Betätigungsfeld für das weibliche Geschlecht entdeckt zu haben. Doch ist auch diese Beschäftigung lange nicht so angenehm und leicht wie es sich mancher vorstellt, und außerdem ist besonders die reine, das heißt die nicht mit einer Bäckerei in Verbindung stehende Konditoreiarbeit recht vielgestaltig und erfordert zu ihrer Beherrschung eine gründliche Lehre. Augenblicklich schaltet diese spezielle Frage deshalb aus, weil bei den Kriegsbeschränkungen der Konditoreibetrieb nur noch sehr wenig Arbeitskräfte in Anspruch nimmt.

In der Süßwarenindustrie war bereits vor dem Krieg eine große Zahl von Frauen beschäftigt. Fast in allen Zweigen dieses Gewerbes gibt es für die Frauen Gelegenheit wenigstens zu Hilfsarbeit. Verschiedene Tätigkeiten, wie die Herstellung von Pralinés, Schokoladewaren usw., können auch weibliche Kräfte vollständig allein ausführen. Für sämtliche Arbeiten ist aber die Frau auch hier nicht gut verwendbar. Besonders die Bonbonkocherei und die Herstellung der Kakao- und Schokolademassen erfordern große körperliche Kräfte und Ausdauer, so daß sie dem weiblichen Organismus als ständige Arbeit unter keinen Umständen zugemutet werden sollten. Auch hier muß also auf eine Beschränkung der Frauenarbeit hingewirkt werden, und es wäre eine unverantwortliche Torheit, wollte die Gewerkschaft später zur größten Freude der Unternehmer den Standpunkt einnehmen, sie habe

zu der unbegrenzten Einstellung von Arbeiterinnen zu schweigen. Daß dem weiblichen Geschlecht an sich freie Bahn im wirtschaftlichen Erwerbsleben wie auf allen anderen Gebieten gegeben wird, dürfte kein Organisationsvertreter hindern wollen; aber wie wir überall für eine planvolle organisatorische Weiterentwicklung wirken, so müssen auch hier alle volkswirtschaftlichen Interessen mitberücksichtigt werden.

Zuletzt noch einige Worte zu den mannigfachen Vorschlägen durch einen weitem Ausbau des Unterstützungswesens die Frau mehr an die Organisation zu fesseln.

Das Problem ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst, und wir sind eigentlich aus einer Verbesserung des Unterstützungswesens für beide Geschlechter noch nicht herausgekommen. Ich halte es trotzdem für richtig und notwendig für die Sonderbedürfnisse der Frauen noch mehr zu tun, weil ich mir davon eine weitere Verminderung der Fluktuation verspreche. Der häufige Berufswechsel der Arbeiterinnen ist die Hauptursache dieser Fluktuation. Eine gewaltige Zahl von Mitgliedern geht den Verbänden mindestens zeitweilig verloren, weil sie die Arbeit oder den Beruf aufgeben, ehe sie unterstützungsberechtigt geworden sind. Wenn sie organisatorisch von neuem erfaßt werden, ist meist so lange Zeit verstrichen, daß sie nochmals von vorn anfangen müssen. Das erschwert die Wiedergewinnung außerordentlich. Und warum trat die Arbeiterin bei einem Berufswechsel nicht sofort der neuen Organisation bei? Aus den Übertrittsbestimmungen erwachsen meist noch den Mitgliedern gewisse Nachteile, so sind zum Beispiel Karenzzeiten vorgesehen; in dem neuen Verband sind die Bedingungen überhaupt vielleicht ganz andere als in der ersten Organisation. Nun sind freilich Verschiedenheiten in der Beitragszahlung und in den Unterstützungsbestimmungen, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, in Lohnbewegungen, vorläufig nicht aus der Welt zu schaffen, weil hier die ganze Lage des Berufs in Frage kommt. Es wäre jedoch der Erwägung wert, ob nicht, um jenen Nachteilen zu steuern, wenigstens Sonderunterstützungen für die Arbeiterinnen in allen Zentralverbänden auf einheitlicherer Grundlage eingeführt werden könnten. Ich halte es zum Beispiel für möglich für Mutterschaftskassen und dergleichen in sämtlichen Gewerkschaften den gleichen Pflichtbeitrag zu erheben und eine entsprechende Unterstützung zu leisten, so daß jedes weibliche Mitglied ohne weiteres weiß: es findet in jedem Verband in diesem Punkt die gleichen Verhältnisse. Dadurch würde bei einem Arbeitswechsel die Arbeiterin sich leichter dem neuen Verband anschließen und ebenso bei vorübergehender Beschäftigungslosigkeit der eigenen Organisation sicherer erhalten bleiben. Es wäre vielleicht auch zu prüfen, ob nicht bei längerer Unterbrechung der Berufsarbeit die Frau wenigstens in einer solchen Sonderkasse, wenn man sie so nennen will, als Mitglied verbleiben könnte, vielleicht innerhalb einer bestimmten Zeit. Die Gewerkschaft hätte dann wenigstens nicht ganz die Verbindung mit dem frühern Mitglied verloren, wie das jetzt die Regel ist.

In jedem Fall müssen wir den Interessen des weiblichen Geschlechts so weit wie möglich entgegenkommen, wenn wir auf die Massen der Arbeiterinnen, die heute in das Wirtschaftsgetriebe hineingeworfen worden sind, schneller Einfluß gewinnen wollen.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Carl Severing

Pernerstorfer Mit Engelbert Pernerstorfer ist nicht nur einer der tapfersten Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie in Österreich sondern auch eine der markantesten Erscheinungen in der alten Garde der Internationale dahingegangen. Karl Leuthner hat hier bereits ein Bild des Verstorbenen und seiner Bedeutung in großen Strichen skizziert. In ruhigeren Zeiten werden noch viele Einzelzüge nachzutragen sein. Pernerstorfer hat zur reichsdeutschen Arbeiterbewegung immer in besonders herzlicher Beziehung gestanden. Er war häufig Gast auf deutschen Parteitag, wo seine Beliebtheit nicht geringer war als sein Ansehen. Auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen sagte er mir, seine hohe Achtung vor der deutschen Arbeiterbewegung würde noch weiter steigen, wenn es insbesondere den deutschen Gewerkschaften gelänge ihre Methode gegenüber den Einflüssen von anderer Seite völlig zur Geltung zu bringen. Dieser Ausspruch war gegen die Phraseologie gerichtet, die die praktische Gegenwartsarbeit in der Partei, in den Gewerkschaften und in den Genossenschaften zu verkleinern suchte. Dagegen hat sich Pernerstorfer immer gewehrt. Jede Einengung der Wirksamkeit der Partei durch die Ketzerriecherei der Dogmengläubigen war ihm zuwider. Das geht auch aus allen seinen Arbeiten hervor, die in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlicht wurden. In den Fragen der Taktik, der Hofgängererei, der Meinungsfreiheit hat er sich stets auf den Standpunkt derer gestellt, die der Meinung waren, daß der Kampf um die politische Macht nur geführt werden kann, wenn die Partei es nicht verschmäht in alle Kampfstellungen einzudringen, die der Feind besetzt hält; und daß Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Partei ihr die fähigsten Köpfe entfremdet. Rücksichtslos und mit allem Freimut hat der Verstorbene diese Gedanken vertreten. Auch seine ärgsten Widersacher hätten ihn nicht beschuldigen können damit eine Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft vollziehen zu wollen. Wo es gefährlich war, wo Bekanntheit und Männlichkeit verlangt wurden, hat Pernerstorfer nicht

einen Augenblick gezögert für die wirtschaftlich Unterdrückten und politisch Entrechteten einzustehen. Daß er lange Jahre als einziger Anwalt der Arbeiter Österreichs im Parlament wirkte, zu einer Zeit, als er der Partei formell noch gar nicht beigetreten war, das wird in der österreichischen Arbeiterbewegung nie vergessen werden.

Engelbert Pernerstorfer war einer der Großen in der Arbeiterbewegung aller Länder.

Borochow Ber Borochow, der jetzt so plötzlich starb, war nicht nur der Gründer sondern auch der wichtigste Theoretiker der poalezionistischen Bewegung. Schon in ganz jungen Jahren hatte sich Borochow der sozialistischen Bewegung angeschlossen. Als sich die jüdische sozialdemokratische Partei Poale Zion im Jahr 1905 konstituierte, stellte er sein reiches Wissen und seine Führerfähigkeit in den Dienst dieser Richtung. Wie allen, die es sich zur Lebensaufgabe machten die Völker Rußlands aus politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft zu befreien, erging es auch ihm: Bald mußte er Rußland verlassen, um in Krakau, Wien, Lugano, London und Oxford seine Arbeiten für die Bewegung fortzusetzen. Als der Krieg ausbrach, lebte er in Wien, das er als russischer Staatsbürger verlassen mußte. Nach einem kurzen Aufenthalt in Lugano wandte er sich nach New York, wo er die Redaktion einer jüdischen sozialistischen Zeitschrift übernahm. Im Sommer 1917 kam er nach Stockholm, um als Delegierter der Poale Zion an der Formulierung der jüdischen Forderungen im Friedensmanifest des Holländisch-Skandinavischen Komitees teilzunehmen. Die russische Revolution gestattete ihm die Rückkehr in die Heimat und verschaffte ihm auch sofort wieder das Vertrauen der Öffentlichkeit, so daß er in einer Anzahl von Städten als Vertreter der Konstituante kandidierte. Da setzte der Tod seinem Wirken, das für die Bewegung noch so fruchtbar hätte werden können, ein jähes Ende.

Schweiz: Parteitag 1917 Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag, der am 1. und 2. Dezember in Aarau abgehalten wurde, stand noch unter der Einwirkung von Unruhen, die in der Stadt Zürich von antimilitaristi-

scher Seite inszeniert worden waren, und zu deren Unterdrückung die Züricher Regierung die schärfsten Maßnahmen angewandt hatte. An den Unruhen war (mittelbar wenigstens) ein Teil der Züricher Jugendorganisationen beteiligt, und dieser Umstand gab dem Parteitag Veranlassung den Jugendorganisationen der Arbeiterschaft das Programm und die Beschlüsse der Partei als verbindlich aufzuerlegen. Hatte schon die Züricher Arbeiterunion die Verantwortung für die Unruhen abgelehnt, so beschloß der Aarauer Parteitag ausdrücklich, daß politische Aktionen, die die Gesamtpartei angehen, der Zustimmung der zuständigen Parteikörperschaft bedürfen.

In organisatorischer Beziehung beschloß der Parteitag nach einem Referat Studers in die Statuten die Bestimmung aufzunehmen, daß Parteitagsbeschlüsse einer Urabstimmung zu unterwerfen sind, wenn ein Drittel der Delegierten eines Parteitags oder der Parteisektionen einen entsprechenden Antrag stellt. Die Differenzen in der Nationalratsfraktion über Fragen der Landesverteidigung zeitigten den Beschluß, daß die Parteivertreter gehalten sind den Beschlüssen der Partei nachzukommen oder ihre Mandate niederzulegen.

Der Berichterstatter über die Friedentätigkeit der Partei, Redakteur Nobs vom Züricher Volksrecht, vertrat die Zimmerwalder Richtung, von deren Ausbreitung er sich eine kräftige Förderung des Friedenswerks versprach. Vom schweizerischen Bundesrat verlangte der Parteitag eine energische, den Interessen der breiten Volksmassen angepaßte Nahrungsmittelpolitik und den Abbau der Kriegsindustrie.

Ein Antrag den Ort des Parteivorstands von Zürich nach Bern zu verlegen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Holland : Parteitag 1917

Ein außerordentlicher Parteitag der holländischen Sozialdemokratie, der in

den Weihnachtsfeiertagen in Utrecht tagte, beschäftigte sich zunächst mit den Beratungen über den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts. Das neue Wahlrecht, das in Holland in Kraft tritt, und für dessen Zustandekommen der Parteitag dem Genossen Troelstra als altem Wahlrechtskämpfer lebhaftes Ovationen bereitete, sieht das Verhältniswahlssystem vor, das die alte Wahlkreisorganisation nicht mehr kennt, auf die die bisherige Parteiorganisation aufgebaut war. Der Parteitag beschloß die

Bildung kleiner Bezirksorganisationen, von denen man sich eine Auffrischung des innern Parteilebens verspricht. Beim Bericht der Fraktion wurden mehrfach Klagen darüber laut, daß mehrere Fraktionsmitglieder die Kammersitzungen versäumen. Es erklärt sich das daraus, daß mehrere Abgeordnete Doppelmandata sind. Man wird darauf dringen dieses System abzubauen.

Das Hauptinteresse des Parteitags nahm die Friedensfrage in Anspruch. In den Erörterungen spielten Sympathieen und Antipathieen zu den kriegführenden Mächten eine erhebliche Rolle. Während eine Anzahl Delegierter das Zentralorgan Het Volk der Deutscheindlichkeit beschuldigte, war ein anderer der Meinung, daß die Tätigkeit Troelstras in Berlin und Stockholm nicht zu billigen sei; Stockholm sei ein Brutnest deutscher Intrigen. Demgegenüber wies Troelstra darauf hin, daß die Kriegs- und Friedensfragen kritisches Prüfen und ein objektives sozialistisches Urteil erfordern. Der deutsche Annexionismus sei noch nicht aus der Welt, aber in Deutschland sei doch ein Michaelis nach Hause geschickt, während in Frankreich Clemenceau der Herr sei. Das Ergebnis der längeren Auseinandersetzungen war die einstimmige Annahme einer Resolution Troelstra, in der sich der Parteitag mit der Initiative der niederländischen Delegation zur Einberufung der Stockholmer Konferenz einverstanden erklärte, aber gleichzeitig die Meinung ausdrückte, daß eine große Verantwortlichkeit auf den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs ruhe, die zu verhindern hätten, daß ihre Regierungen etwa in kurzsichtiger Weise die Notlage Rußlands mißbrauchten, um im Widerspruch zur Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 Gebietserweiterungen durchzusetzen oder Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen, die dem Wesen eines demokratischen Friedens widerstreiten. Der Parteitag ermächtigte schließlich den Parteivorstand an jedem ernsthaften Versuch zur Förderung eines allgemeinen demokratischen und dauernden Friedens teilzunehmen.

Totenliste

Am 20. November ist der 29jährige Genosse Rudolf Schwandt ein Opfer des Krieges geworden. Er fiel an der Artoisfront. Schwandt war einer jener Akademiker, die eine Zukunftshoffnung der Partei bilden. An der philosophischen und ethischen Begründung

des Sozialismus, die noch in den Anfängen steckt oder halbvergessen ist, hätte er tätigen Anteil nehmen können. Ein halbes Jahr vor Ausbruch des Krieges erschien in den Sozialistischen Monatsheften (1914 I, Seite 171 ff.) ein Artikel von ihm über die ökonomische Gesichtsauffassung als heuristische Maxime, der die Grundrichtung seines Denkens und Wollens deutlich zeigt. In Kiew starb am 17. Dezember der Begründer und Führer der Poale Zion Ber Borochow im Alter von 36 Jahren. Zu Ehren des Verstorbenen fand am 1. Januar in Berlin eine Feier statt, an der außer seinen engeren Parteigenossen auch viele Mitglieder des Jüdischen Arbeiterbundes und anderer Organisationen teilnahmen.

Am 2. Januar starb in Berlin nach längerem Leiden einer derjenigen, durch deren emsige Tätigkeit die Berliner Parteilbewegung groß geworden ist: Hugo Woldersky. Er war in die Partei bereits zu einer Zeit eingetreten, als die Mitgliedschaft nicht ohne Gefahren war. Gefahren und Schwierigkeiten haben ihn aber nie davon abgehalten seine Pflicht für die Bewegung zu tun. Während des Sozialistengesetzes ist der Sozialdemokrat durch seine Vermittlung recht oft in die Hände der Leser gelangt. Der rote Postmeister, Motteler, sagte oft, er könne sich bei seiner Tätigkeit nur auf 2 Genossen absolut verlassen: das seien Lehmann (der auch im Krieg verstorbene Gatte Adams Lehmanns) und Woldersky. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes war Woldersky noch als Vorsitzender des 1. Berliner Wahlkreises tätig, und das Vertrauen der Genossen übertrug ihm auch ein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung. Mit Woldersky scheidet einer der alten Praktiker aus dem Leben, die durch ihren nie versiegenden Idealismus in mühevoller Arbeit und unter harten Opfern die organisatorischen Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung gelegt haben.

Am 6. Januar starb in Wien Engelbert Pernerstorfer, fast 68 Jahre alt. Seine Bestattung war eine tiefergreifende Totenfeier, die das sozialistische und das geistige Wien einem Unersetzlichen bereiteten.

In Stuttgart starb am 8. Januar Wilhelm Guldenfels, einer der Alten Württembergs. Er kam um die Mitte der siebziger Jahre nach Stuttgart, wo er bald Gelegenheit hatte seine sozialistische Überzeugung auch praktisch zu betätigen. Der Vorläuferin der Schwäbischen Tagwacht hat er dabei große

Dienste geleistet. Er stellte ihr seine Fachkenntnisse und seine Arbeitskraft nach Feierabend zur Verfügung, fürchtete sich auch nicht als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. Alle Schereereien, die die Behörden in jenen Jahren der Arbeiterbewegung machten, haben ihn nicht davon abgehalten die als richtig erkannten Ziele weiter zu verfolgen. Unter dem Sozialistengesetz gehörte er dem geheimen Landesvorstand der württembergischen Sozialdemokratie an. Später ist er auch in der Genossenschaftsbewegung tätig gewesen. Er ist 65 Jahre alt geworden.

Kurze Chronik Eine interalliierte sozialistische Konferenz, die die Kriegsziele beraten soll, ist auf den 20. Februar nach London berufen worden. ◊ Eine Deputation der vereinigten Sozialisten der französischen Kammer, der unter anderen Albert Thomas, Renaudel, Cachin und Jean Longuet angehörten, hat an den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau das Ersuchen gerichtet Reisepässe für Petersburg zu gewähren. Clemenceau hat das Ersuchen abgelehnt, um dem Eindruck entgegenzuwirken, daß Frankreich an Vorbereitungen über Friedenspräliminarien teilnehme. In einer Erklärung, die Renaudel dann bei der Beratung des Budgetprovisoriums abgab, brachte die Kammerfraktion zum Ausdruck, daß sie zwar die Kredite für die Landesverteidigung annehme, aber Gewicht darauf lege ihrer Verantwortlichkeit entbunden zu sein, bis zu dem Zeitpunkt, in dem sie von der Regierung die unerläßliche Festlegung ihrer diplomatischen Kriegführung verlangen werde. Die französischen Minderheitssozialisten fordern ein Einschreiten gegen Albert Thomas, der in London den Anspruch Frankreichs vertreten hat Elsaß-Lothringen ohne Volksabstimmung zurückzuerhalten. ◊ Der nach den letzten Kammerwahlen in Schweden zum Finanzminister ernannte Führer der schwedischen Mehrheitssozialisten Hjalmar Branting ist infolge andauernder Krankheit von seinem Posten zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Genosse Thorsson ernannt. ◊ Die Wiener Volksbuchhandlung hat ihre Sammlung von Postkarten mit Bildern sozialistischer Führer um 2 neue Exemplare bereichert. Die eine Karte bringt ein besonders schönes Bild Engelbert Pernerstorfers, die andere ein sehr lebendiges Bild Leo Trotzkijs.

Literatur

Eine Materialsammlung über die Parteikrise in der deutschen Sozialdemokratie, von der ein Teil schon im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 313), setzt Richard Berger jetzt durch die Herausgabe einer neuen Schrift fort (Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr / München-Gladbach, Volksvereinsverlag/). Auch sie ist nicht ganz lückenlos; sie zieht andrerseits einzelne Vorgänge in den Gewerkschaften, die nicht unmittelbar mit dem Parteistreit in Verbindung gebracht werden können, mit in den Konflikt hinein. Es soll auch nicht untersucht werden, ob die Anschauung des Verfassers, daß der Weltkrieg keine politische Partei so nachhaltig und gründlich heimgesucht hat wie die Sozialdemokratie, noch zutrifft. Es genügt festzustellen, daß das Versprechen Bergers den vorliegenden Stoff parteipolitisch nicht auszunutzen im allgemeinen innegehalten wird, und daß jeder, der sich an die Daten des Parteistreits erinnern will, in dem Buch reichhaltiges, chronologisch geschichtetes Material findet.

Göttige Bewegung / Wally Zeppler

Pernerstorfer »Alles in einem Menschen verarbeitete Wissen ist Leben und lebendigstes Leben.

Wären wir Sozialisten an der Macht, würden wir Lehrstühle für Wissenszweige dotieren, für die der heutige Staat kein Geld . . . hat. . . Alle Wissenschaft ist eine Einheit.« So sagte Engelbert Pernerstorfer in einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte (1911 III, Seite 1186 ff.), in dem er (in völliger Übereinstimmung mit der in dieser Zeitschrift vertretenen Forderung des Humanismus als Ausdruck der Gesinnung einer auf die Sache selbst abzielenden, nichtutilitarischen Geistigkeit) den Wert der antiken Bildung darlegt. In dem Feuer dieses Artikels kennzeichnet sich der ganze Mensch. In der griechischen Sprache, »glänzend wie die Sonne von Hellas, rauschend wie die Wellen des Meeres«, malt sich ihm das griechische Volk mit seiner »leidenschaftlichen Kunstliebe« und seinem »grübelnden Tiefsinn«. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Anschauung vom Griechentum heute, wo wir mehr und mehr in die Tiefe des Orients einzudringen beginnen, noch als erschöpfend gelten kann. Jedenfalls: Wer so denkt, dem ist der Sozialismus nicht ein Kampf um materiellen Aufstieg der Massen

allein. Pernerstorfer will die Arbeiterschaft in das Reich des Geistes führen. Denn Bildung ist ihm nichts Stoffliches, nicht angehäuftes Wissensmaterial, nicht technische oder empirische Kenntnis. Sie ist ihm nur die Schulung, die den Geist befähigt dem Zusammenhang der Erscheinungen nachzuspüren, die Bereitschaft der Seele die Schönheit des Daseins in sich aufzusagen. Deshalb die schroffe Abwehr des im Grunde materialistischer Auffassung ent quellenden Gedankens der Realschulbildung, die das Wissen als Nützlichkeitswert begreift, während Pernerstorfer in der Erfüllung der jungen Menschenseele mit dem antiken Menschheitsideal eine ewig unerschöpfliche Lebensbereicherung findet.

In seiner eigenen Persönlichkeit verkörperte Pernerstorfer, wie wenige, vor allem unter den Politikern unserer Tage, die Idee allseitig vollkommener Menschenbildung im Sinn der großen Weimarer Epoche. Sein durchdringendes Interesse sog förmlich die Geistesschöpfungen aller Kulturen an sich ein; er war nicht nur Politiker sondern Literat und Kunstkritiker, ein immer aufnahmebereiter Leser für alles Neue und Bedeutende, wie nur umfassende Geister es zu sein pflegen, ein enthusiastischer Bücherfreund und Sammler, ein leidenschaftlicher Propagandist für alles, was ihn selbst begeisterte. Bei der Schillerfeier 1905 hielt Pernerstorfer in der Berliner Freien Volksbühne die Gedächtnisrede, in der er die Schillerschen Verse »Freude, schöner Götterfunken« mit einer Kraft erfaßte, daß Beethovens Neunte, die auf den Vortrag folgte, jedem der vielen, vielen Zuhörer, die den weiten Saal füllten, als die eigentliche Erfüllung aufgehen mußte. Dem großen Gedanken der Arbeiterschaft durch das Schauspiel die Meisterwerke der Weltliteratur zu erschließen war er mit tiefer Freude hingegen. Darin erst, in dem Aufschluß des Schönen und der Kunst für die, die bisher allen Geistesschätzen fern standen, prägte sich für ihn das Bild des Sozialismus.

So war es selbstverständlich, daß er in der Partei alles förderte, was dem Geist und der Erkenntnis Bahn brach. Er war einer der Mitbegründer jenes schönen Bildungsinstituts, das sich zu einer einzig dastehenden deutschen Arbeiteruniversität emporentwickelt hat: des Wiener Volksheims; er war der Sprecher des Proletariats, wo immer es galt ihm neue Wege zu Kultur und Bildung zu erschließen.

Wer im Sozialismus nicht nur eine wirtschaftliche (oder, nach der neuesten Prägung eines gewissen Philistensorzialismus, gar nur eine organisatorische) Lehre sieht sondern eine Herrschaft des Geistes reiner Menschlichkeit, der hat in Pernerstorfer einen Freund verloren, dessen Gefühlswelt in den Vernünftelosen einer als Wissenschaft kostümierter Journalistik unserer Tage unbekannt geworden ist und in uns das Verlangen nach einer neuen Zukunft weckt.

Jugendbewegung

In einer kleinen Broschüre Arbeiterjugend und bürgerliche Jugendbewegung / Chemnitz, Jugendausschuß für die Chemnitzer Arbeiterjugend / untersucht Genosse Herman Kranold die Frage, ob zwischen der sogenannten bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung irgendwelche Verbindungspunkte bestehen. Der Gegenstand ist wichtig und verdient unsere besondere Aufmerksamkeit.

Ganz richtig wendet sich Kranold zunächst gegen die sinnlose Art, die in der Partei früher üblich war: alles Bürgerliche in einen Topf zu werfen und unter allen Umständen gegenüber dem Proletarischen minderwertig zu finden. Er unterscheidet in der bürgerlichen Jugendbewegung autoritäre und autonome Formen. Autoritär nennt er die von kirchlicher oder staatlich militärischer Seite beaufsichtigten oder geschaffenen Jugendvereinigungen, autonom Bewegungen wie den Wandervogel, das akademische Komitee für Schulreform, die Sprechsäle und den Anfang. Der Wandervogel sei jetzt freilich auch schon seines ursprünglichen Charakters entkleidet und unter die Aufsicht regulierender Erwachsener gestellt, zähle also nicht mehr recht mit.

Die Jugendfreundschaftsbünde stellten im allgemeinen revolutionäre Aufstandsbewegungen der bürgerlichen Jugend dar, eine »notgedrungene Flucht vor den Eltern und vor den Lehrern«, sie seien aus der »Notwehr gegen Schule und Elternhaus« entstanden, die den jungen Leuten geistig Gewalt antun. Auf dem Freideutschen Jugendtag, der sich im Herbst 1913 versammelte, erklärte die Jugend ihr Leben nunmehr »unter eigener Verantwortung«, also in freier Selbstbestimmung gestaltet zu wollen (siehe diese Rundschau, 1914 I, Seite 574). Solchen Strömungen, meint Kranold, müsse sich die proletarische Jugend eng verbunden fühlen. Aus ihnen könnte sie selbst auch geistige Schwungkraft saugen. Denn die

Arbeiterjugendbewegung sei zwar dem Prinzip nach ebenfalls ganz auf sich selbst gestellt; in Wahrheit würden aber hier die Jugendlichen doch »von außen her« bewegt, »nicht etwa, weil man ihre eigene aktive Bewegung verwirft, sondern weil sie eine aktive Bewegung nicht aufbringen«. Das ist richtig und nicht richtig. Die Schwungkraft zur eigenen Bewegung war ursprünglich in der Proletarierjugend sicherlich vorhanden. Die Organisationen erblühten aus ihrem eigenen Willen heraus, und sie waren, wie das jeder Jugend und nun gar der proletarischen unserer Zeit entspricht, von sehr revolutionärem Geist durchweht. Aber dieser Geist war ausgeprägt politisch; die jungen Arbeiter waren Sozialdemokraten, ihre Auflehnungsideen gegen die Erwachsenen hatten politischen, anarchosozialistischen Charakter. Kranold weist selbst wieder treffend darauf hin, daß die Partei anfang die jungen Leute »von außen zu bewegen«, das heißt zu beaufsichtigen, aus der berechtigten Furcht vor den parteischädigenden Wirkungen ihrer Bewegung heraus. Die Parteipolitik muß deshalb seiner Ansicht nach aus ihren Vereinigungen ausgeschaltet werden, diese sollten politisch neutral, dann jedoch wirklich nur auf sich selbst gestellt sein.

Hier steckt nun aber gerade der wunde Punkt. Heute politische Neutralität von der Proletarierjugend fordern und sie dennoch dem Strom aus ihrem eigenen Innern überlassen, das, glaube ich, ist ein unerfüllbares Begehren. Kranold meint, die Fragen der Rechtsstellung der jungen Leute in der Familie, der Jugendarbeit und der Schule müßten die jungen Arbeiter so gut wie die Bürgerlichen bewegen, sie könnten von einem »Bund aller fortschrittlichen Elemente der Jugend« einmal in Angriff genommen werden. Mir scheint, dazu ist die soziale und geistige Lage beider Gruppen (ihre Stellung zum Elternhaus, zur Schule, zur Öffentlichkeit) viel zu verschieden. Theoretisch kann die Jugend solche Fragen nicht entscheiden, nur aus dem Drang ihres Gefühls heraus. Ganz andere Nöte drücken aber den jungen Kaufmann oder gar Studenten und den jungen Arbeiter, der mit 16, 17 Jahren wirtschaftlich auf sich selbst gestellt, vom Elternhaus so gut wie losgelöst ist und der im Umgang mit erwachsenen Arbeitskollegen sehr schnell die Richtung auf die Politik gewinnt, gerade wenn er zu den geistig Regsamen gehört. Wie das Dilemma, das hieraus entsteht, für die sozialdemo-

kratische Partei zu lösen ist, da freilich der jetzt eingeschlagene Lösungsweg nur in eine Sackgasse geführt hat, ist eine Frage, die uns nach dem Krieg sehr eingehend wird beschäftigen müssen; ein Zusammenschluß der jungen Arbeiter mit gleichgerichteten Jugendlichen aus bürgerlichen Krisen ist aber aus den genannten Gründen fürs erste kaum zu erwarten (es sei denn, daß die Mentalität unserer Jugend sich völlig ändert und etwa Wege geht, wie sie dem russischen Geist natürlich waren). Jedenfalls sollte die kleine Kranoldsche Broschüre in der Arbeiterschaft recht viel gelesen werden; denn, wie man sich auch im einzelnen dazu stellen mag, sie packt das Problem einmal ganz selbständig an und legt den Nachdruck auf Überlegungen, die bei uns im allgemeinen nicht berücksichtigt zu werden pflegen.

Kriegspublikationen Der Schweizer Max Müller lebte von 1914 bis 1916, wohl als Berichterstatter, in Paris und gab dann seine Berichte gesammelt in einem stattlichen Buch heraus (Frankreich im Kriege /Zürich, Orell Füßli/). Sie umfassen alles Mögliche: die Schilderung der Vorgänge nach der Kriegserklärung, Meditationen über Politik, Theater, Kunst, Wohlfahrtseinrichtungen usw. Für uns sind sie deshalb interessant, weil sie in oft geradezu frappierender Ähnlichkeit unser eigenes Erleben an Stimmung, Hoffnung und Enttäuschung wiederholen. Solch ein Buch über eine der feindlichen Nationen ist ein Spiegel des eigenen Fühlens und läßt uns besser verstehen und weniger urteilen. Unser Zeitalter von Johannes V. Jensen /Berlin, S. Fischer/ enthält eine Sammlung von Reisebriefen aus der Zeit vor dem Krieg und dem ersten Kriegsjahr, Schilderungen aus Nord und Süd, aus allen Weltmeeren, in der bekannten, eigentlich undänischen Art dieses Dänen. Seine Urteile, mögen sie nun rühmend sein, wie das über Deutschland, oder mehr oder minder wegwerfend, wie das über die anderen Völker, können den nicht überzeugen, der sie nicht schon ohnehin teilt. Denn sie sind leider schematisch und von der Konvention mehr bestimmt als dieser Autor je zugeben würde. Zum Beispiel ist ihm China »eine stagnierende und in ihrem eigenen Horizont ruhende Nation«, und das russische Volk ist nach ihm von mongolischer »Passivität«. Aus dieser »Passivität« ist nun die größte aktive

Leistung unserer Zeit, eine der größten der Weltgeschichte, emporgestiegen. Es ist eine schwierige Sache um das Klassifizieren der Völker und Rassen.

Wir von Anton Fendrich /Stuttgart, Franckh/ ist eine kleine begeisterte Huldigungsschrift an Hindenburg, den der Verfasser einmal in Hauptquartier besuchte. Wilhelm Düwell, der von Kriegsbeginn an Berichterstatter des Vorwärts am östlichen Kriegsschauplatz war, gibt seine Eindrücke in einem an lebendigen Beobachtungen reichen Buch Vom innern Gesicht des Krieges /Jena, Diederichs/ wieder.

Hilde Hagens Menschenland /Graz, Leykam/ soll ein »Buch für den Frieden« sein. Sein Inhalt sind 3 Dramen: Maria Renata, Rosenopfer und Weltkönig, die alle in allegorischen Versen das Evangelium der Liebe im Gegensatz zu der Welt der Waffen und des Kampfes verherrlichen. Hilde Hagens Menschenland entquillt gewiß dem reinsten Willen; doch lebt leider in ihren verwirrend bunten ausgeklügelten Allegorien kaum eine zwingende Kraft. (Über die ganz verkehrte Auffassung Napoleons soll mit ihr nicht gerechnet werden, da sie ihn ja nur als symbolische Figur nimmt; immerhin wäre es besser, sie wählte sich einen andern für diese Rolle.)

Im Züricher Verlag Rascher & Co. erschien ein Buch eines Ungenannten: Menschen im Krieg. Es ist eine furchtbare, aus glühendem Haß geborene Anklageschrift gegen das Entsetzen dieses Krieges, Erzählungen, die offenbar eigenes gräßliches Erleben bergen. Aber mögen diese Bilder nun solchem Erleben oder wild erregter Phantasie entquellen: sie sind so von Grauen und Qual durchbebt, daß sie Grauen und Qual auch in dem kältesten Leser wecken. Das Buch stellt keine Überlegungen an, es entwickelt keine pazifistischen Theorien. Wie Bertha von Suttner noch heute fortwirkendes Die Waffen nieder! wendet es sich einfach an das ursprüngliche menschliche Gefühl und wirkt damit für seine Ziele wahrscheinlich stärker als durch Gedanken oder noch so klar durchdachte Folgerungen. Freilich gibt das Gefühl allein keine Antwort auf die Frage des Verfassers. Es zeigt uns wohl die Aufgabe: die entfesselten Kräfte, die jetzt den bloßen Gewaltinstinkten dienen, in menschenwürdige Bahnen zu lenken. Aber ihre Lösung kann uns nur politische Einsicht zeigen.

Kurze Chronik In Kopenhagen arbeitet seit einigen Monaten ein aus Universitätsprofessoren und anderen Gelehrten bestehender, vom Unterrichtsministerium ernannter Ausschuß, der für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zwischen den Wissenschaftlern der ganzen Welt wirken soll. Die Universität Kopenhagen soll so ausgestaltet werden, daß sie nach dem Krieg sofort Studenten aus allen jetzt kriegführenden Ländern aufnehmen kann. ◊ Am 16. Dezember wurde in Leipzig der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum gegründet. Er will ein Museum schaffen, das die geistige Entwicklung der einzelnen Völker von den ersten Anfängen bis zur höchsten Entfaltung in Sammlungen demonstrieren soll und außerdem eine besondere Studiensammlung nebst Bibliothek errichten. Der Vorsitzende des Gründungsausschusses, Volkmann, wies darauf hin, daß der Gedanke der Gründung auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik gefaßt wurde und im ganzen Land sofort die freudigste Zustimmung fand. ◊ Im Oktober feierte die Breslauer Alte Burschenschaft der Raczeks ihr 100jähriges Jubiläum. Sie wurde unmittelbar nach dem Wartburgfest gegründet und trägt ihren Namen nach einem Breslauer Gasthauswirt, der den Studenten während der Demagogieverfolgungen Unterkunft gewährte. Später verlegte sie ihr Kneipquartier in den Schweidnitzer Keller, wo seit einigen Jahren eine Erinnerungstafel an sie aufgehängt ist. Der Freiburger Professor Felix Rachfahl gab zum Jubiläum eine Gedenkschrift heraus, in der er viele Raczekmitglieder nennt, die später berühmt geworden sind, unter anderen auch Lassalle. ◊ Der Privatdozent für systematische Pädagogik an der Universität Jena Georg Weiß hat einen Lehrauftrag für Vorlesungen über Jugendpflege erhalten.

Nationale Bewegung / Ludwig Quessel

Pernerstorfer Vielleicht läßt sich die Stellung, die Engelbert Pernerstorfer im sozialistischen Geistesleben einnahm, am besten dahin charakterisieren, daß er als sozialistischer Deutscher wirkte, dem internationale Gesinnung auf dem Boden nationaler Empfindung erwuchs. In diesem Sinn ist in den Nachrufen, die unsere Parteipresse dem Verstorbenen widmete,

mit Recht zur Kennzeichnung seiner reichen und vielseitigen Persönlichkeit hervorgehoben worden, daß die Freude an der klassischen deutschen Bildung der hervorstechendste Zug in seinem geistigen Wesen war. Sein Deutschtum schloß jedoch die Wertschätzung der Leistungen anderer nationaler Kulturen nicht aus. Der im deutschen Wesen wirkende Kosmopolitismus war ihm vertraut, er wußte, daß er die deutsche Nation in vielem so ungemein erhöht, aber er wandte sich entschieden dagegen, daß er zur nationalen Selbstentäußerung fortgebildet werde. Am nächsten fühlte sich Pernerstorfer in der Wertschätzung des Nationalen Jaurès verwandt. Und von allen Nationen stand seinem Herzen am nächsten das französische Volk. Als Hervé im Übermaß gallischer Keckheit für seine zur Schau getragene Mißachtung des Nationalen das Wort geprägt hatte, die Trikolore gehöre auf den Misthaufen, fühlte sich Pernerstorfer dadurch tief innerlich verletzt.

Hervés radikale Verleugnung der nationalen Idee bestimmte Pernerstorfer in einem an tiefen Gedanken reichen Aufsatz in den Sozialistischen Monatsheften (1905 II, Seite 645 ff.) Stellung zu dem Problem zu nehmen. Dieser Aufsatz, betitelt Der nationale und der internationale Gedanke, gehört zweifellos zu dem Besten, was über dieses Thema geschrieben worden ist. Obwohl es nicht streng zum Thema gehörte, konnte Pernerstorfer es nicht unterlassen seinen Schmerz über den deutsch-französischen Gegensatz und seine Verehrung für Jaurès zum Ausdruck zu bringen: »Europas großes Verhängnis während des ganzen verflossenen Menschenalters war die mißtrauische Stimmung, die zwischen Deutschland und Frankreich herrschte. Und wie haben sich die Sozialisten beider Länder die ganze Zeit über bemüht diese Mißstimmung aus der Welt zu schaffen. In den letzten Jahren hat in Frankreich Jaurès unablässig daran gearbeitet die beiden Völker und Reiche einander näherzubringen. In der Tat stehen wir heute vor einer Situation, die es sogar nicht unmöglich erscheinen läßt, daß Deutschland und Frankreich noch weiter sich nähern werden. Zum größten Teil ist das ein Verdienst hauptsächlich der französischen Sozialisten, und nicht in letzter Linie Jaurès', dieses großen und tiefen Politikers.« Mit großer Klarheit legt Pernerstorfer in jenem Aufsatz, der so auf uns wirkt, als

wäre er erst heute geschrieben, die Gründe dar, warum gerade er, als österreichischer Deutscher, sich berufen fühlt das Verhältnis des nationalen zum internationalen Gedanken aufzuhellen: »Ein in Österreich lebender Sozialdemokrat deutscher Nation hat vielleicht eine besondere Legitimation dazu in dieser Sache mitzusprechen, weil die Situation in Österreich besonders geeignet ist das nationale und internationale Problem in vollster Schärfe sichtbar zu machen. Denn hier tritt Nationalismus und Internationalismus nicht als Gegensatz der verschiedenen Staaten auf, hier handelt es sich um die nationale und internationale Frage, losgelöst vom staatlichen Gegensatz, hier ist der klassische Boden dieses Problems, hier muß es sich zeigen, ob die nationalen Gegensätze sich im Internationalismus restlos auflösen, oder ob nicht vielmehr Nationalität und Internationalität ihre höhere Einheit erst in der sozialen Demokratie finden.« Aus der Praxis des österreichischen Nationalitätenstreits heraus legt dann Pernerstorfer seinen Standpunkt zur nationalen Idee dar. Rückhaltlos erkennt er das Recht auf nationale Selbstbehauptung für alle Nationen, auch für die kleinsten und jüngsten, an. Wie für Jaurès so ist auch für Pernerstorfer »die Nation das Schatzhaus des menschlichen Hirns und Fortschritts«: Jede Kultur »nimmt ihren Anfang im besondern Volke und bietet in ihren höchsten Formen (und gerade in diesen am meisten) einen entschiedenen Nationalcharakter dar«. Daher wurde für Pernerstorfer auch der Sozialismus ganz naturgemäß zu einer nationalkulturellen Bewegung. Er läßt die Auffassung des Kommunistischen Manifests, daß der Proletarier kein Vaterland habe, gelten; doch er ergänzt es durch das Wort: »Aber er will eins erwerben.« Für Pernerstorfer wird so der proletarische Klassenkampf zu einem Kampf der Besitzlosen um Vaterland und Nationalität, der erst enden kann, wenn das Proletariat in der sozialen Demokratie beides errungen hat. Inzwischen ist ihm freilich die Nationalität der Proletarier kein Hirngespinnst sondern eine »breite Realität«, wenn auch mehr im physischen als im kulturellen Sinn. Die Lösung der österreichischen Nationalitätenfrage sieht Pernerstorfer im Prinzip der nationalkulturellen Autonomie. Zur Überbrückung nationaler Gegensätze hält Pernerstorfer den Geist des Internationalismus berufen, der es seinen Beken-

nern zur Pflicht mache weitestgehende Gerechtigkeit anderen Nationen gegenüber zu üben: »Wenn zwei sich streiten, so ist natürlich die Sache wesentlich anders, wenn sie zur Waffe greifen, oder wenn sie sich zu gemeinsamer Beratung an den grünen Tisch setzen. Und auch wenn sie sich an den grünen Tisch setzen, ist noch ein großer Unterschied, ob sie beabsichtigen sich gegenseitig übers Ohr zu hauen, oder ob sie den aufrichtigen Willen haben mit gegenseitigem Wohlwollen eine gemeinsame Lösung der Streitfrage zu suchen.« Hier wie überall, wo sich Pernerstorfer zu dem Nationalitätenproblem äußerte, zeigt es sich, daß er, der »den Gedanken des alten Internationalismus ausrotten« wollte, weil er darauf gerichtet sei »die Nationen zu dekomponieren«, ein feines und tiefes Gefühl für die Rechte anderer Nationen hatte, wie überhaupt die Grundlage seines Nationalgefühls nicht die Abneigung oder Feindschaft gegen andere Nationen sondern ein starkes Empfinden für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in den Beziehungen der Völker unter einander war. Diesem internationalen Ideal blieb der Nationalist Pernerstorfer auch im Toben des Weltkriegs treu. So wünschte er in seinem Letzten Willen, daß an seinem Grab auch das Lied »Der Gott, der Eisen wachsen ließ« gesungen werden solle, aber »mit Auslassung der französischen Hetzstrophe«. Womit er dokumentierte, daß ihm die Freundschaft und nicht der Haß unter den Nationen das Ideal war, dem er als Politiker und Publizist zeitlebens zustrebte.

Borochow Der jugendliche Begründer, Führer und Theoretiker der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale Zion Ber Borochow ist gestorben. Die nationaljüdische Presse feiert den verstorbenen Führer des proletarischen Zionismus als einen der bedeutendsten Denker und Kämpfer des Ostjudentums, dessen Lebenserscheinungen er wie kaum einer beherrschte. Als Theoretiker veröffentlichte er wertvolle Beiträge über die sozialen Verhältnisse, die Geschichte und Sprache des ostjüdischen Proletariats. Als Politiker hatte er ein bewegtes Leben hinter sich. Mit 20 Jahren begann er seine Werbetätigkeit für die zionistisch-sozialistische Bewegung, für deren theoretische Grundlegung er den Grundstein legte. Die erste russische Revolution riß ihn in ihren Strudel und ver-

trieb ihn aus der Heimat. Die zweite russische Revolution führte ihn wieder nach Rußland zurück, wo er an der Spitze der Poale Zion sich eines großen Ansehens erfreute. Die Trauer über seinen Tod reicht weit über die Kreise seiner Partei und seiner Schüler hinaus. Unter den Vertretern der nationalen Bewegung war er eine der wichtigsten Persönlichkeiten, gerade weil er als Sozialist für die nationale Auferstehung eines Volkes wirkte: nicht in dem negativen Sinn einer Scheidung von anderen Völkern sondern in dem positiven einer Verpflichtung zu produktiver Leistung.

Selbstbestimmungsrecht und Separatismus In den Brest-Litowsker Verhandlungen hat der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, N. Trotzki, die Bereitwilligkeit der Petersburger Regierung die ukrainische Delegation als Vertretung der ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen mit der bekannten bolschewistischen Nationalitätenformel begründet, das heißt mit der »grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation bis zur vollen Lostrennung«. Es wäre nun sehr interessant, wenn man einwandfrei und sicher feststellen könnte, welche Gruppen des russischen Sozialismus außer den Bolschewiki sich zu dieser Nationalitätenformel bekennen. Vorläufig ist dies bei dem unfertigen Zustand der russischen Parteiverhältnisse allerdings nicht möglich. Erst wenn die sozialistischen Parteien in der Nationalversammlung (die ja doch einmal wieder zusammentreten muß) gezwungen sein werden von ihrem besonders parteitheoretischen Standpunkt aus praktisch Stellung zu dem Nationalitätenproblem zu nehmen, wird man in dieser Angelegenheit klarer sehen können. Vorläufig scheint es, daß die Bolschewiki mit ihrer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen »bis zur vollen Lostrennung« im russischen Sozialismus ziemlich allein stehen. Möglich ist, daß die Internationalisten mit der bolschewistischen Nationalitätenformel sympathisieren. Dagegen kann man als sicher annehmen, daß nicht nur die Minimalisten und Volkssozialisten sondern auch die Sozialrevolutionäre entschiedene Gegner des Gedankens einer Lostrennung sind. Interessant ist auch, daß, abgesehen von den Polen, keine der slawischen Nationen des Ostens Anspruch auf das Recht »zur vollen Lostrennung« macht. Selbst die Ukraine,

die schließlich an Volkszahl und Wirtschaftskraft groß genug wäre, um einen einigermaßen lebensfähigen, unabhängigen Staat zu bilden, will von solcher Lostrennung nichts wissen. In der Note, die die ukrainische Delegation am 10. Januar den Vertretern der Zentralmächte in Brest-Litowsk überreichte, wurde ausdrücklich erklärt, daß die ukrainische Volksrepublik keine separatistischen Absichten verfolge sondern im Gegenteil »die Schaffung eines föderativen Bundes der auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreichs entstehenden Republiken« erstrebe. Das mit dieser Stellungnahme scheinbar im Widerspruch stehende Erscheinen einer besonders ukrainischen Delegation in Brest-Litowsk wurde mit dem Fehlen einer gemeinsamen Bundesregierung motiviert, da die Ukrainer die zurzeit bestehende bolschewistische Diktatur nicht als rechtmäßige Zentralregierung anerkennen können. Ebenso wie die Ukrainer wollen auch die anderen Völker des Ostens zumeist nichts vom Separatismus wissen. In allen Teilen des Riesenreiches erstreben die Völker vielmehr einen föderativen Bund, um den gewaltigen Wirtschaftsorganismus, den wir russische Volkswirtschaft nennen, zum Vorteil aller zu erhalten. Was die Stellung des deutschen Sozialismus zur bolschewistischen Nationalitätenformel betrifft, so unterschreibt er zwar das darin enthaltene Selbstbestimmungsrecht der Nationen, lehnt aber die aus ihr gezogene Folgerung, daß es den kleinen Nationen jederzeit freistehen müsse sich aus dem großen Staatsverband loszulösen, durchaus ab. Mit wenigen Ausnahmen liegen die Dinge in Europa auch so, daß den kleinen Nationen mit der Schaffung völlig selbständiger Kleinstaaten nationalkulturell gar nicht geholfen werden könnte, weil ihre Kräfte, allein auf sich gestellt, zur Bewältigung großer Kulturaufgaben nicht ausreichen, und weil, wie man die Grenzen auch ziehen möge, ein Teil ihres Volkstums zumeist doch immer außerhalb dieser Grenzen bleiben wird. Zumal im Osten, wo die kleinen Nationen ineinandergeschachtelt leben, ist eine befriedigende Lösung des Nationalitätenproblems durch den Separatismus überhaupt nicht zu erzielen. Kein Referendum kann hier zweifelsfrei bestimmen, wo die Lostrennung territorial beginnen und wo sie aufhören soll. Eine separatistische Nationalitätenpolitik läuft im Osten praktisch darauf hinaus ein Gegenstück zum Balkan zu schaffen, wo,

wie der Vorwärts mit Recht bemerkt, »jeder Kleine im Kampf gegen andere Kleine die Hilfe der Großen suchen« wird, so daß das Recht »bis zur vollen Lostrennung«, das den Frieden der Völker zu sichern vermeint, in Wirklichkeit für europäische Konflagrationen einen neuen gefährlichen Brandherd schaffen würde.

Ein falsch verstandenes Selbstbestimmungsrecht der Völker, das auf die Neubildung von Kleinstaaten abzielt, gehört der Vergangenheit an und ist durch und durch reaktionär. Es war allenfalls noch mit jenem ökonomischen Zustand vor der Schaffung moderner Verkehrsmittel vereinbar, den man als Territorialwirtschaft bezeichnet hat, wo Territorien von geringer Ausdehnung sich noch wirtschaftlich genügen konnten und sich auch genügen mußten. Die wirtschaftliche Umwälzung, die durch Eisenbahnen und Dampfschiffahrt hervorgerufen wurde, zwang zum Zusammenschluß verschiedener Territorialwirtschaften zu einer großen Volkswirtschaft. Heute wachsen die Volkswirtschaften zu großen Wirtschaftsimperien zusammen, denen die Zukunft gehört, und die allein eine volle Entfaltung der produktiven Kräfte gestatten. Die Zusammenfassung verschiedener Nationen zu großen Wirtschaftsimperien ist für Europa eine Notwendigkeit, wenn es gegenüber den angelsächsischen Weltreichen nicht in Ohnmacht und Kulturlosigkeit versinken will. Darum ist der deutsche Sozialismus weit entfernt davon in Wirtschaftsverbänden wie Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn, die Angehörige verschiedener Nationen umfassen, Gebilde zu sehen, die gegen den Geist der Zeit verstoßen. Nicht außerhalb sondern im Rahmen der großen Wirtschaftsimperien will der deutsche Sozialismus das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verwirklichen. Am liebsten wäre ihm ein Imperium, das alle Nationen des europäischen Festlands organisatorisch zusammenfaßt: die Vereinigten Staaten von Europa. Solange diese noch nicht vorhanden sind, ist ihm jeder Bundesstaat ein Schritt nach vorwärts. Die bolschewistische Nationalitätenformel ist dagegen eine Verneinung bundesstaatlicher Gebilde, weil diesen bei Anerkennung des Rechts der Lostrennung jede Sicherheit der Existenz fehlt, ohne die sie nicht gedeihen können. Mit Recht ist gesagt worden, daß ein Bundesstaat, dem es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ernst ist, die schönen Worte auf seine

Fahnen schreiben könne: »In necessariis unitas, in aliis libertas, in omnibus caritas.« Überall da, wo die volle Entfaltung der Wirtschaftskräfte, das Interesse an der größtmöglichen Produktivität es erfordert, muß die staatliche Einheit gesichert sein: in necessariis unitas. Da aber, wo die Entfaltung der Wirtschaftskräfte eine einheitliche Regelung nicht notwendig macht, also namentlich in allen nationalkulturellen Angelegenheiten, soll die Selbständigkeit der Nationen durch Schaffung von Einzelstaaten oder autonomen Provinzen gewahrt und erhalten bleiben: in aliis libertas. Die gesamte politische Tätigkeit im Bundesstaat wie in den Einzelstaaten und autonomen Provinzen soll aber von dem Gefühl brüderlicher Zusammengehörigkeit der Nationen getragen sein, von der gemeinsamen Liebe zum großen Vaterland: in omnibus caritas.

Kurze Chronik Der internationale sozialistische Sekretär Camille Huysmans erklärte sich für eine internationale Regelung der Flamenfrage im Friedensvertrag. ◊ Vor geladenen Vertretern der Regierung, der Reichstagsfraktionen und der Presse wurden am 26. Januar in Berlin die Beziehungen des Zionismus zur Weltpolitik erörtert. Der Generalsekretär der Zionistischen Vereinigung Kurt Blumenfeld legte die Selbstbestimmungspflicht der jüdischen Nation in den Ländern ihrer Massensiedelung und ihren Drang zu produktiver kolonialisatorischer Betätigung dar. Er betonte, unter Ablehnung separatistischer Tendenzen, die Bedeutung der Schaffung eines nationalen Zentrums in Palästina für die zukünftige Leistung des jüdischen Volkes. In der Diskussion sprach man sich für den verfassungsmäßigen Schutz der jüdischen Minoritäten im europäischen Osten aus. Zur Förderung der jüdischen Neukolonisation Palästinas soll ein Deutsch-Palästinensisches Aktionskomitee gebildet werden. ◊ Der 32. indische Nationalkongress verlangte für Britisch Indien eine Selbstregierung nach dem Muster Australiens.

Literatur So groß ist die Zahl der Broschüren und Bücher, die seit einem Jahr über Litauen erschienen sind, daß, wenn jede Veröffentlichung sich auf die Erhellung einer Seite des litauischen Lebens beschränkt hätte, dieses Land, mit dem die meisten vor dem Krieg nur sehr ober-

flächlich vertraut waren, jetzt in Deutschland zu den bestgekannten gehören könnte. Die Beschränkung auf nur eine Seite des litauischen Lebens findet man bei den Autoren, die uns mit Litauen vertraut machen wollen, jedoch nur selten. In der Regel ist jeder Autor bemüht uns ein möglichst vollständiges Bild von Litauen zu geben, so daß die Leser dieser Schriften mit anderen Worten annähernd immer das selbe Tatsachenmaterial vorgetragen erhalten, das jedoch zu einem gründlichen Verständnis des litauischen Lebens naturgemäß nicht ausreicht sondern nur einen sehr allgemeinen Überblick gestattet. Immerhin sind auch diese allgemeinen Übersichten nicht ohne Wert, da sie uns mit vielen Dingen vertraut machen, die sich bisher unserer Kenntnis entzogen. Das gilt von dem Buch W. St. Vidūnas' Litauen in Vergangenheit und Gegenwart /Tilsit, Lituania/, das, überaus fesselnd und anziehend geschrieben, sehr geeignet erscheint ein tieferes Interesse für das Land und das Volk zu erwecken. Während Vidūnas das Hauptgewicht auf die Schilderung von Land und Leuten legt, wendet sich W. Gaigalat in seinem Buch Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen /Memel, Sandora/ mehr den litauischen Tagesfragen zu, die er vom prodeutschen Standpunkt aus beleuchtet. Besonders eingehend behandelt der Autor das politische Leben in Litauen seit der ersten russischen Revolution und den Aufschwung der nationalen Bewegung, der seit 1905 zu verzeichnen ist. Der Ethnographie und der Bevölkerungsstatistik Litauens ist die Schrift K. Werbėlis' Russisch Litauen /Stuttgart, J. Schrader/ gewidmet, die auf Grund der vorhandenen ethnographisch - statistischen Quellen die Zahl der Litauer in den Gouvernements Kowno, Kurland, Wilna, Grodno und Suwalki festzustellen versucht. ◊ Wie über Litauen so liegt auch über Kurland eine lange Reihe neuer Veröffentlichungen vor. Baltische Zukunftsgedanken entwickelt der Vorsitzende des Kurländischen Landesrats R. von Hoerner-Ihlen /Berlin, Fritz Würtz/. Er tritt für die Angliederung Kurlands an Deutschland ein und gibt dabei der eigenartigen Zuversicht Ausdruck, daß das völlige Deutschwerden der Letten und Esten »sich zwanglos, aus innerer Nötigung in relativ kurzer Zeit vollziehen werde«. Die selbe Tendenz vertritt auch Hermann Helbing (Die baltische Frage /Darmstadt, Falkenver-

lag/), der auf den russischen Domänen deutsche Bauern ansiedeln will und von den Deutschbalten behauptet, sie wollten, »daß jetzt mit diesem Lande das geschieht, was dem Deutschen Reiche am meisten dient, und wenn sie selber darüber zugrunde gehen«. Im Gegensatz zu den vom deutschbaltischen Standpunkt aus verfaßten Schriften steht die schon früher einmal erwähnte Broschüre des Letten E. Zeelen Der Krieg und die baltische Frage /Bern, Jordi/, die darlegt, wie sehr das lettische Volk den Gedanken ablehnt Kurland an Deutschland anzugliedern.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Zodiakallicht Das Zodiakallicht (Tierkreislicht), der zarte, schwache Lichtkegel, der nach Sonnenuntergang am westlichen, vor Sonnenaufgang am östlichen Himmel sichtbar ist (in den mittleren Breiten am schönsten um die Zeit der Äquinoktien, in den Tropen, wo die Erscheinung überhaupt glänzender ist, das ganze Jahr hindurch, was mit der Stellung der Achse des Lichtkegels zur Ekliptik zusammenhängt), hat sowohl Fachastronomen als Laien vielfach zu Erklärungsversuchen angereizt. In wissenschaftlichen Kreisen gilt das Rätsel des Zodiakallichts noch keineswegs für völlig gelöst, wenn man auch nach den grundlegenden Arbeiten des Münchener Astronomen Hugo von Seeliger meist annimmt, daß es sich um einen die Sonne umkreisenden Ring von Meteoriten handelt, der bis über die Erdbahn sich ausdehnt. Eine ganz andere und, wie verschiedentlich hervorgehoben wurde, völlig neue Erklärung versuchte auf der letzten Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft (über die hier bereits in der Rundschau Biologie, 1917 III, Seite 1141 ff., berichtet wurde) Friedrich Schmid, ein nicht fachmännisch durchgebildeter Liebhaber der Himmelsbeobachtungen aus Oberhelfensvil, zu geben. Er betrachtet das Zodiakallicht nicht als eine kosmische Erscheinung sondern sucht seine Ursache in der irdischen Atmosphäre, von deren äußersten Partien das Sonnenlicht reflektiert wird, so daß das Zodiakallicht also als eine Art verlängertes Dämmerung zu erklären wäre. Freilich ergibt sich hier als Schwierigkeit, daß die Achse des Lichtkegels nicht in die Äquatorialebene sondern in

die Ekliptik fällt. Dies soll sich nach Schmid daraus erklären, daß die Rotationsverhältnisse in den oberen Schichten der Atmosphäre andere sind als in den unteren, da der Äquator der Atmosphäre sich unter dem Einfluß der der Erde nächsten Himmelskörper gegen die Ekliptik hin verschieben müsse.

Wie weit diese Vorstellungen begründet sind, läßt sich nach den kurzen Auszügen, die über den Vortrag bisher zugänglich sind, kaum entscheiden; mit einem abschließenden Urteil wird man noch warten müssen. Daß Schmid für seine auf jahrzehntelange Beobachtungen gestützten Arbeiten von der eidgenössischen Technischen Hochschule auf der erwähnten Versammlung den Dokortitel honoris causa erhielt, spricht jedenfalls für den wissenschaftlichen Ernst seiner Arbeiten. Wenn aber in Artikeln der Tagespresse das Erklärungsprinzip Schmid's als etwas ganz Neues, alle Rätsel des Zodiakallichts Lösendes hingestellt worden ist, muß doch mit Nachdruck betont werden, daß es schon erheblich früher zur Erklärung des Zodiakallichts angewendet worden ist. Der im Januar 1895 verstorbene Großindustrielle Hermann Gruson, der Erfinder des als Grusonmetalls bezeichneten Hartgusses, das für die Panzertürme und Panzerbatterien von der größten Bedeutung geworden ist, beschäftigte sich in seinen letzten Lebensjahren viel mit Beobachtungen der Lichterscheinungen am Himmel, besonders auch mit dem Zodiakallicht, das er auf seinen Reisen in Ägypten vielfach zu sehen Gelegenheit hatte. Die Ergebnisse seiner Studien legte er in einem Buch nieder (Im Reiche des Lichts: Sonnen, Zodiakallichte, Kometen /Braunschweig, Westermann./). Neben einer eigentümlichen Lichttheorie, einer Erklärung der Sonnenflecken und andern enthält das Werk vor allem die Erklärung des Zodiakallichts als einer verlängerten Dämmerungerscheinung, die dadurch hervorgerufen sei, daß Ebbe und Flut sich in der leichten und beweglichen Atmosphäre noch stärker bemerkbar machen müßten als bei dem schwerern Wasser der Meere. Zur Zeit der Flut im Luftmeer müsse die Dämmerung erheblich länger dauern und uns als Lichtkegel des Zodiakallichts erscheinen. Dem Werk ist auch die Abbildung einer besonders schönen Lichterscheinung beigegeben, die Gruson am 19. Februar 1892 am Nilufer bei Assuan beobachtet hat. Die Astro-

nomen haben sich Grusons Ideen gegenüber skeptisch verhalten und die von ihm beschriebene Lichterscheinung bei Assuan als eine vom Zodiakallicht durchaus verschiedene Dämmerungerscheinung bezeichnet. Inwieweit in astronomischen Kreisen die Ideen Schmid's ein besseres Schicksal haben werden, bleibt abzuwarten. Sollte aber die Erklärung des Tierkreislichts als einer in den äußersten Schichten unserer Atmosphäre hervorgebrachten Dämmerung sich wirklich bewähren, so darf der Name Hermann Gruson hierbei nicht der Vergessenheit anheimfallen.

Windstruktur Gewöhnlich nimmt man an, daß der Wind durch die Richtung und die Geschwindigkeit der bewegten Luftmasse vollkommen bestimmt sei, und daß diese längere Zeit hindurch konstant bleiben. Aber auch ohne besondere Apparate kann man an jeder guten Windfahne erkennen, daß die Richtung andauernd kleinen Schwankungen unterworfen ist; und daß auch die Stärke des Windes, die ja von seiner Geschwindigkeit abhängt, ebensolchen kleinen Schwankungen andauernd unterliegt, kann man mit dem Gefühl an dem gegen das Gesicht ausgeübten Druck des Windes wahrnehmen. In der älteren meteorologischen Literatur findet man diese Schwankungen der Bestimmungsstücke des Windes nur gelegentlich erwähnt. Erst seit knapp 10 Jahren hat man ihnen mehr Aufmerksamkeit zugewendet und die als Wind bezeichnete Luftströmung als einen äußerst komplizierten Vorgang erkannt. Es liegt aus dieser Zeit auch bereits eine Reihe von Arbeiten über diese Schwankungen vor, die man in ihrer Gesamtheit als Struktur oder Textur des Windes, zuweilen auch als Böigkeit, Windunruhe oder Turbulenz bezeichnet. Über die Ergebnisse dieser Arbeiten hat der Berliner Physiker Rud. Seeliger, dem noch unveröffentlichtes Beobachtungsmaterial aus den letzten Jahren zur Verfügung gestellt worden ist, in den Naturwissenschaften eine zusammenfassende Darstellung veröffentlicht. Neben den Schwankungen der mechanischen Elemente des Windes sind auch geringe Schwankungen der Temperatur festgestellt worden, so daß außer von einer mechanischen auch von einer thermischen Struktur des Windes gesprochen werden muß. Zweifellos hängt die Struktur auch von der Wahl des Be-

obachtungsorts ab, insofern, als bei gleicher mittlerer Geschwindigkeit und tunlichster Gleichartigkeit der meteorologischen Verhältnisse die Amplitude der Schwankungen auf der Leeseite größer ist als auf der Luvseite. Im Ablauf der Schwankungen haben sich besondere **Gesetzmäßigkeiten** nicht gezeigt; höchstens läßt sich sagen, daß die Amplitude und die Dauer der Schwankungen im Mittel für längere Zeit, oft für mehrere Stunden bemerkenswert konstant bleiben, und zwar gilt das sowohl für die mechanische wie für die thermische Struktur. Die Richtungsschwankungen scheinen bei größerer Windstärke langsamer zuzunehmen und einem Maximum zuzustreben. Ein enger Zusammenhang scheint zwischen den Schwankungen der Geschwindigkeit und denen der Richtung nicht zu bestehen. Mit zunehmender mittlerer Windgeschwindigkeit nehmen die Amplituden der Schwankungen zu. Auch die vertikalen Komponenten der Luftströmungen zeigen ganz analoge Schwankungen. Der Bögigkeitsfaktor, das Verhältnis der mittlern Amplitude zur mittlern Geschwindigkeit, und damit die Struktur selbst ist am stärksten in den untersten Luftschichten, er nimmt mit zunehmender Höhe erst rasch, dann langsamer ab und scheint schließlich, etwa in 800 Meter Höhe, konstant zu werden; freilich liegen genauere Messungen nur bis zu 1200 Meter Höhe vor. Über den Zusammenhang der Windstruktur mit den allgemeinen meteorologischen Faktoren, Temperatur, Feuchtigkeit und Luftdruck, läßt sich bisher sehr wenig sagen; jedenfalls ist sie durch diese Größen nicht oder doch nicht allein bestimmt, sondern muß noch von anderen weniger einfachen Faktoren abhängen. Eine deutliche Abhängigkeit ist von der Tageszeit und Bewölkung, also von der Intensität der Sonnenstrahlung, gefunden worden. Ganz besonders zeigt die Struktur sich auch von der vertikalen Temperaturverteilung abhängig. Von maßgebender Bedeutung ist vor allem auch das Auftreten vertikaler Luftströmungen. Als bedingende Ursachen der Windstruktur kommen wohl vor allem, wenigstens in den unteren Luftschichten, Störungen in Betracht, die von den mannigfachen Hindernissen herrühren, wie Bäume, Häuser, Berge oder auch die sanften stets vorhandenen Ungleichmäßigkeiten des Bodens. Dadurch wird es erklärlich, daß die Größe der Schwankungen mit der Höhe abnimmt. Eine

weitere Ursache der Störungen sind jedenfalls die unregelmäßig aufsteigenden Luftströmungen, wie sie bei einem Wechsel der Bodenbeschaffenheit infolge der Sonnenbestrahlung, in Wolkenschatten und vielen anderen Fällen auftreten. Eine dritte Ursache, die namentlich in den höheren Luftschichten eine wesentliche Rolle spielen wird, wird man in dem schäumenden Überstürzen der Helmholtzschen Luftwogen zu sehen haben. Der Wogenbewegung in der Luft glaubt Seeliger überhaupt eine umfassende Rolle bei der Entstehung der Windstruktur zuerteilen zu müssen. Nach seiner Ansicht sind die Bedingungen zur Ausbildung wogenähnlicher Strömungen allgemein an der Grenze frei beweglicher Luftschichten mit solchen gegeben, die durch Hindernisse an freier Strömung gehindert sind, also über Wäldern, Häusermassen, über Wiesen, dicht bewachsenen Feldern, unruhigen Wasserflächen, kurz über fast allen Teilen der Erdoberfläche.

Totenliste Der Observator am Potsdamer Astrophysikalischen Institut Erich Kron fiel in den Kämpfen in Flandern.

Auch der außerordentliche Professor der physikalischen Chemie an der Universität Erlangen Eduard Jordis ist auf dem Schlachtfeld gefallen.

Auf englischer Seite fiel in Frankreich Charles Frederick Carr. Er war Vizepräsident und Ehrensekretär der Chemist Association.

Schon im Frühjahr 1917 starb in Krakau, fast unbemerkt im Getöse des Weltkriegs, der polnische Forscher Karl Olszewski. Er hat sich um die Verflüssigung der permanenten Gase hervorragend verdient gemacht.

Ferner ist der Tod des ältesten der dänischen Physiker zu melden, des frühern Professors der theoretischen Physik an der Universität Kopenhagen Christian Christiansen. Er starb Ende November im Alter von 74 Jahren. Auch weiteren Kreisen ist er durch die Entdeckung der anomalen Dispersion bekannt geworden.

Am 28. Dezember verunglückte der Professor der medizinischen Chemie an der Wiener Universität Julius Mauthner auf der Straße; er erlitt schwere Verletzungen und starb am folgenden Tag. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht und zahlreiche Studien auf physiologisch-chemischem Gebiet veröffentlicht.

In Berlin-Steglitz starb der Präzisionsmechaniker Richard Fueb, Mitglied des Kuratoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt.

Kurze Chronik Die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald hat folgende **Preis-aufgabe** gestellt: »Untersuchungen über das kontinuierliche Spektrum der Wasserstoffkanalstrahlen.« \diamond In einer am 30. Dezember 1917 auf der Hamburger Sternwarte aufgenommenen Platte ist es gelungen den Enckeschen Kometen wiederaufzufinden, der von allen periodischen Kometen die kürzeste Umlaufzeit, nahezu $3\frac{1}{2}$ Jahre, hat. \diamond Die Hauptwetterwarte der Heimat ist von Jüterbog nach Berlin-Westend verlegt worden. \diamond Der holländische Gelehrte Johannes von der Waals beendete am 23. November 1917 das 80. Lebensjahr. Er hat sich besonders durch die Darstellung der Zustandsgleichung für Gase einen Ruf erworben. \diamond An der Universität Münster habilitierte sich Wilhelm Glund für Chemie.

Literatur Von der in dieser Rundschau (1917 I, Seite 44) bereits angezeigten Schrift

Erwin Freundlich's Die Grundlagen der Einsteinschen Gravitationstheorie /Berlin, Springer/ ist bereits so kurze Zeit nach Erscheinen eine 2. Auflage notwendig geworden. Dieser hat Freundlich ein einleitendes Kapitel über die spezielle Relativitätstheorie vorangestellt, die sich auf gleichförmig gradlinig zu einander bewegte Systeme beschränkt. Er betont nachdrücklich, daß die spezielle Relativitätstheorie zufolge der allgemeinen keineswegs hat aufgegeben werden müssen sondern ganz organisch mit der allgemeinen verwachsen ist, von der sie nur einen idealisierten Spezialfall bildet. \diamond Auch Albert Einstein selbst hat eine neue Darstellung seiner Theorie erscheinen lassen (Über die spezielle und die allgemeine Relativitätstheorie /Braunschweig, Vieweg/). Er versucht in ihr eine möglichst exakte Einsicht in die Relativitätstheorie auch für alle diejenigen zu geben, die den mathematischen Apparat der theoretischen Physik nicht beherrschen. Das Büchlein setzt etwa die mathematischen Kenntnisse des Abiturientenexamins und außerdem, wie Einstein betont, trotz seiner Kürze Geduld und Willenskraft beim Leser voraus. Wer diese aufbringt, wird durch reiche Anregungen belohnt werden.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Wagner Bald nach Schmoller hat der Tod auch seinen langjährigen Kollegen an der Berliner Universität Adolph Wagner, der jahrzehntelang mit ihm zusammen der markanteste Repräsentant akademischer Nationalökonomie in Preußen war, abberufen. Wagner wurde 1835 in Erlangen geboren. Er studierte in Göttingen und Heidelberg die Rechte, dann Statistik und Nationalökonomie. 1857 erhielt er eine Professur an der damals neu gegründeten Wiener Handelsakademie, darauf in Dorpat und Freiburg, bis er 1870 nach Berlin berufen wurde. Wie Schmoller, zu dessen abwägender Bedenklichkeit sein eigenes streibar-feuriges Temperament in schärfstem Gegensatz stand, war er ein Führer in dem Kampf gegen die vom frühern Liberalismus vertretene Manchesterdoktrin, wie dieser ein Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik und großer Bewunderer der Bismarckschen Politik. Marx, dessen revolutionärer Geist dem preußischen Konservatismus Wagners ebenso zuwiderlief wie ihm das Organ für das Verständnis von dessen theoretischer Größe fehlte, blieb ohne jeden wesentlichen Einfluß auf seine geistige Entwicklung. Um so stärker zogen ihn der rein akademische, aus aller Verbindung mit dem Klassenkampf herausgelöste Rodbertussche Sozialismus und die unter dem Schlagwort von dem sozialen Königtum segelnde christlichsoziale Bewegung an. Er wurde Mitglied und dann zweiter Vorsitzender der Stöckerschen Partei, erhielt von dieser 1882 ein Mandat zum Abgeordnetenhaus, wo er sich ebenso wie Stöcker den Konservativen anschloß. Ganz wohl dürfte er mit seiner selbstlosen, von ehrlicher Überzeugung getragenen Sinnesart sich in diesen Kreisen kaum gefühlt haben. Diese wiederum werden in ihm einen nicht sehr zuverlässigen Outsider gesehen haben, der ein Grundverdienst: den schuldigen Respekt vor dem Portemonnaie der Besitzenden, vermissen ließ. In seinen Reden und Schriften gab es empfindlich radikale Äußerungen über die Grenzen, bis zu denen die Besteuerung der Reichen zu gehen hätte. Ein gewisser Grad von Opferwilligkeit galt ihm als selbstverständliche Ehrenpflicht von Parteien, die sich selbst staatsbehaltend nennen. Unter den zahlreichen Enttäuschungen, die er in dieser Hinsicht erlebt haben mag, ist eine allgemein bekannt. Als er zur

Zeit der Kämpfe um die Erbschaftssteuer es sich einfallen ließ einer Versammlung der Wirtschafts- und Steuerreformer das Gewissen schärfen zu wollen, wurde er von tobend rüdem Lärmen unterbrochen.

Wagner besaß eine erstaunliche Gabe optimistisch verklärenden Idealismus. Als bezeichnendes Beispiel, wie weit er in seiner Anhänglichkeit an lieb gewordene Fiktionen gehen konnte, ist mir eine Unterredung (der Erinnerung geblieben, in der er mir (es war zur Zeit des Sozialistengesetzes) auf meine Frage, ob ein ausgesprochener Marxist nicht von einer ökonomischen Dozentur an den Universitäten von vornherein ausgeschlossen sei, das Bestehen eines solchen Boykotts allen Ernstes bestritt. Das in seinen Augen mit allen Tugenden geschmückte Preußen konnte unmöglich gegen den Grundsatz akademisch-wissenschaftlicher Freiheit verstoßen. Mit Schmollers und Treitschkes Vorlesungen waren die seinigen die besuchtesten. Die Kreuzung preußisch-konservativer Ideologie mit einem starken Einschlag kathedersozialistischer Tendenzen gab ihm bei der vorherrschenden Stimmung des damaligen Studententums, das bei aller Machtaanbetung doch für Sozialreform im allgemeinen schwärmte, die Möglichkeit weithin nach links und rechts zu wirken. Reaktionäre Elemente, wie solche, die ihre weitere Entwicklung zur Sozialdemokratie führte, haben in ihren jungen Jahren von ihm Anregungen erhalten und eine dankbare Erinnerung daran bewahrt. Das spiegelte sich auch in den Nachrufen der Blätter wider.

Seine Gelehrtenarbeit richtete sich in erster Reihe auf finanzwissenschaftliche Untersuchungen. Gegenüber den Einseitigkeiten der sogenannten historischen Schule unter Schmoller, die in ihrem starrköpfigen Empirismus von einer Theorie der modernen Volkswirtschaft überhaupt nichts wissen wollte, hat Wagner das Recht und die Notwendigkeit der theoretischen Forschung stets betont und auf die Leistungen der Klassiker in dieser Hinsicht hingewiesen, was damals sicher ein Verdienst war. Doch sollte man dies auch nicht übertreiben. Ihn leitete dabei wohl mehr ein richtiges Gefühl als klare Einsicht in die Probleme und Methoden der theoretisch-ökonomischen Forschung selbst. Sein Lehrbuch der politischen Ökonomie, in dem er seine eigene theoretische Auffassung darlegen will, trägt eklektisches Gepräge und findet nirgends neue Wege.

Soziologie Ein Bändchen Georg Simmels in der Sammlung Göschen, das den Titel Grundfragen der Soziologie (Individuum und Gesellschaft) führt, regt zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit des Verfassers hier und in anderen Schriften (so in seinem größern Werk über Soziologie) vertretenen Auffassung von den Aufgaben dieser Wissenschaft an.

Alle Anlagen und Kräfte, die Natur der Menschengattung mitgegeben, kommen nur im Zusammenleben im Rahmen von Gesellschaften zur Entwicklung. Schon die Unterhaltsbeschaffung wie die Aufzucht von Kindern, die primäre Voraussetzung für die physische Erhaltung des Geschlechts, sind ohne Formen des Zusammenschlusses nicht zu denken. Und dieses zwingende Bedürfnis in Gesellschaften zu leben hat andererseits sein Korrelat in einem, wie Kant es ausdrückt, »ungeselligen Hang« der menschlichen Natur; einem Hang, der, im Gegensatz und Widerstreit mit anderen Gliedern der Gesellschaft, den eigenen Willen durchzusetzen, sich einen Vorrang, Auszeichnung und Macht zu sichern strebt und so durch die Entfesselung der egoistischen Energieen die wesentlichste Triebkraft einer sozialen Entwicklung bildet, die schweres Leiden über das Geschlecht verhängt und dennoch, im Lauf der Jahrhunderte eine aufwärts führende Richtung zeigend, als fernes Ziel die Verwirklichung einer gerechten, freien, allen die Entfaltung ihrer Anlagen ermöglichenden Gesellschaftsordnung sowie einen dauernden Friedenszustand im Verhältnis der Staaten zu einander erhoffen läßt.

Wie die Geschichtsschreibung in erster Reihe immer die politische Staatengeschichte zu ihrem Gegenstand hatte, sieht auch Kant, der dem in der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts aufsteigenden Gedanken einer sozialkulturellen Höherentwicklung die tiefste und prägnanteste Formulierung gegeben hat, im Staat, und zwar vor allem in den Fortschritten seiner Rechtsordnung, den Angelpunkt, um den sich jede Philosophie der Geschichte und damit der sozialen Fortschrittsmöglichkeit bewegen muß. Die eminente Bedeutung, die der ökonomische Prozeß (der innerhalb der durch die Staatsmacht garantierten Rechtsordnung die materielle Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaftsmitglieder vermittelt und die Bedingungen und Antriebe zu immer weiterer Steigerung

der Produktivkraft der Arbeit erzeugt) für die Fortentwicklung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, insbesondere auch für die Fortentwicklung der staatlich garantierten Rechtsordnung, gewinnen muß, tritt für Kant, der seine Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht vor der französischen Revolution, in dem ständisch-absolutistischen, ökonomisch rückständigen Preußen schrieb, noch in den Hintergrund. Der Hinweis auf dieses tieferliegende ökonomische Moment, auf die Kämpfe und die gewaltigen kulturellen Entwicklungskräfte, die es in seinem Schoß trägt, findet seine volle Ausprägung erst mehr als ein halbes Jahrhundert später im Zusammenhang mit der beginnenden proletarisch-sozialistischen Bewegung, im Kommunistischen Manifest. Ein revolutionärer Aufruf von vorher nie erlebter Kraft, stellt dieses Manifest zugleich der ideologischen Geschichtsauffassung, wie sie in der nachkantischen deutschen Philosophie vor allem durch Hegel repräsentiert wurde, eine soziale Entwicklungslehre gegenüber, die in der Ökonomie und der ökonomischen Klassengliederung, den Klasseninteressen und -kämpfen das richtunggebende und primär treibende Moment der sozialen Evolution erblickt, und die von diesem Standpunkt aus den Übergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Ordnung als unausweichliche Notwendigkeit begründen will. Die prinzipielle Formulierung, die Marx dieser seiner soziologischen Grundkonzeption dann später im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie gegeben, besitzt für das Streben soziologisch dem Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung näher auf die Spur zu kommen eine ähnliche Bedeutung wie sie seiner im Kapital entwickelten Werttheorie für die Erforschung der kapitalistische Volkswirtschaft regulierenden Gesetze zukommt. Gewiß nicht in dem Sinn, daß diese beiden großen Leistungen schon eine definitive Lösung böten. Bei aller Bewunderung für die geniale Kühnheit des Entwurfs wird hier wie dort eine nähere Zergliederung die Unzulänglichkeit gewisser Generalisationen, ja das Vorhandensein von Widersprüchen nicht bestreiten können. Aber der Wille zu einheitlich systematischem Begreifen sozialer Erscheinungsreihen vorzudringen hat sich hier ein Denkmal gesetzt, dessen Größe immer weiter anspornend und befeuernd wirken wird. Jedes Fortschreiten auf dem Gebiet sozialer Erkenntnis,

das gleichzeitig den Trieb nach wissenschaftlich systematischer Zusammenfassung der Einzelergebnisse befriedigen will, wird, ob ausgesprochen oder nicht, direkt oder indirekt zugleich auch eine Auseinandersetzung mit dem Marxschen Standpunkt enthalten und sich auf diesen kritisch irgendwie zurückbeziehen müssen. Wie die Philosophie in diesem Sinn nicht um Kant, kommen auch Soziologie und theoretische Ökonomie nicht um Marx herum.

Sowenig sich aus den verschiedenen Seiten des sozialen Lebens eine herauslösen läßt, die allein aktiv und wirkend durch ihre originäre Bewegung die anderen rein aus sich bestimmen kann, und so entschieden gewisse Sätze jener Marxschen Formulierung, die der Ökonomie für die Gesamtheit des sozialen Lebens eine solche Rolle zuzusprechen scheinen, der Korrektur bedürfen, so wichtig für das soziologische Begreifen der Wechselwirkung, in der alle Sphären zu einander stehen, ist jene allergemeinste, in Marx' Geschichtsauffassung mitenthaltene Reflexion: das die vorstaatlichen und staatlichen Gebilde (Stämme und Staaten), von deren friedlichen und kriegerischen Beziehungen, deren Aufstieg, Verschmelzung, Wachstum und Zerfall die politische Geschichte handelt, bei aller sonstigen Verschiedenheit Gebilde sind, deren gesellschaftlicher Lebensprozeß zugleich immer die Form eines Prozesses besitzen muß, in dem die Existenz der einbezogenen Individuen durch irgendeine Organisation der materiellen Güterproduktion und Verteilung wie andererseits der Fortpflanzung und Kinderaufzucht vermittelt sein muß; und daß bei allen Einwirkungen, den diese, von vornherein den Keim zur Ausbildung von Eigentumsverhältnissen in sich tragende ökonomische und Familienorganisation von der politischen Lebenssphäre (Kriegen, Eroberungen usw.) empfangen mag, doch andererseits die Bewegung der ökonomischen Struktur (namentlich, wenn sich die Produktion aus den engen Schranken naturalwirtschaftlicher, für den Eigenbedarf produzierender Verbände in wachsendem Umfang zur Warenproduktion entfaltet hat und so am Ende ein allumfassender, auf gesellschaftlicher Arbeitsteilung beruhender volkswirtschaftlicher Gesamtprozeß entstanden ist, der die Möglichkeiten zu unbegrenzter Potenzierung der Produktivkraft menschlicher Arbeit bietet) eine spezifische Eigengesetzlichkeit besitzt; eine Eigengesetzlichkeit, deren Erkennt-

nis grundlegende Bedeutung für jedes tiefere Verständnis des gesamten gesellschaftlichen Lebensprozesses hat und allererst die Basis bietet, von der die politischen Parteien, ihre Kämpfe und die in der weitem Fortbildung der staatlichen Rechtsordnung zum Ausdruck kommenden Tendenzen sich prinzipiell erfassen lassen.

Soziologie ist nur als eine Wissenschaft von dem Bau, von der Selbsterhaltung und der Entwicklung sozialer Körper, die sich zunächst in ihrer allgemeinsten Form und ihrem Gegensatz zu einander als Staaten (respektive als Stämme) präsentieren, möglich. Einen allgemeinsten Leitfaden, der bei diesem weit gespannten Untersuchungsfeld Orientierungspunkte und Richtlinien zu bieten vermag, wird sie aber nur im Anschluß an jenen allgemeinsten Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung, der sich aus der dogmatischen Hülle ablösen läßt, gewinnen können. Wohl in diesem Sinn sprach Engels von ihr als von einer »heuristischen Methode«.

Die prinzipielle Bedeutung dieses Leitfadens, der seine soziologische Fruchtbarkeit insbesondere in der neuen Sozialgeschichte, der Entwicklungsperiode des Kapitalismus, zu zeigen hätte (Sombarts jetzt in neuer Auflage erscheinender Moderner Kapitalismus gibt davon eine Probe) wird durch den Ausblick auf jene philosophische Idee einer allmählich der Realisierung gewisser höchster Ziele zustrebenden Gesellschaftsentwicklung in einem andern Sinn noch bestätigt. Die Hoffnung eines solchen Zieles, für das Kant in seiner Zeit nach Zeichen suchte, schöpft heute aus den Klassenkämpfen, die die Entwicklung der Ökonomie erzeugt, aus dem, wenn auch vorerst noch langsamen Vormarsch einer sozialen Demokratie, die in und durch die ökonomische Ordnung selber ihre Forderungen verwirklichen will, unvergleichlich festere Stützen ihrer Zuversicht. Indem die Soziologie bei der Erforschung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses dessen Beziehung speziell zu dem in ihm eingeschlossenen ökonomischen Prozeß als einen leitenden Gesichtspunkt der Betrachtung hervorhebt, rückt sie damit gleichzeitig eben den Gesichtspunkt in den Vordergrund, in dem die Perspektive auf ein vernünftiges Endziel der Entwicklung für unser Denken am sichersten verankert ist. Gewinnt sie, auf realer Basis ruhend, einen Anschluß an das, was Kant als eine Phi-

losophie der Geschichte vorgeschwebt, so kann sie, den ökonomischen Tendenzen nachspürend, den abstrakten Umriß jener Kantischen Idee mit wesentlich konkreterem Gehalt erfüllen.

Mag die hier angedeutete Ansicht von den Aufgaben der Soziologie auch in mancherlei Hinsicht von dem gewohnten Sinn, in dem das Wort der Regel nach gebraucht wird, abweichen, jedenfalls bleibt sie ihm, scheint mir, um vieles näher als das, was Simmel als Soziologie bezeichnet. Das Simmelsche Büchlein ist in jener, dem Verfasser eigentümlichen, geistvoll spielerischen, zugleich subtil gewundenen Ausdrucksweise geschrieben, die dem Durchschnittsleser, wenn nicht schon das Verständnis der Gedanken, so doch jedenfalls deren genauere kritische Kontrolle aufs äußerste erschwert. Die Überfülle springender Analogieen zerstreut den Blick, der keine festen Richtungslinien sieht, noch mehr. Vielleicht mit formellem Recht, aber ohne damit zu einem fruchtbaren Gesichtspunkt zu gelangen, erweitert Simmel den Gesellschaftsbegriff in einem Maß, daß sich jede noch so gleichgültige und momentane Art menschlicher Gegenseitigkeitsbeziehungen darunter subsumieren läßt. Jede seelische Wechselwirkung zwischen Individuen, erklärt er, sei bereits »Gesellschaft«, und er scheut sich nicht die Folgerung zu ziehen, daß »zwei Personen, die sich flüchtig anblicken oder sich an einer Billettkasse gegenseitig drängen«, damit auch schon in einer, wenn auch noch so flüchtigen Vergesellschaftung stehen. Eine Höhe der Abstraktion, von der herab er es dann als »oberflächliches Haften am Sprachgebrauch« tadelt, wenn man »die Benennung als Gesellschaft nur der dauernden Wechselbeziehung vorbehalten will, nur derjenigen, die sich zu einem bezeichnenbaren Eigengebilde objektiviert hat, zu Staat und Familie, Zünften und Kirchen, Klassen und Zweckverbänden usw.«. Sowenig ohne solche tiefwurzelnde und feste, die Menschen an einander bindende Beziehungen eine entwickelte Gesellschaft existiere, so wenig könne man ohne das kaleidoskopische Gewirre all der alltäglich wechselnden, ganz flüchtigen Beziehungen sich ein gesellschaftliches Dasein denken. Das mag ja sein. Nur bleibt es unverständlich, was diese Reflexion für eine nähere Bestimmung der Aufgaben, die Soziologie als Wissenschaft sich stellen muß, denn leisten soll. Neben die die gewöhnliche Staatengeschichte durch Untersuchung

und Vergleichung der innerstaatlichen Struktur des gesellschaftlichen Lebensprozesses ergänzende, speziell auch in die vorstaatlichen Zustände hineinleuchtende Soziologie möchte Simmel, auf solche Erwägungen gestützt, eine »Gesellschaftswissenschaft im engsten und eigentlichsten Sinne« setzen, eine »reine Soziologie«, die, da Gesellschaft überall letztthin seelische Wechselwirkung von Individuen und jede mögliche Art solcher Wechselwirkung sei, die Form all dieser möglichen Wechselwirkungen zu beschreiben hat. Eine offenbar chimärische Inangriffnahme auf absehbare Zeit alle Handhaben fehlen, und die, eine Art von angewandter Psychologie, um nicht in lauter Binsenwahrheiten hinauszulaufen, im besten Fall ein abstraktes Spiel von witzigen Analogieen und Aphorismen wenden könnte. Das Kapitel über die Geselligkeit, das als »Beispiel der reinen oder formalen Soziologie« dienen soll, bestätigt das. Es liegt darin ebenso wie in dem Schlußabschnitt über Individuum und Gesellschaft in den Lebensanschauungen des 18. und 19. Jahrhunderts bei allem Anfechtbaren gewiß viel Geist. Man könnte ihn indes viel unbefangener genießen, wenn er nicht die Präention erheben würde der soziologischen Betrachtungsweise neue Bahnen vorzuzeichnen.

Totenliste Am 8. November ist Adolph Wagner im Alter von 82 Jahren in Berlin gestorben. Vor 2 Jahren war er von seinem Lehramt an der Berliner Universität, das er 47 Jahre lang innehatte, zurückgetreten. Ende November starb der vielgenannte soziologische Schriftsteller und Professor an der Pariser Sorbonne Emile Durkheim, noch nicht 60 Jahre alt. Mit der Wissenschaft Deutschlands vielfach nahe vertraut, gründete er mit Georg Simmel zusammen 1898 die Zeitschrift *L'Année Sociologique*, die er später allein fortsetzte. Sein besonderes Interesse wandte sich den Grundproblemen und allgemeinen Methodenfragen der Soziologie zu, worüber seine Bücher *La division du travail social* und *Les règles de la méthode sociologique* handeln. Er betonte vor allem, daß die Erscheinungen, mit denen es die Soziologie zu tun hat, als soziale Kollektiverscheinungen nicht aus der Einzelpsychologie der die Gruppen zusammensetzenden Individuen ableitbar seien, daß vielmehr Bewußtsein und Verhalten der Gruppen einer spe-

ziellen Eigengesetzlichkeit unterliege; doch ohne daß es ihm gelungen wäre von einer solchen Konstatierung aus zu neuen Einsichten zu gelangen. Zu dem Marx'schen Denken ist er niemals in irgendeine nähere Beziehung getreten.

Kurze Chronik In Berlin hat sich eine Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts gebildet, mit der Absicht ein Ungarisches Institut in Verbindung mit der Berliner Universität zu gründen. ◊ In Frankfurt am Main wurde ein Verein Wissenschaftliches Institut für die Kultur und Wirtschaft des modernen Orients begründet, der in Verbindung mit der Universität ein Orientinstitut errichten will. ◊ Der Ordinarius der Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt Ludwig Pohle folgt einem Ruf nach Leipzig auf den durch den Rücktritt Karl Büchers erledigten Lehrstuhl für Nationalökonomie. ◊ Der Staatssekretär Elemer Hantos habilitierte sich an der Universität Budapest für Nationalökonomie.

Hygiene / Adolf Kraft

Reichsamt für Die Tatsache, daß nicht Volks-gesundheit allein in Deutschland sondern auch in anderen Staaten in den leitenden Amtsstellen das juristische Element überwiegt, und zwar auch dort, wo es auf Kenntnisse in anderen Fächern ankommt, macht sich auch auf dem Gebiet der Volksgesundheitspflege und der sozialen Fürsorge in unangenehmer Weise bemerkbar. Schon längst wurde deshalb von den Vertretern der praktischen Wissenschaften die Forderung einer der Bedeutung ihres jeweiligen Berufs angemessenen Stellung im Beamtenorganismus erhoben. Auch von den Ärzten ist sie gestellt worden; sie verlangten insbesondere die Leitung in allen Behörden und Dienststellen, die für das Gesundheitswesen zu sorgen haben. Die Bedeutung der Gesundheitspflege und sozialen Fürsorge für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Volkes, vor allem auch nach dem Krieg, leiht dieser Forderung der Mediziner und Hygieniker besondern Nachdruck. Unter dem Einfluß der Kriegserfahrungen schritt Österreich zur Errichtung eines besondern Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge, ausgehend von der Erwägung, daß diese beiden Gebiete eng mit einander verflochten seien. Die Leitung des Ministeriums für Volksgesundheit wurde dem Profes-

sor für medizinische Chemie und Vorstand des Medizinisch-Chemischen Instituts in Prag J. Horbaczewski, also einem Fachmann, übertragen.

In Deutschland wird die organisatorische Ausgestaltung dieser beiden Tätigkeitsgebiete den innerstaatlichen Verhältnissen angepaßt werden müssen. Das Reich besitzt ja keine Reichsministerien sondern als Leiter der einzelnen Reichsämtler nur dem Reichskanzler unterstellte Staatssekretäre. Dem Staatssekretariat des Innern ist nun das Medizinal- und Veterinärwesen zugeteilt. Das Kaiserliche Gesundheitsamt stellt die technisch beratende Instanz in Medizinal- und Veterinärangelegenheiten dar. Seine Aufgabe ist es das Reichskanzleramt sowohl in der Ausübung des ihm verfassungsmäßig zustehenden Aufsichtsrechts über die Ausführung der in den Kreis der Medizinal- und Veterinärpolizei fallenden Maßregeln als auch in der Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiet in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung zu unterstützen, zu diesem Zweck von den hierfür in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Einrichtungen Kenntnis zu nehmen, die Wirkungen der im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege ergriffenen Maßnahmen zu beobachten und in geeigneten Fällen den Staats- und Gemeindebehörden Auskunft zu erteilen, die Entwicklung der Medizinalgesetzgebung in außereuropäischen Ländern zu verfolgen sowie eine genügende medizinische Statistik für Deutschland herzustellen. Das Gesundheitsamt soll also ein Vermittlungsorgan zwischen dem öffentlichen Leben und der Wissenschaft sein, es soll bei den nötigen hygienischen Vorarbeiten für Gesetze und Verordnungen mitwirken; aber ein eigentliches Initiativrecht besitzt es nicht. Sein Personalstand setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, 4 Direktoren (darunter 2 Ärzte), 20 ordentlichen, voll besoldeten Mitgliedern (darunter 11 Ärzte), 14 fest angestellten Mitarbeitern mit einer wechselnden Zahl von technischen Hilfsarbeitern. Es ist nun interessant, daß das Präsidium in den Händen eines Juristen, nicht eines medizinischen Fachmanns, liegt. In Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt wurde auf Grund des Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 ein Reichsgesundheitsrat gebildet, dessen Mitglieder vom Bundesrat gewählt werden. Er hat das Kaiserliche Gesundheitsamt in der Erfüllung seiner

Aufgaben zu unterstützen. Seine Mitglieder sind teils hochstehende Medizinalbeamte der einzelnen Bundesstaaten teils hervorragende Vertreter der in Betracht kommenden wissenschaftlichen, technischen und Verwaltungsgebiete; Vorsitzender ist der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts, also ein Jurist.

Im Sinn der Arbeitsteilung gliedert sich das Reichsgesundheitsamt in mehrere Ausschüsse: 1. für Gesundheitswesen im allgemeinen (Wohnung, Heizung, Lüftung, Beleuchtung, Bekleidung, Schule, Bäder, Bestattungswesen), 2. für Ernährungswesen, 3. für Wasserversorgung und Beseitigung der Abfallstoffe einschließlich der Reinhaltung der Gewässer, 4. für Gewerbehygiene, 5. für Seuchenbekämpfung einschließlich Desinfektion, 6. für Heilwesen im allgemeinen, 7. für Heilmittel einschließlich des Verkehrs mit Giften, 8. für Schiffs- und Tropenhygiene, 9. für Veterinärwesen. Außerdem bestehen Unterausschüsse für Wohnungswesen, Nahrungsmittelchemie, Wasserversorgung, Beseitigung der Abfallstoffe, Gewerbehygiene, Pocken- und Impfwesen, Pest, Desinfektion, Tuberkulosebekämpfung, Unterleibstypus, Cholera, für das Arzneibuch und für die Arzneitaxe. Im Kaiserlichen Gesundheitsamt und im Reichsgesundheitsrat werden also alle Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege sehr eingehend berücksichtigt. Dennoch ist die Klage der Ärzte berechtigt, daß die öffentliche Gesundheitspflege nicht einer selbständigen Staatsbehörde unter Leitung eines medizinisch und hygienisch gebildeten Fachmanns unterstellt ist.

Schwalbe und Spaet, die in der Deutschen und der Münchener Medizinischen Wochenschrift im Oktober 1917 Stellung zu der Frage nahmen, wünschen eine Neuregelung sowohl im Interesse der Entlastung des Reichsamts des Innern als auch einer kräftigern Initiative auf dem Gebiet der Gesundheitspflege und öffentlichen Fürsorge. Ein Amt wie das Reichsamt des Innern, das sich mit den verschiedensten, durchaus nicht immer in sachlichem Konnex mit einander stehenden Angelegenheiten zu befassen habe, könne nicht überall schöpferisch tätig sein; das habe sich im Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege im Reich nachteilig geltend gemacht. Infolge des Krieges würden nun noch erhöhte Anforderungen an das Gesundheitsamt gestellt; so erinnert Schwalbe an den ganzen Komplex der Bevölkerungspolitik, wie

an die Bekämpfung der Volkskrankheiten (Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten), der Säuglingsterblichkeit, des Geburtenrückgangs usw. Diesen erhöhten Anforderungen genüge die Organisation der Reichsbehörden nicht. Nach Artikel 4 der Verfassung hat das Reich das Recht zur gesetzgeberischen Ausgestaltung der Medizinal- und Veterinärpolizei. Von der Befugnis sei nur verhältnismäßig geringer Gebrauch gemacht worden. Es beständen das Impfgesetz, Nahrungsmittelgesetz, das Gesetz betreffend Schlachtvieh- und Fleischbeschau und das Seuchengesetz. Dazu komme auf Grund der Gewerbeordnung die Regelung der Ausübung der Heilkunde (Freizügigkeit der Ärzte, Kurierfreiheit, Prüfungsvorschriften für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker usw.). Weitere gesetzgeberische Arbeiten lägen nicht vor. Und doch harreten viele der Erledigung, so die obligatorische Leichenschau, die Apothekenreform, die Irrenpflege, die Wohnungshygiene, die Organisation des ärztlichen Standes, die Bekämpfung noch anderer Volksseuchen, die Regelung der Prostitution, die Verfolgung des Geheimmittelschwindels und andere wichtige Aufgaben gesetzgeberischer Tätigkeit.

Der Mangel einer ausreichenden Zentralinstanz für öffentliche Gesundheitspflege in der Reichsregierung wird durch das Bestehen des Kaiserlichen Gesundheitsamts nicht behoben. Denn dieses besitzt weder Exekutivgewalt noch auch nur die Möglichkeit selbständiger Initiative. Nichts kennzeichnet seine Stellung besser als die Tatsache, daß Landesregierungen nicht selten seine Mitwirkung, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Seuchen, ablehnen. Die Initiative der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums des Innern, so anerkennenswert sie ist, ersetzt ebenfalls nicht ein selbständig tätiges Ministerium für Gesundheitspflege: denn das Übergewicht der preussischen Medizinalverwaltung ist geeignet partikularistische Interessen zu stärken, und das gerade sollte um der Sache willen verhütet werden. Aus allen diesen Erwägungen heraus hat der Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereinsbundes ein selbständiges Reichsamt für Volksgesundheit gefordert, an dessen Spitze ein Arzt stehen solle, und in dem Ärzten allenthalben Sitz und Stimme in ausreichendem Maß eingeräumt werde. An Aufgaben wird es diesem Amt nicht fehlen. Über die Sozialversicherung hinaus muß

eine zielklare Bevölkerungspolitik durchgesetzt werden, die sich auf Säuglings- und Jugendschutz, Wohnungsfürsorge, Siedelungswesen, Seuchen- und Sterblichkeitsbekämpfung, Eindämmung des Alkoholismus, der Prostitution, Verbrechenverhütung, Armen- und Irrenpflege, auf Unterdrückung der Schund- und Schmutzliteratur und anderes zum Zweck der Erhaltung eines körperlich und geistig gesunden, arbeits- und genußfähigen Volkes erstreckt.

Diese Forderung der Ärzte findet auch in anderen Kreisen Anklang. So schlägt der Oberverwaltungsgerichtsrat Lindemann, der sich durch seine Tätigkeit im preussischen Ministerium des Innern und namentlich bei der Abteilung für Gesundheitspolizei im Berliner Polizeipräsidium den Ruf eines Sachverständigen erworben hat, in der Deutschen Juristenzeitung vor ein Reichswohlfahrtsamt zu begründen, unter Zuziehung der im Reichsamt des Innern vollständig fehlenden ärztlichen Kräfte.

Im Reichstag wurde denn auch am 5. Oktober 1917 ein Antrag angenommen ein Reichsamt für Wohlfahrtspflege zu schaffen, dem die Fragen der Sozial- und Bevölkerungspolitik, des Wohnungs- und Siedelungswesens, der Gesundheitspflege und anderes zur selbständigen Behandlung zu überweisen seien. Dieses Amt würde also den Charakter eines Amtes für Volksgesundheit und soziale Fürsorge erhalten und getrennt vom Reichsamt des Innern arbeiten. Vielleicht ließe sich gerade das Kaiserliche Gesundheitsamt zu einem solchen Reichsamt für Volksgesundheit und Wohlfahrt ausbauen und eine engere Verbindung mit den verwandten Ämtern, namentlich dem Reichsernährungsamt, herstellen. Bei einem Ausbau des Kaiserlichen Gesundheitsamts zu einem Reichsgesundheitsamt, wie Schwalbe ihn wünscht, müßte die Leitung unbedingt nach dem Abgang des gegenwärtigen vorzüglich qualifizierten Präsidenten einem ärztlichen Fachmann übertragen werden.

Jedenfalls dürfen wir hoffen, daß auch Deutschland über kurz oder lang, wie sein Partner Österreich, zu einem Reichsamt für Volksgesundheit kommt. Damit eröffnen sich schöne Aussichten für eine großzügige Sozialpolitik in der Zukunft.

Tuberkulose In Wien war in den letzten Jahrzehnten die Tuberkulose, wie fast überall, zurückgegangen. Seit dem Ausbruch des Krieges zeigt sich wieder eine Zunahme,

wie aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht:

Jahr	Anzahl der Fälle von	
	Tuberkulose	darunter Lungen-tuberkulose
1906	7480	5608
1913	6430	5015
1914	6223	4940
1915	7810	6260
1916	9651	7842

Die Kinder tuberkulose, die an dem Stillstand der Tuberkuloseerkrankungen vor dem Krieg ohnehin nicht beteiligt war, weist, wie Hans Kleinschmidt /Berlin/ feststellt, im Verlauf des Krieges eine erhebliche Zunahme auf. Auf Grund seiner Untersuchungen an tuberkulösen Kindern und ihrer Lebensverhältnisse kommt Kleinschmidt zu folgenden Schlüssen: Die Häufung der Kindertuberkulose infolge des Krieges ist außer auf die einseitige Kohlehydratnahrung auf eine vermehrte Infektionsgelegenheit zurückzuführen. Für die Infektion vom Menschen ergibt sich diese durch die kürzere oder längere Entfernung vieler Kinder aus dem elterlichen Hausstand, die verschlechterten Wohnungsverhältnisse und die Rückkehr von Männern, die im Heeresdienst an Tuberkulose erkrankt sind, in die Familie. Für die Infektion vom Tier sind die verminderte tierärztliche Kontrolle der Viehbestände und das vielfache Fehlen sachkundiger Stall-schweizer verantwortlich zu machen. Eine Besserung der Verhältnisse ist nach Kleinschmidts Ansicht nur durch eine energische Prophylaxe zu erreichen. Als prophylaktische Maßnahmen empfiehlt er die Aufklärung aller Lungentuberkulösen über die Art ihrer Erkrankung und die außerordentlich leichte Übertragbarkeit auf junge Kinder, die Warnung vor dem Genuß ungekochter Milch und die Zurückhaltung derjenigen, die im Feld schwer erkrankt sind, in Anstalten. Eine wirklich durchgreifende Besserung kann natürlich erst nach Beendigung des Krieges eintreten.

Totenliste

Am 17. September starb in Königsberg der Altmeister der deutschen Orthopädie Heinrich Hoeffmann im Alter von 66 Jahren. Er ist der Begründer der Deutschen Gesellschaft für orthopädische Chirurgie und hat sich namentlich um den Ausbau der Prothesenkunde sehr verdient gemacht. In Tübingen starb, 68 Jahre alt, August von Froriep, der ehemalige

Ordinarius für Anatomie, ein sehr beliebter und erfolgreicher Lehrer, bekannt durch Arbeiten über entwicklungs-geschichtliche Fragen, in letzter Zeit besonders durch seine Untersuchungen über den Schädel Schillers.

In Weimar starb Anfang November Alexander Langgaard. Er war in den siebziger Jahren Assistent am Berliner Pharmakologischen Institut unter Liebreich. Er wurde dann nach Tokio berufen, um dort ein Institut für Pharmakologie einzurichten und den pharmakologischen Unterricht zu organisieren. Später hatte er wieder bei Liebreich gearbeitet, mit dem zusammen er auch die Therapeutischen Monatshefte herausgab.

Der frühere Ordinarius der Gynäkologie an der Straßburger Universität Wilhelm Freund ist am 24. Dezember in seinem 84. Lebensjahr in Berlin gestorben. Er war einer der berühmtesten deutschen Frauenärzte und hat sich auf mancherlei Gebieten Verdienste erworben. Besonders auf dem der Krebsbehandlung; er führte 1878 die Methode der abdominalen Ausschälung der kreb-sigen Gebärmutter ein. Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind in den Klinischen Beiträgen zur Gynäkologie (deren Mitherausgeber er war) und in der Gynäkologischen Klinik veröffentlicht.

In Augsburg starb im Alter von 85 Jahren Ernst Troeltsch, ein um die ärztlichen Standesinteressen in Bayern hochverdienter Arzt.

Kurze Chronik Der Berliner Magistrat will eine städtische Fürsorge-stelle für ledige Schwangere errichten, die in Verbindung mit dem Vormundschaftsamt steht. Zweimal wöchentlich soll eine ärztliche Sprechstunde durch einen Spezialisten für Geburtshilfe abgehalten werden. Mit der ärztlichen soll auch eine juristische Sprechstunde verbunden werden. \diamond Die Stockholmer Arztgesellschaft bemüht sich eine medizingeschichtliche Sammlung zusammenzustellen, die später zu einem medizingeschichtlichen Museum erweitert werden soll. Sie hat bereits 3200 Stücke erworben. Die Erwerbungen des letzten Jahres stammen vorwiegend aus Garnison- und Flotten-lazaretten. \diamond Der Heidelberger Privatdozent Theodor Mollison ist zum ordentlichen Professor der Anthropologie in der Medizinischen Fakultät der Universität Breslau ernannt worden. \diamond In der Medizinischen Fakultät der Uni-

versität Marburg habilitierte sich Walther Vogt mit einer Antrittsvorlesung über die Selektionstheorie; in der der Universität Heidelberg der Assistent an der Kinderklinik Ernst Freudenberg.

Literatur Der 1. Jahrgang 1917 der Vierteljahrsschrift Sozialhygienische Mitteilungen, herausgegeben von der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene, legt Zeugnis davon ab, daß das Organ in gediegener Weise der Aussprache über sozialhygienische Fragen dienen will. Selbstverständlich werden in erster Linie Angelegenheiten des eigenen Landesgebiets besprochen; aber auch das weitere Vaterland wird nicht vergessen. Die von tüchtigen Mitarbeitern unterstützte Schrift verdient alle Beachtung.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

Sorge Im Deutschen Theater zu Berlin wurde als erste Veranstaltung des Jungen Deutschlands (weshalb wird ein historischer Name für ein Neues genommen?) des gefallenen Reinhard Sorge »dramatische Sendung« Der Bettler gegeben. Kein Schauspiel und Drama im herkömmlichen Sinn. Es löst absichtlich den geschlossenen Dramenbau in ein Szenengefüge von Realität und Unwirklichem auf, will nur mit dem Strahl aus der innern Brust das Leben an seinen Drehpunkten durchleuchten. Und so ist die Dichtung ein mit der Hingeblichkeit der Jugend in zum Teil wunderbaren Rhythmen vorgetragenes Bekenntnis der Sendung des Dichters zur seelischen Erlösung der Menschheit. Um ihn, der sich den Heiland eines erquickten Menschentums fühlt, öffnen sich über Szenen der Wüstheit und über trostverlassener Verzweiflung die Sterne. Alle Menschen und Dinge der Dichtung stehen in ihrem Licht, so zart sind ihre seelischen Beziehungen gestaltet: die Liebe des Dichters und des Mädchens, die nur durch das Kind des Geliebten rein ausgelöste Mütterlichkeit, das Ewige im Verhältnis von Vater und Sohn. Das Weben des Unvergänglichen in menschlichem Leben und menschlichen Verbundenheiten ist das eigentlich Ergreifende in Sorges Dichtung, ist tiefer lebendig geworden als sein Hauptthema, die Mission und Wallfahrt des Dichters, zu dem Sorge noch nicht den für künstlerisches Formen unbedingt

notwendigen Abstand gefunden hatte. Reinhardts Regie beging vielleicht den Fehler das Ganze ungekürzt zu spielen und die Aufnahmefähigkeit der Hörer durch das Übermaß des Lyrischen zu ermüden. Sonst war der Ton schön und bewegt in dem untrennbaren Gemisch von Geschehnis und Phantasieerlebnis; nur in der Szene der Leser spukten mir die raschelnden Zeitungen allzu laut, und der Hymnus der Flieger, feierlicher Todesnähe und inbrünstigen Aufschwungs voll, wirkte, schülerhaft deklamiert, als peinliches Theater. Den Dichter gab, gespenstisch abgezehrt und bleich, Ernst Deutsch, stammelnd vor ergriffener Ekstase: sicherlich eine starke Begabung, wo, wie hier, die Aufgabe seiner Persönlichkeit ganz entgegenkommt; aber man zweifelt bei ihm noch, ob er Künstlerschaft genug besitzt von sich selbst abstrahierend eine Rolle zu beherrschen und bewußt zu gestalten, ob er nur auf diesen einen Ton des Ekstatischen reagiert oder auch für ganz Andersartiges die Weise findet. Wegener schuf den noch im Wahnsinn genialen Vater des Dichters mit der ihm eigenen unvergleichlichen Gefühlsartigkeit und umrauscht von Jenseitigem; der Moment, wie der Kranke aus dem Frohlocken über eingebildete Gesundung und Tatkraft zum Bewußtsein der grauenhaften Einsamkeit seines Wahnsinns erwacht, ist dichterisch und schauspielerisch unvergänglich. Helene Thimig als das Mädchen ist von einem keuschen Heiligenschein umgeben; ihr stummer Aufblick, die zitternde Stimme sind von einer in Schmerz und Glück bis zur Selbstauflösung großen Hingabe. Prachtvoll war Jannings als überaus fleischlicher Mäzen.

Dehmel Von stärkster Eindruckskraft ist Richard Dehmels Schauspiel Die Menschenfreunde, das in Berlin, im Lessingtheater, gespielt wurde. Es hat alle Merkmale Dehmelscher Kunst: das wuchtige Pathos in der Anklage wie im überzeugten Hinweis zum Echten, gestützt von einer im Gefühl wurzelnden starken Gedanklichkeit, aus der dem Stück ein in Spiralen straff getürmter Aufbau kommt, die allerdings oft auch zu abstrakter Reflektion wird und rückwirkend das unmittelbare Ausströmen des Gefühls hemmt, dem sie doch entstammt. In dem Seelenzweikampf zweier Menschen, des einen, der wohl kaum tatsächlich, sicher jedoch mit der Rich-

tung des Willens gemordet hat, und des andern, der nur nach dem konkreten Bestand, nicht nach der seelischen Tat fragt, wird offenbart, daß die Handlung nichts, der Wille allein das Entscheidende ist. Weil Christian Wachs Streben zur Menschheitsbeglückung nicht rein-gerichtet aus liebendem Zusammengehören, sondern aus von Egoisten nicht freier Theoretik entsprang, wurde das Mittel zur Erreichung des Ziels unrein. Und weil dadurch die Seele befleckt ist, wird auch das Ziel selbst entwertet, das Ideal, die Menschenliebe, unfruchtbar. Denn nur der liebende Zusammenhang mit dem einzelnen ist der Lebensodem jedes Wollens zum Ganzen und berechtigt allein auch zum reinen Opfer eben dieses einzelnen im Dienst des übergeordneten Gesamten. Aus der Erkenntnis zur Güte, in Gewissensleiden erungen, kämpft Christian Wachs, freilich vergebens, darum: seinen Gegner vom gefühllosen Tatsachenglauben weg an das Ausschlaggeben der Gesinnung gläubig zu machen und so ihn zur Güte zu führen. Im Lessingtheater war Bassermann als Wachs ergreifend mit den fahlen, von Reucqual zerfressenen Zügen, der asketischen, selbstquälerisch-verschlossenen Haltung, dem zerbrochenen, doch gegen die Scheinphilanthropen schneidend geschwellten Stimmton; am erschütterndsten im aufschluchzenden Zusammenbrechen des letzten Aktes. Neben ihm war Ilka Grünings Krankenschwester mildeste Mütterlichkeit eines unbeirrbar gütig weisen Herzens. Von den Vertretern des stumpfen Scheinmenschentums der Ordnungsgesellschaft gab Licho ausgezeichnet die joviale Gleichgültigkeit eines schwätzenden Sanitätsrats.

Hauptmann In Gerhart Hauptmanns von Selma Lagerlöfs Erzählung *Herrn Arnes Schatz* angeregtem Versdrama *Winterballede*, das kurz zuvor im Deutschen Theater aufgeführt wurde, geschieht es, daß ein Mensch, sich selbst richtend, durch die bloße Kraft seines Willens stirbt, um die Sünde in sich auszulösen, und so das Schicksal erfüllt, daß dem irdischen Rächer die Rache entschwindet. Dieser Mörder Sir Archie ist mit Hauptmanns innerlichstem Sehen gestaltet. (Wie töricht und schematisch war die Presse, die übereinstimmend von einer Entlehnung aus Lagerlöf sprach und so an dem Wesentlichen vorbeiging.) Reinhardts Aufführung war in aller Schönheit der Bühnenbilder (das

nächtige Schiff lag von Winterzauber umgossen) schlicht und eindringlich. Wegeners Natur ist die Gestalt Sir Archie besonders nahe, Werner Krauß gab den für den Mord an Kind und Eltern Vergeltung dürstenden Pfarrer Arnesohn gewaltig und unbändig. Helene Thimig enthüllte als aus der Mordnacht einzig gerettete Elsalil eine Meisterschaft der Charakteristik in ihrem zwingend-starken, stummen Ausdruck von Entsetzen, Seelenkrampf und Bessenseheit. Ich habe kaum je eine vom Erleben so bis zum äußersten angespannte Mimik des Gesichts und der Gebärde gesehen. Die kurze Szene der von Sir Archie gemordeten und geliebten Jungfrau Berghild erfüllte die schimmernd blonde Marija Leiko mit packendem Temperament. Diegelmanns alter Arne freilich war mehr behaglich und polternd als herrscherisch und gebrochen zornmütig.

Essig Über Hermann Essig ist hier (in diesem Band, Seite 34 ff.) von Adolf Rebne das Nötigste gesagt worden. Nachdem endlich in Berlin aus der Fülle seiner Werke zwei Stücke aufgeführt worden sind, sind sie von der Kritik abgelehnt worden. In seiner Komödie *Pastor Rindfleisch*, aus Zensurrücksichten zu ihrem Schaden in einen harmlosen Kuhhandel mit einem Hauptlehrer an Stelle des Pastors verwandelt, sieht aus Schalksaugen eine zart-gütige Freude über das menschliche Kunterbunt hervor. Die Wiedergabe im Kleinen Theater war saftig, handgreiflich gerundet und holte ohne absichtliches Karikieren aus Situationen und Handlungen ihre lustige Grotteske heraus. Mitunter, besonders in der nächtlichen Szene auf dem Kirchendachboden, dachte man an Breughelsche Bilder. Plicks Küster, Zimmermanns Frau Hauptlehrer, Bildts Gemeindevorstand waren prächtige Typen; nur Abel als Hauptlehrer blieb ein wenig farblos. Rühmenswert war die Aufführung des *Helden vom Wald* im Königlichen Schauspielhaus (dessen Arbeit überhaupt immer frischer und lebensvoller wird und sich von der Hoftheaterschablone merklich freimacht). Die Vorstellung unter Brucke Leitung hatte Unmittelbarkeit und die Blutwärme, die bei Essigs Werken so ausschlaggebend ist. Zimmerer in der Titelrolle, Straub und Bock als Theres und Beat waren gut und echt, prachtvoll Pohl als alter Bauer Tröndl und Kraußneck in der Episode des Pfarrers.

Nur Biensfeldt gab dem Ober-Hacher Sepple anstatt Dämonie die Züge eines bäuerlichen Originals. Die Wallfahrtszene hätte man besser nicht gestrichen.

Tanz Mehr und mehr ist in letzter Zeit der abendfüllende Einzeltanz Sitte geworden.

Wenn das auch an und für sich zur Idee des Tanzes in keinem Widerspruch steht, so birgt es doch einen Verzicht auf einen der erheblichsten Inhalte des Tanzes überhaupt, auf das Moment des erotischen Umwerbens von Mann und Weib. Der Wegfall dieses Motivs, das fast alle Volkstänze beherrscht, ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Reizentäußerung für den Tanz, der seiner Natur nach den Ausdruck des Seelischen nur durch die Ausstrahlungen des Körperlichen erreicht und es also vor allem da aufsuchen wird, wo es an den Körper unlöslich gebunden ist, in der Erotik. Es ergibt darum auch eine Einseitigkeit, daß die Zahl der männlichen Tänzer bei uns gegenüber den weiblichen verschwindend gering ist. Der Tanz des Mannes kann, gerade weil dies bewußte Spiel mit dem eigenen Körper dem männlichen Selbstgefühl zu widerstreben scheint, durch sein Auslösen jeder Hemmung eine unmittelbare Suggestion besitzen, die in dieser Stärke dem natürlichen scheinenden Tanz der geschlechtsnäheren Frau abgeht. In diesem Sinn führt das Schwinden des männlichen Elements zu einer Verbürgerlichung des Tanzes. Eine weitere Verarmung bedeutet beim Überwuchern des Einzeltanzes das Fehlen aller der phantastischen Möglichkeiten des farbig-wogenden Zusammenspiels. Nur eine bedeutende Künstlerschaft des Tanzenden kann dafür entschädigen und einen Abend lang fesseln. An Stelle dessen begegnet man aber einer Unsumme kärglichster Begabung, gepaart mit technischer Hilflosigkeit, an der auch die wenigen stärkeren Talente meist krankt. Es erübrigt sich diese Negativa einzeln aufzuführen. Ich erwähne aus der ganzen Schar nur Grit Hegesas *expressionistischen* Tanz, weil sich die technische und rhythmische Unzulänglichkeit hier mit einer künstlerischen Idee behängte. Expressionistisch würde ich lieber S e n t M a h e s a nennen, die eine tief seelische Kunst auf eigenen Wegen erreicht. Ihr herb-sehniger Körper hat sich eine selbständige Technik geschaffen, die jeden Muskel beherrscht. Ihr Tanz ist ein zum Gottesdienst entrücktes, feierlich rhythmisches Schrei-

ten, ein von übersinnlichen Ekstasen aufgewühltes Kreisen, bedeutet ein mit höchst gesteigerter Kraft erfülltes Gebet, zu dem der tiefernste Ägypterkopf dieses Menschen stimmt. Die Glieder sprechen in Gebärden ägyptischer und indischer Statuen und enthüllen deren seelische Urgründe. Einen besondern Reiz hat die Tanzkunst K a t t a S t e r n a s. Sie ist von Musikalität erfüllt. Am stärksten berührt sie im Ausdruck einer sehnsüchtigen Melancholie; besitzt aber dazu auch Humor, der besonders im lustigen Pizzicato des Märchens zur Geltung kommt. Dies Märchen ist von Ernst M a t r a y entzückend erfunden, voll farbig warmer Grazie, getragen von der phantastischen Melodik Sandor Laszlos. Matray steckt überhaupt voll origineller und immer gefühlsechter Ideen, wie in der Narretei und in den Marionetten. Als Darsteller ist er von unglaublicher Gliederbeweglichkeit und stets unterhaltsam, doch kann sein allzu grimmassierendes Wesen Überdruß machen. (Es sei aber nicht vergessen, daß er in dem Einzelstück von der Krone ganz ergreifend war.) Endlich sei A n i t a Berber genannt. Auch sie kämpft noch mit der Technik; doch besitzt sie verwegenen Reiz, Charakterisierungsgabe und weiß verliebte Lüsterheit mit überlegener Kühle ergötzlich zu ironisieren. Geradezu wohltuend berührte bei dem Tanzabend, den die Ballettmeisterin des Deutschen Opernhauses M a r y Z i m m e r m a n n mit ihrer Schule veranstaltete, die ausgezeichnete Technik der Lehrerin und die reifende ihrer Schülerinnen. Zimmermanns persönliche Begabung liegt in einem frisch schalkhaften Humor, der besonders in dem ganz köstlichen Matrosentanz und gemeinsam mit den Schülerinnen in Volkstänzen zur Geltung kommt. Sentimentales gelingt ihr weniger. Unter ihren Schülerinnen fällt als Persönlichkeit die üppig-schlanke E l s e K ü c h l e r auf, die ein stürmisches Temperament mit geistreicher Anmut vereint.

Pernerstorfer In Engelbert Pernerstorfer und das Theater hat Wien auch einen hervorragenden und eigenartigen Theaterkritiker verloren. Viele Jahre lang hat er für die Wiener Arbeiterzeitung das Amt eines solchen ausgeübt. Seiner künstlerischen Veranlagung galten die großen Werke der klassischen Dichtung als köstlichster Besitz, und in dem damals noch innerlich lebendigen großen Darstellungsgastil des Burgtheaters erblickte er die wahrhafte Verkörperung

dieser dichterischen Idealgestalten. Dies von ihm mit aller starken Liebe seiner Persönlichkeit umfaßte Geistesgut, das ihm die schönste Ausstrahlung der Volksseele war, wünschte er inbrünstig nun wieder dem Volk zugänglich zu machen. Der Ernst seiner Natur hatte aber für alles künstlerisch Echtes und aus innerer Notwendigkeit Erstandene Verständnis; so ging er auch in voller Hingabe mit, als der Naturalismus den ihm teuren Klassizismus ablöste. Sein Stil, sprachschön, klar und eindringlich, offenbarte die sachliche Ruhe und das Feuer seines Wesens.

Pernerstorfer war auch bei der Gründung der Wiener Volksbühne antreibend tätig, und er blieb ihr Führer, solange sie als Arbeiterverein existierte.

Totenliste

Am 2. Dezember fiel vor Cambrai, wenig älter als 30 Jahre, der Theaterkritiker der Welt am Montag Arthur Westphal. Ursprünglich Referendar, war er nun seit 12 Jahren für das Blatt tätig. Gefühlsmäßig richtiges und gedankenkluges Erfassen der Dinge zeichnete seine Kritik aus, und man spürte aus seinem Urteil überall die echte Hingabe einer warmen und absolut ehrlichen Natur, die stets unbedingt sachlich und dabei maßvoll blieb. Seine Mitwirkung wird im Berliner Literaturleben schmerzlich fehlen.

In Wien starb Ende Dezember im Alter von 70 Jahren die berühmte Heroine Katharina Frank. Nach 10jährigem Engagement am Wiener Stadttheater unter Laubes Leitung und kurzer Tätigkeit an der Burg, die sie trotz glänzenden Erfolgen wegen Rivalitätsstreitigkeiten mit ihrer großen Kollegin Woltner verlassen mußte, hatte sie ihre Hauptblütezeit in den achtziger Jahren in Frankfurt am Main und unternahm von dort aus häufige triumphreiche Gastspiele in Deutschland und dem Ausland. Als ihre Glanzrollen galten Iphigenie, Sappho, Lady Macbeth. Sie war eine Künstlerin des ideal-pompösen Stils und der edel-plastischen Gebärde, besaß aber darüber hinaus Gefühlsglut und tiefe Wärme, dazu eine herrliche Erscheinung.

Mitte Januar starb in Wien die einstmals gefeierte Wagnersängerin Amalie Materna in ihrem 73. Lebensjahr. Sie war anfangs bei der Operette tätig, wurde aber 1869 von Dingelstedt an die Wiener Hofoper berufen und sang dort hochdramatische Partien wie die Armida, die Leonore und die Ortrud. 1876

holte sie Wagner für die Brünhilde nach Bayreuth, und als berühmte Wagnersängerin wirkte sie noch lange Jahre in Wien. Gastspielreisen machten ihren Namen auch außerhalb Wiens, so in Berlin, bekannt.

In München starb, 61 Jahre alt, der ausgezeichnete Baßbuffo Georg Sieglitz, ein berühmter Falstaff (in den Lustigen Weibern), Hagen, Alberich.

Kurze Chronik Dramatische Gesellschaft Berlin nennt sich eine Vereinigung, die unter künstlerischer Leitung von Fekete, Graetzer, Spanier, Silbergleit im Residenztheater junge Dramatiker aufführen will. ◊ Im Nürnberger Stadttheater wurde Grabbes seit der Uraufführung kaum noch gegebene Tragödie Don Juan und Faust in einer Bearbeitung von Erich Köhler und mit der Lortzingschen Begleitmusik auf die Bühne gebracht. Die Aufführung hinterließ starken Eindruck. ◊ Zum Direktor des Dresdener Alberttheaters wurde nach Lichos Rücktritt der Gründer der Waldbühne Bärenburg Paul Willi gewählt. ◊ Lektor für Vortragskunst an der Berliner Universität wurde für den verstorbenen Emil Milan der Germanist und frühere Schauspieler Erich Drach, ein Sohn des von den Meinigern her bekannten Schauspielers Drach und ein Schüler Alexander Strakosch's.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Jameson

Leander Starr Jameson ist am 26. November 1917 gestorben. Er war ein Schotte von Geburt, und unter seinen Eigenschaften ragten Zähigkeit und Verschlagenheit, die dem nichtpuritanischen Schotten so oft eigen sind, ganz besonders hervor. Er wurde am 9. Februar 1853 in Edinburgh als Sohn eines Pfarrers geboren, wuchs in sehr ärmlichen Verhältnissen auf, studierte Medizin und wanderte 1877 nach Südafrika aus. 1878 ließ er sich als Arzt in Kimberley nieder, das damals gerade der Mittelpunkt der Diamantensucher aus aller Herren Ländern geworden war. Im Handel mit Diamanten erwarb er ein kleines Vermögen und wurde Privatsekretär bei Cecil Rhodes, der von Kimberley aus seit 1888 den südafrikanischen Diamantenmarkt allmählich vertrustete und bald das wirtschaftliche und politische Leben der Kapkolonie beherrschte. Er wurde der Vertrauensmann seines Ar-

beitgebers, gab das Arzten auf und warf sich ganz auf südafrikanische Wirtschaft und Politik. Er wurde Verwalter von Rhodesien und organisierte von dort aus seinen bekannten Einfall in Transvaal, der am 29. Dezember 1895 vollzogen wurde und damit endete, daß Jameson gefangen genommen, zum Tode verurteilt, vom Präsidenten Krüger aus Gefälligkeit der Kapregierung ausgeliefert und dann von einem Londoner Gerichtshof zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt wurde, von der er aber nur einen ganz kleinen Teil abgesessen hat. Er war sehr bald politisch rehabilitiert, war 1899 bis 1900 eifrig im Burenkrieg tätig, wurde 1900 Direktor der finanziell allmächtigen De Beers Consolidated Company und 1902 Direktor der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Kapparlaments und trat, nachdem Rhodes am 26. März jenes Jahres gestorben war, dessen politische Erbschaft an. 1904 bis 1908 war er Ministerpräsident der Kapkolonie und spielte als solcher eine Hauptrolle bei der Begründung der Union of South Africa. Dann lebte er in ehrenvollem Ruhestand in Rhodesien. 1912 wurde er noch Präsident der Chartered (eigentlich British South Africa) Company. Ein Jahr vorher war er Right Honourable mit dem Titel eines Baronet geworden; auch sonst wurde er in seinen letzten Lebensjahren mit Ehren aller Art überhäuft.

Jameson war ein Mensch von ganz hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten. Er hat zwei Riesenwerke geleistet: Die Einigung Südafrikas unter britischem Banner, die Rhodes und Chamberlain mit den Mitteln der Gewalt in die Wege geleitet hatten, hat er unter Zuhilfenahme des Appells an die Freiheit vollendet. Die Verfassung des neuen Bundes gab den erst im Frieden von Vereinigung Großbritannien angegliederten Burenrepubliken ein außerordentlich hohes Maß von Autonomie: ein Versuch, der mit großem Mut, zugleich auch mit höchster Behutsamkeit unternommen wurde und, wie sich gezeigt hat, so gut geglückt ist, daß sein Ergebnis selbst die schwere Krisis zu Anfang des gegenwärtigen Krieges überdauerte. Das Werk gelang ihm nur, weil er es verstand auf Grund seiner persönlichen Eigenschaften Vertrauen zu erwecken. Er genoß nicht nur das Vertrauen der britischen Imperialisten sondern sehr bald auch das eines gro-

ßen Teils der Burenbevölkerung in Südafrika. Von ihm werden zahlreiche gewinnende, ja menschlich ergreifende Züge erzählt. Vor allem wird immer wieder betont, daß er von hervorragender Uneigennützigkeit beseelt gewesen ist und keiner Berufung auf seinen Geldbeutel von seinen Freunden Widerstand zu leisten vermochte. Bezeichnend ist, daß Rhodes, der ihn sehr geliebt hat, ihm doch nur seine Villa Groote Shuur hinterließ, mit der Begründung, daß *Dr. Jim*, wenn er ihm Geld hinterlasse, doch es fertig bringen würde innerhalb 14 Tagen die ganze Erbschaft zu verleihen. Neben diesen persönlichen Eigenschaften trug aber zu dem Vertrauen, das er genoß, vor allem auch die erfolgreiche organisatorische Arbeit bei, die er in Rhodesien geleistet hat. Er hat dort unter den allerschwierigsten Verhältnissen geradezu Muster-gültiges erreicht (siehe das in dieser Rundschau, 1914 II, Seite 884, angezeigte Buch Rolins). Die Organisation, die er dort geschaffen hat, ist in vieler Beziehung musterhaft zu nennen und sollte von seiten der deutschen Kolonialpolitiker und Kolonialkritiker recht gründlich studiert werden.

In Deutschland ist Jameson ganz und gar verkannt worden. So hat eine große Berliner Tageszeitung bei seinem Tod nur 24 Zeilen für ihn übrig gehabt, in denen unter anderm die Wendungen »wenig klangvoller Name«, »Räuberbande«, »Missetäter« zu finden sind. Mögen solche Urteile über jene einzelne Episode seines Lebens berechtigt sein: man fördert die Sache nicht, wenn man über der begreiflichen politischen Abneigung gegen den britischen Imperialismus vergißt, welche riesenhafte Kulturarbeit mit bestem Erfolg und sehr zum Nutzen der unterworfenen Völker die großen britischen Kolonisatoren und Conquistadoren geleistet haben. Unter diesen raubtierartigen Helden ist Jameson einer von denen, in deren Gesamtbild die freundlichen Züge durchaus überwiegen. Vor allem soll man von ihm lernen, daß eine sittlich unberechtigte Gewaltherrschaft nur einen einzigen mildernden Umstand für ihre Existenz finden kann: die kulturelle Förderung der Unterworfenen, der die herrschende Nation alle ihre Kräfte widmet.

Mittelafrika Paul Sprigade und Max Moisel, die gewiegten Kartographen, haben im Auftrag des Reichskolonialamts begonnen

Mittelafrika in einer Reihe großer Kartenblätter neu zu bearbeiten. Von dem gewaltigen Werk, das den Maßstab 1:2 000 000 zugrunde legt, sind jetzt die beiden den östlichen Sudan betreffenden Blätter bei Dietrich Reimer in Berlin erschienen. Sie sind in jeder Hinsicht höchsten Lobes würdig. Sie verarbeiten alle erreichbaren Quellen, insbesondere das französische, englische, deutsche und belgische amtliche Kartenmaterial sowie die Veröffentlichungen privater Forscher auf das gewissenhafteste und können die Kenntnis der Gegenden, die sie bearbeiten, wohl um ein tüchtiges Stück vorwärtsbringen. Es ist zu bewundern, daß trotz den enormen Schwierigkeiten der Kriegszeit zu verhältnismäßig niedrigem Preis ein solches Werk geschaffen werden konnte, das eine innige Freude für jeden bedeutet, der für gute Karten Verständnis hat. Man muß es lebhaft bedauern, daß diese Kriegsschwierigkeiten das Erscheinen des vollständigen Werkes naturgemäß stark verzögern.

Das ist um so unangenehmer, als bei den kommenden Friedensverhandlungen die geographischen Verhältnisse Mittelafrikas eine wesentliche Rolle spielen werden. Diese Landstriche sind schon rein völkerrechtlich sehr interessant. Stehen sie doch seit der Kongokonferenz politisch und wirtschaftlich unter dem Schutz der Kongoakte, die bekanntlich für das sogenannte konventionelle Kongobecken im Jahr 1885 bestimmte, daß dort Kriegführung zwischen den kolonisierenden Mächten nicht stattfinden dürfe und im Frieden vollständige Freiheit des Handels und der Flußschifffahrt statthaben solle. Während des Krieges ist nun von diesem Grundsatz ganz und gar abgewichen worden. Daher ist es wichtig, daß beim Friedensschluß die einschlägigen Fragen gründlich geregelt werden.

Darüber hat sich auch der Staatssekretär des Reichskolonialamts Solf am 21. Dezember 1917 in einer bemerkenswerten Rede ausführlich ausgesprochen (siehe auch den Artikel Cohens, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 22 ff.). Er hat hervorgehoben, daß die heutige Besitzverteilung in Afrika weder dem kolonialisatorischen Können noch dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen entspreche. Er hat dargestellt, daß Kolonisation nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht der europäischen Staaten sei. Und zu dem Urteil wird wohl jeder kommen müssen, daß, nachdem die sogenannten wilden

Völker einmal in den Prozeß der Europäisierung hineingestoßen sind, nichts gewissenloser und leichtfertiger wäre, als wenn man sie nun aus irgendeiner prinzipiellen Kolonialgegnerschaft heraus tatenlos ihrem Schicksal überließe. Man darf sich also den kolonialisatorischen Aufgaben keinesfalls entziehen. Das Durcheinander von Grenzen und die politische Gemengelage Mittelafrikas legen aber jeder intensiven kolonialisatorischen Arbeit enorme Schwierigkeiten in den Weg. Daher hat Solf mit Recht folgendes Postulat aufgestellt: Das neue Afrika soll aus dem im Friedensvertrag niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten hervorgehen. Über die Neuverteilung hinaus ist für die gemeinschaftliche Arbeit dieser Staaten nach zweifacher Richtung Raum. Einmal ist es möglich die territoriale Abgrenzung der Hoheitsgebiete dadurch in ihrer Einseitigkeit zu mildern, daß den Schutzmächten Beschränkungen zum Zweck der gleichmäßigen Berücksichtigung der eigenen und der Interessen anderer Staaten auferlegt werden. Ferner muß man für die Lösung gewisser großer Probleme, die das ganze Afrika angehen, die Mitarbeit aller Schutzmächte sichern und Richtlinien aufstellen, nach denen sich diese Mitarbeit vollziehen soll (Schaffung großer gemeinschaftlicher Verkehrsstraßen, Bekämpfung gefährlicher Volksseuchen, wie der Schlafkrankheit, usw.).

Es soll also (und diese Grundforderung Solfs ist prinzipiell auch die unsrige) an Stelle systematischer Ausbeutung und grundsätzlich auf Machtzuwachs gerichteter Politik ein Verhalten gesetzt werden, das in gerader Linie auf die höchstmögliche Entfaltung der Produktivkräfte der Kolonien und der Produktivität der den Eingebornen zugemuteten Arbeit hinausläuft. Ganz besonders kommt das, so wie die Dinge nun einmal liegen, für Mittelafrika in Betracht. Die Komplikation der Grenzen ist hier am größten, die geographische Erforschung noch am weitesten zurückgeblieben. Die Vernichtung von Menschen und Wirtschaft durch die schrecklichen Jahrzehnte riesenhafter Sklavenjagden, die der europäischen Herrschaft vorausgingen, ist heute noch nicht ganz überwunden. Die Bevölkerung ist eher im Rückgang als im Zunehmen begriffen, und von einer wirklichen Erschließung der ungeheuren natürlichen Gaben des Landes heute zu sprechen wäre schon beinahe eine Blas-

phemie. Unter diesen Umständen drängt die Lage der Dinge ganz gebieterisch zu einer Umkehr auf dem bisher befolgten Weg. Man darf künftig nicht mehr die Kräfte Europas an Rivalitätsstreitigkeiten verschwenden, wenn man nicht mit den Interessen der kolonialen Bevölkerung Schindluder, mit ihren Kräften furchtbarsten Raubbau treiben will. Die Aufgaben, die beim kommenden Friedensschluß zu lösen sein werden, sind sehr groß. Sie bedürfen beträchtlicher Vorurteilslosigkeit und außerdem gründlichster Sachkunde. Diese zu fördern kann das oben erwähnte Kartenwerk wesentlich beitragen.

Kurze Chronik Das im Jahr 1912 in Bonn gegründete Deutsche Südamerikanische Institut, dessen Aufgabe es ist die intellektuellen Beziehungen Deutschlands mit den Ländern des lateinischen Amerikas zu fördern, ist von Aachen nach Köln übersiedelt. Das Institut gibt eine deutsche Zeitschrift und außerdem illustrierte Monatsschriften in spanischer und portugiesischer Sprache heraus, um seine Ziele zu fördern. ◊ Das Landwirtschaftsamt der Vereinigten Staaten hat Versuche mit der Zuckergewinnung aus dem Stärkegehalt von Mais und Hirse angestellt. Diese sollen ergeben haben, daß auf Böden, die sich für den Maisanbau eignen, der Zuckerertrag größer ist als bei der Bestellung der gleichen Fläche mit Zuckerrüben. Sollte sich das bestätigen, so würde damit kolonialer Landwirtschaft ein neues großes Gebiet erschlossen, aber freilich auch der europäischen Zuckergewinnung beträchtliche Konkurrenz geschaffen sein. ◊ Der Anerkennung der zionistischen Bestrebungen durch die englische und die amerikanische Regierung haben sich jetzt, allerdings reichlich spät, auch die Mittelmächte angeschlossen. Sowohl das deutsche Auswärtige Amt wie der türkische Großwesir Talaat Pascha haben dahingehende Erklärungen abgegeben.

EINZELNES

Notizen

Pernerstorfers Bücherliebe Einige Zeit vor dem Ausbruch des Krieges wurde in Berlin ein Verein sozialistischer Bücherfreunde gegründet, dem auch der Unterzeichnete angehörte. Er

forderte Pernerstorfer, dessen innige Bücherliebe bekannt war, auf einen Beitrag für das geplante Organ des Vereins zu senden. Pernerstorfer entsprach diesem Wunsch auch sofort. Doch das Organ kam überhaupt nicht zustande. Damit der schöne Artikel aber von denjenigen gelesen werden könnte, für die er bestimmt war, gedachte ich nunmehr mit Einwilligung Pernerstorfers ihn in die Sozialistischen Monatshefte hineinzunehmen. Der Artikel wurde damals auch abgesetzt. Aber äußere Gründe hinderten sein Erscheinen. Dann kam der Krieg, und alles war mit einemmal weit in den Hintergrund gerückt. Jetzt aber wird es den Lesern sicher zu Dank sein, daß der kleine Artikel, dessen Satz noch immer ungedruckt dastand, hier erscheint. Denn er läßt nicht nur die ganze, so überaus lebenswürdige und fesselnde Persönlichkeit Pernerstorfers vor uns erstehen, auch sein objektiver Inhalt kann uns jetzt viel geben; er führt uns auf seine Weise zu dem zurück, was nach 3½ Jahren Weltkrieg wohl uns allen nötig ist: zur Besinnung auf das Geistige in den Menschen. Einen Menschen wie Pernerstorfer hat dieses Geistige nie verlassen. Er war daher im 2. Kriegsjahr auch gern bereit einen Artikel über die Aussichten der Wiederaufnahme der geistigen Beziehungen zwischen den Völkern für die Sozialistischen Monatshefte zu schreiben. Das war ein Gegenstand, der so recht seinem eigentlichen Wesen entsprach; diesem Wesen, das in der positiv-aufbauend erfaßten/nationalen Gesinnung, in dem wahren Gefühl für das eigene Volk das gemeinsam Menschliche betätigte. Pernerstorfer kam damals nicht dazu seinen Vorsatz auszuführen; immer trat etwas anderes dazwischen. Und nun ist er gestorben, ohne das Ende des Krieges, ohne den Wiederaufbau des Geistigen erlebt zu haben.

Der Artikel Pernerstorfers ist mehr als nur ein Nachhall aus der Vorkriegszeit. Das Gefühl von der Einheit der menschlichen Seele, die keine Zerspaltung in Leben und Buch, in Natur und Kunst kennt, der vielmehr alles zu einem werden muß, zu schöpferischer Erfüllung des Daseins, spricht aus dieser anspruchslosen kleinen Glosse (wie Pernerstorfer seinen Beitrag nannte), die nur von der Liebe zum Buch handelt, aber die Liebe zu den Dingen selbst bedeutet.

Joseph Bloch